

Die Zukunft unseres Wassers in öffentlicher Hand

*Globale Erfahrungen
mit Rekommunalisierung*



HERAUSGEGEBEN VON
Satoko Kishimoto,
Emanuele Lobina und
Olivier Petitjean

DEUTSCHE ÜBERSETZUNG
Christa Hecht

Die Zukunft unseres Wassers in öffentlicher Hand

Globale Erfahrungen mit **Rekommunalisierung**

Herausgegeben von Satoko Kishimoto, Emanuele Lobina und Olivier Petitjean

Copy editing: Madeleine Bélanger Dumontier

Deutsche Übersetzung: Christa Hecht

Design: Ricardo Santos

Design des Deckblatts: Evan Clayburg

Deckblatt Fotorechte: KRuHA People's Coalition for The Right To Water



PSIRU

OBSERVATOIRE
DES MULTINATIONALES
SOCIAL, ÉCOLOGIQUE, POLITIQUE



APRIL 2015

Per l'obra original:

Veröffentlicht durch Transnational Institute (TNI), Public Services International Research Unit (PSIRU), Multinationals Observatory, Municipal Services Project (MSP) und Europäische Gewerkschaftsvereinigung der öffentlichen Dienste - Federation of Public Service Unit (EPSU)

Amsterdam, London, Paris, Kapstadt und Brüssel

ISBN 978-3-00-057262-3

Urheberrechte: Die Veröffentlichung und die jeweiligen Kapitel fallen unter die Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Lizenz. Das Dokument darf sowohl im Ganzen als auch in einzelnen Kapiteln bei Nennung der Autoren und der publizierenden Organisationen als Quellenangabe und mit Verweis auf die Webseiten für den nichtkommerziellen Gebrauch, für Erziehungsaufgaben oder für öffentliche Belange und Politik genutzt werden.

Danksagung

Dieses Buch wäre nicht ohne die freigebig zur Verfügung gestellten Beiträge der Autoren entstanden, die sich die Zeit nahmen ihre Erfahrungen weiterzugeben. Wir sind auch sehr dankbar für die gehaltvollen Beiträge, die wissenschaftliche Unterstützung und Beratung beim Aufbau der globalen Liste der Rekommunalisierung von: Régis Taisne, Frankreich Eau Publique und seine Kollegen von der Fédération Nationale des Collectivités Concédantes et Régies (Nationale Föderation der Vertragsräte und Regiebetriebe); Mary Grant, Food & Water Watch; Jeff Powell und Yuliya Yurchenko, PSIRU University of Greenwich; Christa Hecht, Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft e.V. (AöW); Moisés Subirana, Ingeniería Sin Fronteras (ISF); Ann-Christin Sjölander; Akgün İlhan, Recht auf Wasser Kampagne Istanbul; Qun Cui, Chinesische Akademie der Sozialwissenschaften; Simona Savini, Italienisches Forum der Wasserbewegungen; Cesare Schieppati, Forum Provinciale per l'Acqua, Reggio Emilia; Gaurav Dwivedi, Manthan Adhyayan Kendra Indien; Milo Fiasconaro, Aqua Publica Europea. Dank gilt auch unserer Redakteurin, Madeleine Bélanger Dumontier, die diese unterschiedlichen Beiträge zu einem stimmigen und leicht lesbaren Text zusammen gefügt hat.

Inhaltsverzeichnis

<i>Einleitung:</i> Forderungen nach fortschrittlicher Wasserpolitik Emanuele Lobina	8
<i>Globale Liste der Rekommunalisierung</i> (Stand März 2015)	20
<i>Kapitel 1</i> Wasser in öffentlicher Hand: Rekommunalisierung in den Vereinigten Staaten Mary Grant	34
<i>Kapitel 2</i> Ein Ende des Kampfes in Sicht? Jakartas Bewohner fordern ihre Wassersysteme zurück Irfan Zamzami und Nila Ardhianie	46
<i>Kapitel 3</i> Deutsche Kommunen holen sich die Kontrolle über das Wasser zurück Christa Hecht	60
<i>Kapitel 4</i> Die Seite der Wasserprivatisierung in Frankreich umblättern Christophe Lime	68
<i>Kapitel 5</i> Bilanz der Rekommunalisierung in Paris Ein Gespräch mit Anne Le Strat Olivier Petitjean	78
<i>Kapitel 6</i> Rekommunalisierung und Arbeiter Der Aufbau neuer Allianzen Christine Jakob und Pablo Sánchez	88
<i>Kapitel 7</i> Sie sind öffentlich ... was nun? Neue Möglichkeiten der Erfolgsbewertung David A. McDonald	100
<i>Kapitel 8</i> Handelsabkommen und Anlegerschutz: Eine globale Bedrohung für die öffentliche Wasserwirtschaft Satoko Kishimoto	112
<i>Fazit:</i> Die Rückeroberung des Wasser für die Öffentlichkeit durch Rekommunalisierung Satoko Kishimoto, Olivier Petitjean und Emanuele Lobina	130

Einleitung

Der Ruf nach fortschrittlicher Wasserpolitik

Von Emanuele Lobina

Weltweit entscheiden sich immer mehr Städte, Regionalverwaltungen und Staaten dafür, das Buch der Wasserprivatisierung zu schließen, Dienstleistungen zu rekommunalisieren und die öffentliche Kontrolle über die Wasserversorgung und die Abwasserentsorgung zurückzugewinnen. In vielen Fällen ist dies eine Reaktion auf die nicht eingehaltenen Versprechungen der privaten Betreiber und ihr Versagen darin, die Bedürfnisse der Gemeinschaft vor ihre Gewinne zu stellen.

Dieses Buch befasst sich mit der sich ausbreitenden Rekommunalisierung der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung als globalem Trend und gibt eine nahezu komplette Übersicht darüber. Dieser Trend ist eine bemerkenswerte Entwicklung, die vor 15 Jahren noch undenkbar war und durch die die Landschaft des globalen Wassersektors neu formiert wurde. Dieser Trend widerspricht den neoliberalen Theoretikern, internationalen Finanzinstitutionen und ihren Erwartungen an die viel beschworene Überlegenheit und Leistungsfähigkeit des privaten Sektors. Zusätzlich finden sich zunehmend mehr Beweise dafür, dass Rekommunalisierung für die öffentliche Wasserversorgung und ihre Nutzer die bessere Zukunftsoption ist. Kurz gesagt, die Rekommunalisierung der Wasserversorgung ist eine Geschichte, die danach drängt, erzählt zu werden.

Dieses Buch will die Lehren aus der Rekommunalisierung von Wasser herausarbeiten und Debatten über ein leider bisher wenig untersuchtes Gebiet anregen, das jedoch hohe Relevanz sowohl für die Bürger, für Politiker als auch für Wissenschaftler hat. Ausgehend von empirischen Daten dokumentiert das Buch das Erstarken der Rekommunalisierung von Wasser in entwickelten, sich entwickelnden und sich im Übergang befindlichen Staaten während

der letzten 15 Jahre. Gestützt auf Beiträge von Aktivisten, Praktikern und Akademikern mit unmittelbaren Erfahrungen und Wissen über die Rekommunalisierung, wird in dem Buch belegt, dass sie für die lokalen Behörden und Gemeinden, die sie genutzt haben, eine sozial und wirtschaftlich realistische politische Option war. Als solches soll das Buch eine Grundlage dafür sein, Allianzen zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren aufzubauen. Das betrifft sowohl Manager der öffentlichen Wasserwirtschaft, politische Entscheidungsträger, Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften, als auch Bürgerorganisationen und soziale Bewegungen, Experten und Akademiker. Es soll soziales Lernen und neue Formen öffentlicher Dienstleistungen fördern.

Definition von Rekommunalisierung

Rekommunalisierung bedeutet die Rückführung von zuvor privatisierter Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in öffentliche Hände. Genauer ausgedrückt ist Rekommunalisierung der Übergang von Wasserdienstleistungen aus der Privatisierung, jeglicher verschiedener Formen - eingeschlossen das Privateigentum an den Vermögenswerten, Outsourcing von Dienstleistungen und Öffentlich-Privater Partnerschaften (ÖPP)¹ - in dann vollständigen öffentlichen Besitz, in öffentliche Verantwortung und unter demokratische Kontrolle. Tatsächlich sind Konzessionen, Leasingverträge, andere ÖPP und die Wasserprivatisierung Ein und Dasselbe: Alle diese Begriffe stehen für die Übertragung der Verantwortung und Kontrolle an den privaten Sektor in verschiedensten Ausprägungen.² Wasser-Privatisierung und ÖPP sind gleichermaßen problematisch, und die Probleme sind sehr weitgehend.³ Das erklärt, warum Rekommunalisierung in der Regel dann erfolgt, wenn lokale Gemeinde- oder Stadtregierungen die für sie unzureichenden Verträge mit Privaten kündigen oder warum sie die nach Vertragsablauf nicht verlängern. Rekommunalisierung ist allerdings nicht notwendigerweise auf die kommunale Ebene beschränkt. In einigen Fällen agieren die regionalen und nationalen Behörden auch direkt als Wasserversorger, so dass sich dieser Prozess durchaus innerhalb eines breiteren Spektrums bewegen kann.

Die Rekommunalisierung von Wasser ist für die Leistungserbringung jedoch mehr als die bloße Änderung der Eigentumsverhältnisse. Sie bietet auch eine günstige Gelegenheit zur Verwirklichung gemeinsamer Vorstellungen von

Veränderung wie die Umsetzung des Menschenrechts auf Wasser und eine nachhaltige Entwicklung in der Wasserwirtschaft. Anders ausgedrückt, eine Rekommunalisierung erschließt Möglichkeiten für den Aufbau einer sozial erwünschten, ökologisch nachhaltigen, qualitativ geforderten hochwertigen öffentlichen Wasserversorgung für heutige und künftige Generationen. Wie in mehreren Beiträgen dieses Buches zu lesen ist, sind die Bemühungen der Kommunen für öffentliche und verantwortungsvolle Wasserdienstleistungen oft Teil ihres Kampfes für fortschrittliche gesellschaftliche Veränderungen und Politik. Ohne das Streben nach sozialer Gerechtigkeit zu berücksichtigen, sind die Rekommunalisierung von Wasser und seine weltweite Bedeutung nicht zu verstehen. Der bloße Eigentümerwechsel ist nicht das wirkliche Ziel der Bewegungen für eine Rekommunalisierung des Wassers.

Rekommunalisierung Verstehen

Rekommunalisierung ist oft eine gemeinsame Reaktion auf ein Nachhaltigkeitsdefizit durch die Privatisierung der Wasserversorgung und von ÖPP. Konkrete Erfahrungen mit gemeinhin zu beobachtenden Problemen des privaten Wassermanagements wie – nicht ausreichende Investitionen in die Infrastruktur, Wassertarifierhöhungen und Umweltgefahren – führten bei den Gemeinden und den politischen Entscheidungsträgern zu der Überzeugung, dass der öffentliche Sektor besser in der Lage ist, qualitativ hochwertige Dienstleistungen für die Bürger zur Verfügung zu stellen, das Menschenrecht auf Wasser umzusetzen und eine nachhaltige Wasserbewirtschaftung zu betreiben. Wie in diesem Buch anhand der herausgearbeiteten Fälle veranschaulicht wird und in der ihm vorausgegangenen Publikation *„Here to stay“ - Rekommunalisierung von Wasser als globaler Trend*⁴ zu finden, sind die Faktoren, die zur Rekommunalisierung von Wasser führen, weltweit ähnlich. Die Versprechen vor der Privatisierung der Wasserversorgung erweisen sich als falsch sowohl in Industrie- als auch in Entwicklungsländern. Das zeigt sich in: Schlechter Leistung, unzureichenden Investitionen, Streitigkeiten über die Höhe der Betriebskosten, Preiserhöhungen, steigenden Wasserrechnungen, Schwierigkeiten in der Überwachung der Leitungserbringung, Mangel an Transparenz im Finanzgebaren, Belegschaftsabbau und schlechter Servicequalität.⁵ Ein weiterer Faktor, der die Entstehung von Rekommuna-

lisierung als globalen Trend bewirkt und aus dem sie erklärlich ist, liegt in den Grenzen des privaten Sektors, die Fortentwicklung der kommunalen Gemeinschaft zu fördern. Dies ergibt sich aus dem Umstand, dass der private Sektor zwingend der Maximierung von Gewinnen unterworfen ist. Somit fehlen wertvolle Ressourcen für eine Förderung des Gemeinwohls, das privaten Interessen untergeordnet wird.⁶

Trotz mehr als dreier Jahrzehnte stetiger Förderung von Privatisierung und ÖPP durch internationale Finanzinstitutionen und gleichgesinnte Organisationen⁷, erscheint nun „Wasser-Rekommunalisierung als dauerhafte politische Option“.⁸ Nicht nur die vielen Flaggschiffe der Privatisierung von Wasser - von Buenos Aires bis Jakarta, von La Paz bis Dar es Salaam – sind unaufhaltsam gesunken. Die Bürger sowohl in Industrie- als auch in Entwicklungsländern unterstützten den Wechsel von gewinnorientierten privaten Wasserversorgern zu an den Bedürfnissen der Menschen orientierte öffentliche Wasserdienstleistungen, und es tun immer mehr. Während die Weltbank und andere Organisationen weiter enthusiastisch ÖPP fördern, durchkreuzt die Entwicklung von Rekommunalisierung als globaler Trend ihre Pläne und untergräbt das neoliberale Projekt der Privatisierung der Wasserversorgung. Eigentlich kann dieser Trend nicht überraschen. Denn der private Sektor erwies sich schon in der Vergangenheit - zwischen dem Ende des 19. und dem Anfang des 20. Jahrhunderts – als unfähig, die öffentliche Wasserversorgung fortzuentwickeln.⁹

Die aufgezeigten Einschränkungen des privaten Sektors, die die lokalen Regierungen in den USA und in Europa vor 100 Jahren wegen der Entwicklungserfordernisse veranlassten, in den öffentlichen Sektor zu wechseln, sind die gleichen wie heute und finden ihre Entsprechung in der Zunahme der Rekommunalisierungen.¹⁰ Die erste Welle der Kommunalisierungen führte zur gegenwärtigen Dominanz der öffentlichen Betreiber im globalen Wasser-Sektor.¹¹ Dieses frühe Ansteigen öffentlichen Eigentums, öffentlicher Finanzen und kollektiver Bürgerrechte ermöglichte die umfassenden Dienstleistungsaufgaben in Nordamerika und Europa. Dieses Übergewicht öffentlicher Hand wird nun verstärkt durch die weitverbreiteten und rasant ansteigenden Rekommunalisierungen des Wassers, die in diesem Buch dokumentiert werden. Die dargestellten Präzedenzfälle belegen

das Entwicklungspotenzial der Wasser-Rekommunalisierungen des 21. Jahrhunderts. Doch, obwohl öffentliches Eigentum ein machtvolleres Mittel für die Entwicklung der Gemeinden sein kann, ist es keine Erfolgsgarantie.¹² Tatsächlich werden jedoch auch unter dem Einfluss neoliberaler Strömungen viele öffentliche Wasserbetriebe kommerzialisiert und verhalten sich fast genauso wie private Unternehmen.¹³ Dies legt nahe, dass gemeinschaftliches fortschrittliches Handeln nicht allein durch Rekommunalisierung in Form eines bloßen Eigentümerwechsels erreicht werden kann, sondern sie sollte zum Ziel haben, solches Handeln zu fördern, das durch öffentliches Eigentum, die kommunale Entwicklung verbessert und die soziale Gerechtigkeit erhöht.

Die Entstehung des Rekommunalisierungs-Trends: Ein Überblick

Nach dieser Einführung folgen wissenschaftlich ausgewertete Daten der Beispiele der Wasser-Rekommunalisierungen der 15 Jahre zwischen März 2000 und März 2015. Sie konnten durch Verfeinerung und Hochrechnung der in den Begleittexten veröffentlichten Zahlen herausgearbeitet werden¹⁴ und sind damit der bislang umfassendste Katalog der Fälle von Rekommunalisierung von Wasser. Die Datenerhebung war eine gemeinsame Anstrengung der vielen Mitwirkenden an diesem Buch, zusammen mit vielen weiteren Wasser-Aktivist:innen, Praktikern und Wissenschaftler:innen, die großzügig ihre Zeit geopfert und Hingabe und Wissen beigetragen haben.

Die Fälle von Wasser-Rekommunalisierung sind in zwei Tabellen eingeteilt; eine für Länder von Einwohnern mit hohem Einkommen und eine andere für Länder mit mittleren und niedrigen Einkommen.¹⁵ In jedem Beispiel ist die von der Rekommunalisierung betroffene Bevölkerung ausgewiesen, so dass sich ein Maßstab für die Auswirkungen des Trends ergibt und eine Unterscheidung zwischen städtischen Zentren mit unterschiedlichen Dimensionen möglich wird. Denn die aufgelisteten Fälle reichen von Megastädten bis zu kleinen Dörfern. Dieses vielschichtige Bild macht deutlich, dass Rekommunalisierung nicht nur in städtischen Bereichen erfolgt. Tatsächlich haben sich auch viele kleine Städte und Dörfer, konfrontiert mit der Nicht-Nachhaltigkeit der Privatisierung, mächtigen privaten Interessen entgegen gestellt und ihre Wasserdienstleistungen rekommunalisiert, obwohl ihre Ressourcen begrenzt sind.

Die Daten zeigen, dass der globale Rekommunalisierungs-Trend stark ist, besonders in den entwickelten Ländern. Weltweit gesehen sind diese Fälle ausgehend von 2 Ländern im Jahr 2000, in denen weniger als 1 Million Menschen von Rekommunalisierung betroffen war, bis März 2015 auf 235 Fälle in 37 Ländern gestiegen. In diesem Zeitraum ist die Anzahl der Menschen, die rekommunalisierte Wasserdienstleistungen erhält auf über 100 Millionen angewachsen. Die Fälle sind mehr auf Länder mit hohen Einkommen konzentriert wo 183 Rekommunalisierung in den letzten 15 Jahren stattfanden, im Vergleich zu 51 Fällen, in Ländern mit mittleren und niedrigen Einkommen. Dabei machen zwei Länder, Frankreich mit 94 Fällen und die USA mit 58 Fällen, den Großteil der Fälle in Ländern mit hohen Einkommen aus. Und die Fälle, in Ländern mit hohem Einkommen zeigen dabei eine deutliche Beschleunigung des Trends: 103 Rekommunalisierungen fanden in den fünf Jahren zwischen 2010 und Anfang 2015 statt, während es erst 55 zwischen 2005 und 2009 waren. Die Rekommunalisierungsfälle haben sich also nach 2009 fast verdoppelt. So hat das Beispiel Paris sogar eine noch stärkere Beschleunigung in Frankreich bewirkt, wo sich die Zahl der Rekommunalisierungen im gleichen Zeitraum sogar verdreifacht hat: 62 Rekommunalisierungen wurden in den fünf Jahren zwischen 2010 (als Paris rekommunalisiert wurde) und Anfang 2015 abgeschlossen, bei nur 19 Fällen in den zehn davor liegenden Jahren zwischen 2000 und Mitte 2009. In Mittel- und Niedrigeinkommensländern, sind das Ausmaß als auch die Beschleunigung der Rekommunalisierung weniger ausgeprägt. Trotzdem ist die Liste der herausragenden Fälle in den Ländern im oberen Bereich mittlerer Einkommen und unteren Bereich mit mittleren Einkommen sowie im Niedrigeinkommensbereich beeindruckend und sie beinhaltet: Accra (Ghana), Almaty (Kasachstan), Antalya (Türkei), Bamako (Mali), Bogota (Kolumbien), Budapest (Ungarn), Buenos Aires (Argentinien), Conakry (Guinea), Dar es Salaam (Tansania), Jakarta (Indonesien), Johannesburg (Südafrika), Kampala (Uganda), Kuala Lumpur (Malaysia), La Paz (Bolivien), Maputo (Mosambik) und Rabat (Marokko). Außerdem ist die von der Rekommunalisierung betroffene Bevölkerungszahl in den Mittel- und Niedrigeinkommensländern weit größer als in Ländern mit hohem Einkommen: mehr als 81 Millionen Menschen im Vergleich zu ca. 25 Millionen Menschen. Das heißt, der Anstieg der Wasser-Rekommunalisierung ist global.

Die wichtigste Erkenntnis aus dieser Analyse ist, dass sich in den letzten 15 Jahren die Rekommunalisierung von Wasser als anhaltender globaler Trend entwickelt hat. Obwohl internationale Finanzinstitutionen, nationale Regierungen und andere starke Spieler¹⁶ dazu nicht ermuntern, breitete sich Rekommunalisierung in entwickelten, Schwellen- und Entwicklungsländern aus, vor allem aufgrund der Forderungen der örtlichen Bevölkerung und der Reaktion der örtlichen Verwaltungen darauf. Dieser Trend, der vor 15 Jahren noch nicht vorhanden war, hat sich dramatisch entwickelt und wird immer stärker. Mittlerweile ist es für Beobachter nicht mehr möglich, dies zu übersehen, und Aktivisten und alle anderen Interessengruppen haben die Möglichkeit, sich Inspiration für ihr Vorgehen von sehr vielen Rekommunalisierungen zu holen. Letztendlich wäre es von der Weltbank und anderen Befürwortern der Privatisierung der Wasserversorgung unklug, die Aufrufe für Wasser als Gemeingut weiterhin zu vernachlässigen. Der soziale Widerstand gegen die Privatisierung wird damit beflügelt und der globale Trend der Rekommunalisierung wird vorangetrieben.

Ein Blick in dieses Buch

Die globale Liste der Rekommunalisierungsfälle und diese Einführung bilden den Hintergrund für die dann folgenden Beiträge. Die weiteren Kapitel konzentrieren sich auf: die Erfahrungen mit der Wasser-Rekommunalisierung in wichtigen Ländern wie Frankreich, den USA und Deutschland; in den großen Städten wie Paris und Jakarta; auf übergreifende Themen wie den Herausforderungen, die sich für die öffentlichen Wasserdienstleister aus Anlegerschutzklauseln, den Positionen der Gewerkschaftsbewegung angesichts von Rekommunalisierung als sozialem Projekt und der Bewertung der Leistungsfähigkeit als einer Möglichkeit, den Erfolg von Rekommunalisierung zu messen. In diesem Teil des Buches wird versucht, wichtige Erkenntnisse über die Art, die Verfahren und Ergebnisse der Rekommunalisierung heraus zu arbeiten. Dies geschieht durch eine gründliche Analyse der Entwicklungen auf der Ebene verschiedener Staaten auf Themen bezogen, ergänzt durch die direkten Einblicke von unmittelbaren Beobachtern. Im Schlußkapitel werden diese Lehren zusammen gefasst.

In **Kapitel 1** beschreibt Mary Grant von Food & Water Watch das Ausmaß der Wasser-Rekommunalisierung in den USA, ihre Bedeutungsrelevanz im Vergleich zur Privatisierung und identifiziert die wichtigsten Gründe der lokalen Regierungen, die zu ihren Entscheidungen für Rekommunalisierung geführt haben. Die Bedeutung dieses Beitrags ergibt sich einerseits aus der Tatsache, dass die USA oft als Referenz in Bezug auf die öffentliche Ordnung angesehen werden und andererseits auf den Kontrast zwischen der fortschrittlichen Politik der örtlichen Regierungen, die sich entschieden haben, ihre Wasserversorgung zu rekommunalisieren und der neoliberalen Politik der oft in Washington ansässigen multilateralen Agenturen.

In **Kapitel 2** schreiben Irfan Zamzami und Nila Ardhianie vom Amrta Institut for Water Literacy über das Scheitern des Flaggschiffs der Privatisierung der Wasserversorgung Jakarta, wo der Vertrag jüngst vorzeitig gekündigt wurde. Sie erklären die Rolle einer Zivilklage in der lokalen Kampagne gegen die Privatisierung des Wassers, die auf dem Menschenrecht auf Wasser aufbaute und betrachten die Notwendigkeit einer auf Solidarität basierenden Öffentlich-Öffentlichen Partnerschaft, um die Leistungsfähigkeit eines neuen öffentlichen Wasserbetriebs zu entwickeln, der nach der Rekommunalisierung in Jakarta entstehen wird. Dieser Beitrag ist nützlich dafür, sich die Versprechungen des privaten Sektors von Effizienz in Erinnerung zu rufen und seine Unfähigkeit, diese auch einzulösen. Und er verweist auf das Potenzial, das in kollektiven Bürgerrechten als Instrument für weitere Veränderung steckt.

In **Kapitel 3** skizziert Christa Hecht, Geschäftsführerin der Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft e.V. (AöW) den institutionellen Rahmen der deutschen Wasserwirtschaft, gibt einen Überblick über herausragende Fälle von Rekommunalisierung in diesem Land und arbeitet die wichtigsten Lehren aus dieser nationalen Erfahrung heraus. Diese Erkenntnisse sind wichtig, da die deutschen öffentlichen Wasserdienstleistungen als ein Modell für Effizienz und Effektivität angesehen werden und die deutschen Bürger und lokalen Regierungen diese Tugenden angesichts der gescheiterten Versuche der Wasser Privatisierung neu entdecken.

In **Kapitel 4** stellt Christophe Lime, Präsident des Verbandes der öffentlichen Wasserversorgungsunternehmen - France Eau Publique – ebenfalls den

institutionellen Rahmen des französischen Wassersektors dar, arbeitet die Bestimmungsfaktoren und Herausforderungen der Wasser-Rekommunalisierung heraus, und beschreibt die sich daraus ergebenden Chancen für die Entwicklung der Qualität der öffentlichen Wasserversorgung in Frankreich. Weil in diesem Land mehr Wasserdienstleistungen privatisiert waren als in den meisten anderen Ländern, hat die Welle der Rekommunalisierung, die er bezeugt, eine starke symbolische Bedeutung, Ebenfalls die wertvollen Lehren - sowohl positive als auch negative - die er damit anbietet.

In **Kapitel 5** beschäftigt sich Anne Le Strat, ehemalige Präsidentin des öffentlichen Wasserunternehmens - Eau de Paris - und „Architektin“ der Rekommunalisierung von Wasser in der französischen Hauptstadt, in einem Gespräch mit den Ergebnissen dieser Veränderung nach fünf Jahren Erfahrungen mit öffentlichen Wasserdienstleistungen. Sie reflektiert die Schwierigkeiten, die Paris hatte, den Übergang aus privater Eigentümerschaft in die öffentliche Hand zu vollziehen. Dem folgen ihre Überlegungen zur Bürgerbeteiligung und das erhöhte Maß an Transparenz und demokratischer Rechenschaftspflicht, die durch Rekommunalisierung möglich wurden und die Rolle von Eau de Paris als eine Quelle der Inspiration für die Rekommunalisierung und die Stärkung öffentlicher Dienstleistungen außerhalb von Paris. Dieses Kapitel ergänzt sowohl das Bild von Wasser-Rekommunalisierung in Frankreich als auch global. In der Tat hat die Rekommunalisierung in Paris für viele Städte in Frankreich und anderswo eine starke symbolische Bedeutung und diesem Beispiel wollen immer noch viele folgen. Darüber hinaus war Eau de Paris vorwärtsweisend für französische und europäische Verbände öffentlicher Wasserversorgungsunternehmen in der Förderung fortschrittlicher Ideen für die öffentlichen Wasserdienstleistungen.

In **Kapitel 6** diskutieren Christine Jakob und Pablo Sanchez von der Europäischen Föderation der Gewerkschaften der öffentlichen Dienste (EGÖD) Rekommunalisierung als ein Mittel, die Art und Weise zu überdenken, in der Wasser und andere öffentliche Dienstleistungen erbracht werden und dabei eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Qualität öffentlicher Dienstleistungen herbeizuführen. Dieses Kapitel legt ein unschätzbares Zeugnis ab für Arbeitnehmer und soziale Bewegungen über ihr jeweiliges Handeln, Allianzen für weitergehendere Veränderungen zu bilden.

In **Kapitel 7** wirft David McDonald, Co-Direktor des Municipal Services Project einen kritischen Blick auf die laufenden Benchmarking-Systeme, mit denen die öffentlichen Versorgungsunternehmen unter Druck gesetzt werden, sich kommerziell zu verhalten und er schlägt alternative Methoden der Leistungsbewertung vor, mit denen mehr Rücksicht auf die Notwendigkeit zur Entwicklung des Gemeinwohls genommen wird. Diese Überlegungen sind wesentlich dafür, dem öffentlichen Sektor dabei zu helfen, seine ursprünglichen ethischen Ziele wieder zu finden.

In **Kapitel 8** erklärt Satoko Kishimoto vom Transnational Institute (TNI) wie Investor-Staat Streitbeilegungsmechanismen (ISDS) private Interessen zu Lasten der öffentlichen Hand schützen und zukünftige Möglichkeiten von Rekommunalisierung bedrohen. Sie fordert daher die Absicherung von Rekommunalisierungen, damit auch künftig Chancen zur Ausübung lokaler Demokratie bestehen und die lokale Bevölkerung Entscheidungen für ihre Zukunft treffen kann.

Mit Satoko Kishimoto und Olivier Petitjean vom Multinationals Observatory, bieten wir in **Kapitel 9** abschließende Anmerkungen. Zusätzlich zu einer Check-Liste für die Bürger und politische Entscheidungsträger wird eine Zusammenfassung des Buches geboten. Damit wird es möglich, die Ergebnisse vieler Rekommunalisierungserfahrungen zu identifizieren: Kosteneinsparungen, mehr Investitionen, innovative Sozial- und Umweltpolitik und demokratische Rechenschaftspflicht. Wir betrachten auch wie Öffentlich-Öffentliche Partnerschaften, die Beteiligung der Arbeitnehmer und soziale Mobilisierung die Möglichkeiten für Rekommunalisierung und öffentliche Wasserversorgung von höherer Qualität fördern können. Dies steht im Kontrast zu einer Politik, die die kommerziellen Interessen über diejenigen der Gemeinden stellt. Rekommunalisierung muss weiter gehen. Sie verspricht eine Zukunft für eine öffentlich ausgerichtete Wasserpolitik, in der die Entwicklung der Gemeinschaft an erster Stelle steht. Wir brauchen eine fortschrittliche Politik, damit Rekommunalisierung eine fortschrittliche Veränderung bringt.



Emanuele Lobina ist Hauptdozent der Public Services International Research Unit (PSIRU), University of Greenwich, UK. Er kam zu PSIRU im Jahr 1998 und hat ausführlich über die internationalen Erfahrungen mit der Reform von Wasserdienstleistungen geschrieben. Er ist regelmäßig als politischer Berater für internationale Organisationen, zentrale und lokale Regierungen, Fachverbände, Gewerkschaften und Bürgerorganisationen tätig.

Notes

- 1 Während der Schwerpunkt des Buches auf der Rekommunalisierung als Reaktion auf die Privatisierung der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung liegt, geht die Politik der Privatisierung des Wassers auch auf das Management der Wasserressourcen über, was nicht weniger umstritten ist. Zu den Problemen mit Build-Operate-Transfer (BOT) Verträgen für die Entnahme und Speicherung von Wasser, siehe Hall, D. und Lobina, E. 2006 *Pipe Dream. The failure of the private sector to invest in water services in developing countries*. London: Public Services International and World Development Movement <http://www.psiru.org/sites/default/files/2006-03-W-investment.pdf>. Über die Probleme mit großem Wasserverbrauch von Multinationals für die Industrieproduktion, siehe Hall, D. und Lobina, E. 2012 *Conflicts, companies, human rights and water – A critical review of local corporate practices and global corporate initiatives*. PSIRU Reports, March 2012 <http://www.psiru.org/sites/default/files/2012-03-W-Resources-noannexe.docx>.
- 2 Für eine detaillierte Erklärung warum ÖPPs eine Verschleierung von Wasser Privatisierung sind, siehe Lobina, E. und Hall, D. 2013. Water Privatisation and Remunicipalisation: International Lessons for Jakarta. Report by the Public Services International Research Unit prepared for submission to Central Jakarta District Court Case No. 527/Pdt.G/2012/PN.Jkt.Pst, November <http://www.psiru.org/sites/default/files/2014-W-03-JAKARTA-NOVEMBER2013FINAL.docxs>. Siehe auch: Lobina, E. and Corporate Accountability International, 2014. Troubled waters: Misleading industry PR and the case for public water. Report published by Corporate Accountability International, November <http://psiru/reports/troubled-waters-misleading-industry-pr-and-case-public-water>.
- 3 Über die Probleme mit Wasserprivatisierung und ÖPPs in Entwicklungsländern, siehe Lobina und Hall 2013, a. a. o. Über die Probleme mit Wasserprivatisierung und ÖPPs in entwickelten Ländern, siehe Lobina und Corporate Accountability International, 2014, a. a. o.

- 4 Lobina, E., Kishimoto, S. und Petitjean, O. 2014. Here to stay: Water remunicipalisation as a global trend. Report by PSIRU, Transnational Institute und Multinationals Observatory, November <http://psiru/sites/default/files/2014-11-W-HeretoStay.pdf>.
- 5 Ebenda
- 6 Lobina, E. 2013. Remediable institutional alignment and water service reform: Beyond rational choice. *International Journal of Water Governance*, 1 (½): 109-132.
- 7 Lobina, E. und Hall, D. 2009. Thinking inside the box: The World Bank position on the private and public sector. PSIRU Reports, March <http://www.psiru.org/sites/default/files/2009-03-W-wbank.doc>.
- 8 Lobina, Kishimoto und Petitjean 2014, a. a. o.
- 9 Hall, D. und Lobina, E. 2009. Water privatisation. In Arestis, P. and Sawyer, M. (eds.), *Critical essays on the privatization experience*. International Papers in Political Economy Series, p. 75 – 120. Basingstoke and New York: Palgrave Macmillan <http://psiru/sites/default/files/2008-04-W-over.doc>.
- 10 Hall, D., Lobina, E. und Terhorst, P. 2013. Re-municipalisation in the early 21st century: Water in France and energy in Germany. *International Review of Applied Economics*, 27(2): 193 – 214.
- 11 Lobina, E. und Hall, D. 2008. The comparative advantage of the public sector in the development of urban water supply. *Progress in Development Studies*, 8(1): 85 – 101.
- 12 Lobina 2013 a. a. o.
- 13 Castro, J. E. 2009. Systemic conditions and public policy in the water and sanitation sector. In Castro, J. E. and Heller, L. (eds), *Water and sanitation services – Public policy and management*, p. 19 – 37. London and Sterling, VA: Earthscan; McDonald, D. 2014. Public ambiguity and the multiple meanings of corporatization. - In McDonald, D. A. (ed), *Rethinking corporatization and public services in the global South*, p. 1 – 30. London: Zed Books.
- 14 Lobina, Kishimoto und Petitjean 2014 a. a. o.
- 15 Zur Unterscheidung zwischen Ländern mit hohem Einkommen und Mittel- und Niedrigeinkommensländern folgten wir der Welt-Bank-Klassifizierung für Länder und für die Gruppierung zur Kreditvergabe: <http://siteresources.worldbank.org/DATASTATISTICS/Resources/CLASS/XLS>.
- 16 Hall, Lobina und Terhorst 2013 a. a. o.

GLOBALER TREND DER REKOMMUNALISIERUNG 2000-2015



Fälle in 2000

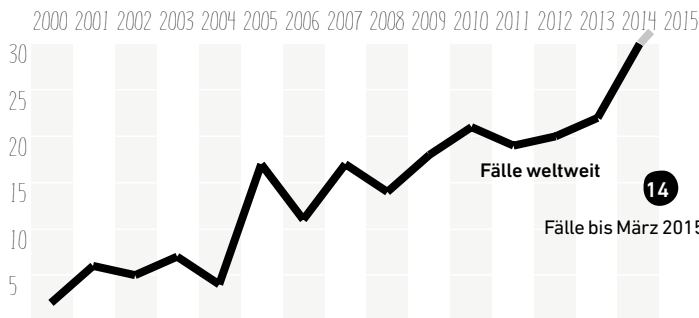
Weniger als eine Million Menschen waren in 2000 von Rekommunalisierung betroffen.



Fälle in 2015

Die Gesamtzahl der Menschen, die von rekommunalisierten Dienstleistern versorgt wurden war auf 100 Millionen gestiegen.

Je Jahr



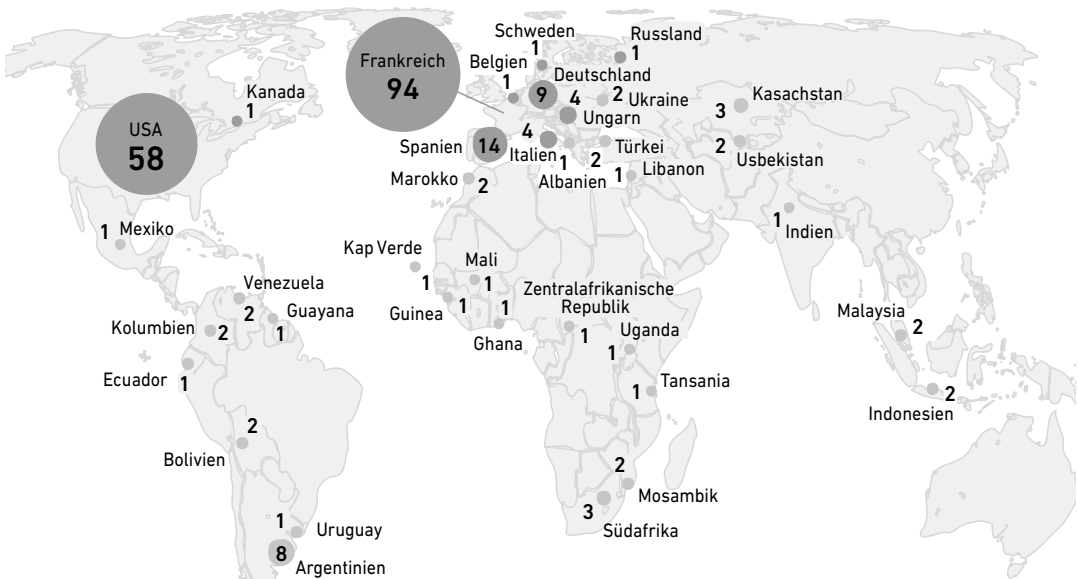
184

Gesamte Fälle in Staaten mit hohen Einkommen.

51

Gesamte Fälle in Staaten mit niedrigen und mittleren Einkommen.

Je Staat



Die globale Liste von Rekommunalisierungen

März 2015

Die Städte, die zwischen März 2000 und März 2015 die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung rekommunalisiert haben, sind in den beiden unteren Tabellen aufgeführt. Eine Tabelle enthält Staaten mit hohem Einkommen und die andere Staaten mit niedrigem bis mittlerem Einkommen.¹ Die Tabellen enthalten allerdings keine Fälle von Zentral- oder Lokalverwaltungen, die rekommunalisieren, um die Wasserdienstleistungen nachher wiederum zu privatisieren.

Soweit möglich arbeiteten wir die einzelnen Städte, die rekommunalisiert haben, heraus, auch wenn ein einziger Wasserversorger in einer Region die Dienstleistungen erbringt, und wir geben das Datum des Beginns des neuen öffentlichen Betriebs an. In einer Reihe von Fällen waren zudem Informationen nur für eine Region bzw. die Umgebung von mehreren Städten zugänglich, die zwar von einem Versorger bedient werden, jedoch zu unterschiedlichen Zeiten rekommunalisiert haben. In diesen speziellen Fällen führen wir die Daten der ersten und der letzten Stadt auf, in der die Rekommunalisierung vollzogen wurde.

In anderen Fällen konnten wir das genaue Datum des Abschlusses der Rekommunalisierung nicht feststellen, zum Beispiel weil die Übertragung der Eigentumsrechte während der Zeit der Erstellung der Liste noch in Vorbereitung war oder weil die örtliche Verwaltung entschieden hatte, dass die Rekommunalisierung erst später, also nach März 2015 stattfinden sollte. Solange die Übertragung des Eigentums während der Erstellung der Liste noch ausstand, führen wir das Datum des Beschlusses für die Rekommunalisierung und das geplante Datum des Vollzugs auf, soweit es bekannt ist. Genauer: Status D bedeutet, dass a) ein offizieller Beschluss zur Rekommunalisierung gefasst wurde; b) die Rekommunalisierung zur Zeit der Erstellung noch nicht

vollzogen ist; und c) zur Zeit der Erstellung noch keine offizielle Entscheidung zur Reprivatisierung gefasst worden ist.

Die Beschleunigung des Rekommunalisierungstrends kann durch die Zahl der Fälle, die in den verschiedenen Fünf-Jahres-Perioden 2000 – 2004, 2005 – 2009 sowie 2010 bis Anfang 2015 statt fanden, geschlossen werden. Die Periode 2010 bis Anfang 2015 enthält 63 Monate, während die Periode 2005 – 2009 genau 60 Monate beträgt. Wir erachten diese Differenz von 5 Prozent in den zwei Perioden nicht für sehr bedeutend in der Auswirkung auf unsere Ergebnisse und das Tempo der Entwicklung der Rekommunalisierungen. Um die Konsistenz unserer Einschätzung der Beschleunigung des Trends sicherzustellen, haben wir noch nicht vollzogene Entscheidungen für Rekommunalisierung nicht berücksichtigt. Es wurden nur die tatsächlichen Fälle aufgenommen, in denen der neue öffentliche Versorger mit dem Betrieb begonnen hat, entweder weil die Rekommunalisierung nach einem Vertragsablauf erfolgte, nach Ablauf der Vertrag nicht erneuert wurde, die Anteile verkauft wurden oder weil sich der private Betriebsführer zurückgezogen hat (Status T, E, S und W).

Schließlich führen wir, wo es möglich ist, die von der Rekommunalisierung betroffene Bevölkerungszahl auf. Diese Zahl muss nicht notwendigerweise mit der Einwohnerzahl der Stadt oder der betroffenen Städte übereinstimmen, weil die Bewohner, die von Wasserverträgen mit Privaten erfasst sind oft niedriger als die Gesamtpopulation ist. Wo wir die Bewohner, die von privaten Wasserverträgen erfasst wurden, nicht feststellen konnten, führen wir die Gesamtbevölkerung der Stadt oder der Städte auf, die einen Vertrag mit einem privaten Betriebsführer eingingen, aber schließlich später rekommunisierten.

Legende

D: Entscheidung für Rekommunalisierung, noch nicht vollzogen.

E: Vertrag abgelaufen und rekommunisiert.

S: Verkauft von privatem Betreiber, Vertrag rekommunisiert.

T: Vertrag beendet, und rekommunisiert.

W: Rückzug Privater Betriebsführer, Vertrag rekommunisiert.

Tabelle 1 *Staaten mit hohen Einkommen*

	Staat	Stadt	Versorgte Einwohner	Datum	Unternehmen	Status
1	Belgien	Regional (Aquafin)	3 800 000	2006	Severn Trent	TS
2	Kanada	Hamilton	490 000	2005	American Water	E
3	Frankreich	SYDEC Landes	87 000	2000 2014	Veolia, Suez, SAUR	E
<i>Extension of the régies to new cities for water (+87000) and sanitation (+50000)</i>						
4	Frankreich	Briançon	12 000	2000	SAUR	E
5	Frankreich	Grenoble (city)	160 000	2001	Suez	T
6	Frankreich	Grenoble Alpes Métropole	320 000	2001	Suez	T
<i>48 cities excluding Grenoble</i>						
7	Frankreich	Neufchâteau	7 000	2001	Veolia	T
8	Frankreich	Pays Châtelleraudais (communauté d'agglomération)	55 000	2001	Veolia	E
<i>13 cities including Châtelleraut and Naintré for sanitation</i>						
9	Frankreich	Venelles	8 500	2002	SAUR	E
10	Frankreich	Communauté de communes des Albères et de la Côte Vermeille	24 000	2002 2010		E
<i>12 cities which remunicipalised at expiry</i>						
11	Frankreich	Castres	43 000	2003	Suez	T
12	Frankreich	Fraisses	4 000	2003	Veolia	
13	Frankreich	Varages	1 100	2004	Suez	E
14	Frankreich	Cherbourg (communauté urbaine)	46 000	2005	Veolia	E
<i>5 cities</i>						
15	Frankreich	Lanvollon-Plouha	16 500	2005	Veolia/Suez	E
16	Frankreich	Embrun	6 500	2006	Veolia	E
17	Frankreich	Corte	7 000	2007	OEHC	E
18	Frankreich	Cournon d'Auvergne	19 000	2007		
19	Frankreich	Le Minervois (communauté de communes)	6 300	2007		E
<i>15 cities</i>						

	Staat	Stadt	Versorgte Einwohner	Datum	Unternehmen	Status
20	Frankreich	Saint-Paul (La Réunion)	100 000	2007	Veolia	T
		<i>Sanitation remunicipalised in 2007, water remunicipalised in 2010</i>				
21	Frankreich	Châtellerault/ Naintré	38 000	2007	Veolia	E
22	Frankreich	Tournon-sur-Rhône	11 000	2007	SAUR	E
23	Frankreich	Angers Loire Métropole	7 000	2008	SAUR	E
		<i>Extension of the régie to new cities for water and sanitation</i>				
24	Frankreich	Hauteville-Lompnes	4 000	2008		
25	Frankreich	La Fillière (SIE de La Fillière)	14 000	2008	Suez	E
26	Frankreich	Belley	9 000	2009	Alteau	E
27	Frankreich	Benfeld et environs	17 500	2009	Suez	E
		<i>Sanitation, joined regional water syndicate SDEA Alsace-Moselle</i>				
28	Frankreich	Digne-les-Bains	18 500	2009	Suez	E
29	Frankreich	La Grand'Combe (S.I.D.E de l'Agglomération Grand'Combienne)	12 000	2009	Ruas	E
		<i>5 cities</i>				
30	Frankreich	Mouthe	1 000	2009	Suez	E
31	Frankreich	Agglomération de Rouen (Métropole Rouen Normandie)	145 000	2009 2014	Veolia, Suez	E
		<i>Progressive extension of the régie to new cities.</i>				
32	Frankreich	Syndicat d'Eau du Roumois et du Plateau du Neubourg (SERPN)	65 000	2009	Veolia	E
		<i>108 cities</i>				
33	Frankreich	Saint-André, Falicon et la Trinité	17 000	2009	Veolia/Ruas	E
		<i>Now part of Métropole Nice Cote d'Azur</i>				
34	Frankreich	Agglomération de Albi (communauté d'agglomération de l'Albigeois)	84 000	2010	Suez	E
		<i>Sanitation only remunicipalised (water always remained public)</i>				
35	Frankreich	Annonay	17 000	2010	SAUR	E
36	Frankreich	Bonneville	12 000	2010	Veolia	E
37	Frankreich	Lucé (communauté de communes de Lucé)	15 000	2010	Veolia	E
		<i>14 cities</i>				

	Staat	Stadt	Versorgte Einwohner	Datum	Unternehmen	Status
38	Frankreich	Paris	2 200 000	2010	Veolia/Suez	E
39	Frankreich	Saint-Jean-de-Braye	19 000	2010	SAUR	E
40	Frankreich	Bordeus	740 000	2011 (2018)	Suez	D
<i>This remunicipalisation is still debated and there are signs that the newly elected local authorities might reconsider their decision.</i>						
41	Frankreich	Brignole	18 000	2011	Veolia	E
42	Frankreich	Causse Noir (SIAEP)	25 000	2011	Veolia	E
<i>10 cities</i>						
43	Frankreich	Gueugnon	9 000	2011	Suez	E
<i>Sanitation was also remunicipalised in 2015</i>						
44	Frankreich	Lacs de l'Essonne	32 000	2011	Veolia/Suez	E
45	Frankreich	Le Gouray	1 100	2011	Veolia	E
46	Frankreich	Agglomération de Nantes	NA	2011	Veolia/Suez	E
47	Frankreich	Ploubezre	3 000	2011	Veolia	E
48	Frankreich	Saint Brieuc Agglomération	52 000	2011 2018	Veolia	D
49	Frankreich	Syndicat de la Baie	5 000	2011	Veolia	E
50	Frankreich	Tarnos, Ondres, Boucau and St-Martin-de-Seignaux	29 000	2011	Suez	E
51	Frankreich	Vierzon	28 000	2011	Veolia	E
52	Frankreich	Brest Métropole	213 000	2012	Veolia	E
53	Frankreich	Chenal du Four (Syndicat du Chenal du Four)	6 000	2012	Veolia	E
54	Frankreich	Gâtine (Syndicat Mixte des Eaux de la Gâtine)	56 000	2012	Suez	E
55	Frankreich	Landerneau (SIDEF de Landerneau)	20 000	2012	Veolia	E
56	Frankreich	Muret	24 000	2012	Veolia	E
<i>Part of the service is still outsourced</i>						
57	Frankreich	Saint-Malo	48 000	2012	Veolia	E
58	Frankreich	Schweighouse (SIVOM)	12 000	2012	Suez	E
<i>Sanitation, joined regional water syndicate SDEA Alsace-Moselle</i>						
59	Frankreich	Sélestat	60 000	2012	Veolia	E
<i>Sanitation</i>						

	Staat	Stadt	Versorgte Einwohner	Datum	Unternehmen	Status
60	Frankreich	Argenton-sur-Creuse	5 000	2013	Veolia	E
61	Frankreich	Basse Vallée de l'Adour (syndicat intercommunal)	31 000	2013	Suez	E
		<i>25 cities</i>				
62	Frankreich	Beaurepaire et Saint-Barthélémy	6 000	2013		
63	Frankreich	Capbreton	8 000	2013	Suez	E
64	Frankreich	Évry Centre Essonne	116 000	2013	Suez	E
65	Frankreich	Gannat	6 000	2013	Veolia	E
		<i>Joined SIVOM Sioule et Boule</i>				
66	Frankreich	Kermorvan-Kersauzon (syndicat des eaux)	19 000	2013	Veolia	
67	Frankreich	Lamentin, Saint-Joseph and Schoelcher (Martinique)	77 000	2013	Suez/Veolia	E
		<i>Sanitation, joined the communauté d'agglomération CACEM's régie</i>				
68	Frankreich	Péronne	9 000	2013		E
69	Frankreich	Saint-Pierre des Corps	15 000	2013	Veolia	E
		<i>Water service is still partly outsourced to Veolia (installations and meters). Sanitation was remunicipalised in 2012.</i>				
70	Frankreich	Valence-Moissace-Puymirol (syndicat des eaux)	5 000	2013	SAUR	E
71	Frankreich	Aubagne	46 000	2014	Veolia	E
		<i>Joined SPL Eau des Collines for water</i>				
72	Frankreich	Barousse Comminges Save	58 000	2014	SEM Pyrénées	T
73	Frankreich	Beaulieu, Cap d'Ail, Eze et Villefranche-sur-Mer	17 000	2014	Veolia	E
		<i>Now part of métropole Nice Côte d'Azur</i>				
74	Frankreich	Blois	48 000	2014 (2016)	Veolia	D
75	Frankreich	Capesterre-Belle-Eau (Guadeloupe)	20 000	2014	Veolia	E
		<i>Taking effect 2016</i>				
76	Frankreich	Castelsarrasin	13 000	2014	SAUR	E
77	Frankreich	Courgent	400	2014	Suez	T

	Staat	Stadt	Versorgte Einwohner	Datum	Unternehmen	Status
78	Frankreich	Montpellier Méditerranée Métropole	350 000	2014 (2016)	Veolia	D
		<i>Taking effect 2016</i>				
79	Frankreich	Pays d'Aubagne et de l'Étoile	105 000	2014	Veolia	E
		<i>12 cities, including Aubagne and La Penne-sur-Huveaune, joined SPL Eau des Collines for sanitation</i>				
80	Frankreich	La Penne-sur-Huveaune	6 000	2014	Veolia	E
		<i>Joined SPL Eau des Collines for Water</i>				
81	Frankreich	Mommenheim (SICTEU)	6 000	2014	Suez	E
		<i>Sanitation, joined regional water syndicate SDEA Alsace-Moselle</i>				
82	Frankreich	Portes de l'Eure (communauté d'agglomération)	20 000	2014	Veolia, SAUR	D
		<i>39 cities will be added over time as contracts expire</i>				
83	Frankreich	Terre de Bas (îles des Saintes, Guadeloupe)	1 000	2014	Veolia	E
		<i>Remunicipalised together with Capesterre Belle Eau</i>				
84	Frankreich	Terre de Haut (îles des Saintes, Guadeloupe)	2 000	2014	Veolia	E
		<i>Remunicipalised together with Capesterre Belle Eau</i>				
85	Frankreich	Bastia (communauté d'agglomération)	58 000	2015	OEHC	E
86	Frankreich	Brugheas	1 500	2015	Veolia	E
		<i>Joined SIVOM Sioule et Boule</i>				
87	Frankreich	Fleury les Aubrais	21 000	2015	SAUR	E
		<i>Service is still partly outsourced</i>				
88	Frankreich	Lamentin / Saint-Joseph (Martinique)	57 000	2015	Suez/Veolia	E
		<i>Sanitation was remunicipalised in 2013 - both through joining the CACEM régime</i>				
89	Frankreich	Nice (city)	348 000	2015	Veolia	E
		<i>Now part of Métropole Nice Côte d'Azur</i>				
90	Frankreich	Pays de Bitche	25 000	2015	Veolia	E
		<i>Joined SDEA Alsace-Moselle</i>				
91	Frankreich	Pays de Nay (SEPA du Pays de Nay)	25 000	2015	SAUR	E
92	Frankreich	Quimperlé	12 000	2015	Veolia	E

	Staat	Stadt	Versorgte Einwohner	Datum	Unternehmen	Status
93	Frankreich	Rennes (Eau du Bassin rennais)	480000	2015	Veolia	E
<i>56 cities. Production was remunicipalised over the whole area (480000), distribution over Rennes city only (230000)</i>						
94	Frankreich	SIAEAG (Guadeloupe)	100000	2015	Veolia	E
95	Frankreich	Troyes	60000	2015	Veolia	E
96	Frankreich	Valence	65000	2015	Veolia	E
97	Deutschland	Krefeld	222058	2005	RWE	T
98	Deutschland	Bergkamen	110000	2008	Gelsenwasser	T
99	Deutschland	Stuttgart	613392	2010-	EnBW	D
100	Deutschland	Solingen	155768	2012	MVV Energie AG	T
101	Deutschland	Bielefeld	328864	2012	Stadtwerke Bremen/Essent	T
102	Deutschland	Oranienburg	42000	2012	Gelsenwasser	T
103	Deutschland	Berlin	3501870	2013	Veolia/RWE	T
104	Deutschland	Burg (Sachsen-Anhalt)	22000	2014	Veolia	E
105	Deutschland	Rostock	200000	2014-	Remondis	D
106	Italien	Imperia	200000	2012-	IREN	D
107	Italien	Reggio Emilia	482287	2012	IREN	D
108	Italien	Varese	889000	2013	A2A	D
109	Italien	Termoli	33000	2015	Acea	D
110	Russland	Arzamas	120000	2014	Remondis	W
111	Spanien	Medina Sidonia	11794	2003	Aqualia	T
112	Spanien	Huesna (Alanís de la Sierra, Alcolea del Río, Almadén de la Plata, Brenes, Las Cabezas, Cantillana, Carmona, Cañada Rosal, Constantina, El Coronil, El Cuervo, El Madroño, Los Molares, Lebrija, Los Palacios y Vfca., El Pedroso, El Real de la Jara, Tocina, Vva. Del Río y Minas, El Viso del Alcor, San Nicolás del Puerto, Utrera)	126845	2007	ACS Actividades de Construcción y Servicios	T
113	Spanien	Figaró Montmany	1112	2009	CASSA Group	T

	Staat	Stadt	Versorgte Einwohner	Datum	Unternehmen	Status
114	Spanien	Arenys de Munt	8 588	2011	SOREA (AGBAR)	T
115	Spanien	Arteixo	31 005	2013	Aqualia (FCC)	T
116	Spanien	La Línea de la Concepción	62 697	2013	Aqualia (FCC)	T
117	Spanien	Manacor	41 049	2013	Agua Manacor S.A.	
118	Spanien	Alfes	315	2014	Aigües de Catalunya	W
119	Spanien	Ermua	10 109	2014	Suez	T
120	Spanien	Estella del Marqués	1 486	2014	Aqualia	T
121	Spanien	Guadalacacín	5 233	2014	Aqualia	T
122	Spanien	Montornés del Vallès	16 217	2014	Familiar privada	D
123	Spanien	Rascafría	2 000	2014	Canal Gestión SA	T
124	Spanien	Torrecedera	1 254	2014	Aqualia	T
125	Schweden	Norrköping	87 247	2005	EON	S
126	Uruguay	Maldonado Department	96 000	2005	Aguas de Bilbao	T
127	USA	Atlanta, GA	1 200 000	2003	Suez	T
128	USA	Angleton, TX	18 862	2004	Veolia	T
129	USA	Plainfield, IN	27 631	2004	United Water	T
130	USA	Laredo, TX	236 191	2005	United Water (Suez)	T
131	USA	Coxsackie, NY	8 918	2005	Veolia	T
132	USA	Jackson, AL	5 228	2005	Veolia	
133	USA	Pekin, IL	34 094	2005	United Water	E
134	USA	East Aurora, NY	6 236	2005	Veolia	E
135	USA	Conroe, TX	61 533	2005	Veolia	T
136	USA	Demopolis, AL	7 483	2006	Veolia	E
137	USA	Five Star Water Supply District, AL	100	2006	Veolia	T
138	USA	Southern Water & Sewer District, KY	23 524	2006	Veolia	T
139	USA	North Brunswick, NJ	40 742	2006	United Water	T
140	USA	Logan, WV	11 000	2006	Veolia	E
141	USA	Petaluma (wastewater treatment), CA	58 142	2007	Veolia	E

	Staat	Stadt	Versorgte Einwohner	Datum	Unternehmen	Status
142	USA	Houston (water treatment), TX	2700000	2007	United Water (Suez)	T
143	USA	Karnes City, TX	3042	2007	Veolia	E
144	USA	Winchester, NH	4341	2008	United Water	T
145	USA	Stockton, CA	300899	2008	OMI-Thames Water	T
146	USA	Fairfield-Suisun (wastewater treatment), CA	135296	2008	United Water (Suez)	T
147	USA	Central Elmore Water & Sewer Authority, AL	50000	2008	Veolia	
148	USA	Cave Creek, AZ	9000	2008	American Water	E
149	USA	Horn Lake, MS	15545	2008	Southwest Water	T
150	USA	Odem, TX	2499	2008	Veolia	T
151	USA	Hayden, ID	13294	2009	Veolia	T
152	USA	Durham County, NC	8000	2009	United Water	T
153	USA	Burley (wastewater treatment), ID	9578	2009	Veolia	T
154	USA	Surprise, AZ	27116	2009	American Water	E
155	USA	Biddeford, ME	21383	2009	CH2M Hill OMI	E
156	USA	O'Fallon, MO	25002	2009	Alliance Water Resources	E
157	USA	Kline, PA	1591	2009	United Water	W
158	USA	North Adams, MA	13708	2010	United Water	T
159	USA	Overton, TX	2554	2010	Veolia	T
160	USA	Freeport, IL	25638	2010	United Water	E
161	USA	Evansville, IN	117429	2010	American Water	E
162	USA	Gary, IN	180000	2010	United Water	T
		<i>City voted to terminate but then negotiated a "transition agreement" with the company to avoid paying \$450,000 in termination fees. So United Water could say the deal was not officially 'terminated'.</i>				
163	USA	Liberty, MO	3000	2010	CH2M Hill OMI	T
164	USA	Webb City, MO	10996	2010	CH2M Hill OMI	E
165	USA	Skaneateles, NY	5116	2010	Severn Trent	T

	Staat	Stadt	Versorgte Einwohner	Datum	Unternehmen	Status
166	USA	Lampasas, TX	7 868	2010	CH2M Hill OMI	T
167	USA	Leander, TX	25 740	2010	Southwest Water	
168	USA	Whitesburg (water and wastewater), KY	2 139	2011	Veolia	T
169	USA	Brunswick - Glynn County, GA	79 626	2011	United Water	T
170	USA	Tama, IA	2 877	2011	Veolia	T
171	USA	Schenectady (wastewater treatment), NY	66 135	2011	Veolia	T
172	USA	Plymouth (water and wastewater), NC	3 878	2011	Veolia	E
173	USA	Manchester Township, NJ	35 976	2011	United Water	
174	USA	Summit City, NJ	21 457	2011	United Water	T
175	USA	New Albany (wastewater treatment), IN	36 372	2012	American Water	E
176	USA	Gladewater, TX	6 275	2012	Veolia	T
177	USA	Lanett AL	6 468	2012	Veolia	
178	USA	Barstow, CA	22 639	2012	United Water	E
179	USA	Coeburn, VA	2 139	2013	Veolia	T
180	USA	Weslaco, TX	35 670	2013	CH2M Hill	T
181	USA	Cameron, TX	5 770	2013	Severn Trent	T
182	USA	Storm Lake, IA	10 600	2013	Veolia	T
183	USA	Reidsville, NC	14 520	2014	United Water	T
184	USA	Oakland County, MI	59 515	2014	United Water	T

Tabelle 2 *Staaten mit niedrigen und mittleren Einkommen*

	Staat	Stadt	Versorgte Einwohner	Datum	Unternehmen	Status
185	Albanien	Elbasan	100 000	2007	Berlinwasser International	T
186	Argentinien	Provincia de Buenos Aires (54 cities)	2 500 000	2002	Enron	W
187	Argentinien	Buenos Aires	9 000 000	2006	Suez	T

	Staat	Stadt	Versorgte Einwohner	Datum	Unternehmen	Status
188	Argentinien	Provincia de Buenos Aires (Gran, 6th subregion)	1 700 000	2006	Impregilo	T
189	Argentinien	Santa Fe i Rosario	2 000 000	2006	Suez	T
190	Argentinien	Catamarca	200 000	2008	Proactiva	T
191	Argentinien	Salta	1 100 000	2009	Latinaguas	T
192	Argentinien	La Rioja	200 000	2010	Latin Aguas	T
193	Argentinien	Mendoza	1 100 000	2010	Saur	T
194	Bolivien	Cochabamba	900 000	2000	Bechtel	T
195	Bolivien	La Paz/El Alto	1 600 000	2007	Suez	T
196	Kap Verde	National	200 000	2005	Aguas de Portugal	TS
197	Zentralafrika- nische Republik	Bangui	80 000	2003	SAUR	WS
198	Kolumbien	Bogota (treatment plant)	1 500 000	2004	Suez	R
199	Kolumbien	Bogota (water supply)	7 000 000	2013	Acea, Proactiva	E
200	Ecuador	Machala	240 000	2012	Oriolsa	T
201	Ghana	National	5 100 000	2011	Vitens, Rand Water	E
202	Guinea	Conakry and 16 other smaller urban centres	1 824 000	2003	SAUR and Veolia	W
203	Guayana	National	740 000	2007	Severn Trent	T
204	Ungarn	Kaposvar	64 872	2009	Suez	E
205	Ungarn	Pecs	150 000	2009	Suez	T
206	Ungarn	Borsodviz	190 000	2010	Gelsenwasser	T
207	Ungarn	Budapest	1 740 000	2012	Suez, RWE	T
208	Indien	Latur	390 000	2012	SPML (Shubash Projects and Marketing Ltd)	T
209	Indonesien	Badung Bali	543 332	2013	Mahasara Buana, Intan Dyandra Mulya, Dewata Artha Kharisma	E
210	Indonesien	Jakarta	9 900 000	2015	Suez	D
	<i>The Central Jakarta District Court on 24 March 2015 annulled the privatised water contracts signed with Suez (Palyja) and Aetra and ordered the water services to be brought back to the state-owned water company</i>					
211	Kasachstan	Ust-Kamenogorsk	303 720	2007	IR-Group	T
212	Kasachstan	Almaty	1 600 000	2005	Veolia	T
213	Kasachstan	Astana (bulk water supply)	639 311	2003	Veolia	W
214	Libanon	Tripoli	400 000	2007	Suez	E

	Staat	Stadt	Versorgte Einwohner	Datum	Unternehmen	Status
215	Malaysia	Kuala Lumpur (Selangor state)	5 411 324	2014	Syabas, PNSB, SPLASH, ABASS	D
216	Malaysia	Indah Water Consortium (sanitation)	6 100 000	2001	Prime Utilities	S
217	Mali	Bamako	1 500 000	2005	SAUR	T
218	Mexiko	Ramos Arizpe	48 228	2014	Suez	T
219	Marokko	Rabat-Salé	2 200 000	2014	Redal (Veolia)	DS
	<i>Outcome still pending</i>					
220	Marokko	Tanger-Tétouan	1 400 000	2014	Amendis (Veolia)	DS
	<i>Outcome still pending</i>					
221	Mosambik	Beira, Nampula, Quelimane and Pemba (i Chokwé, Inhambane, Maxixe i Xai-Xai)	242 143	2008	Aguas de Mozambique (SAUR and Aguas de Portugal)	E
222	Mosambik	Maputo	1 766 184	2010	Aguas de Portugal	T
223	Südafrika	Amahthali (Stutterheim)	200 000	2005	Suez	E
224	Südafrika	Johannesbourg	500 000	2006	Suez	E
225	Südafrika	Nkonkobe (Fort Beaufort)	130 000	2002	Suez	T
226	Tansania	Dar es Salaam	750 000	2005	Biwater	T
227	Türkei	Antalya	2 158 000	2002	Suez	T
228	Türkei	Izmit	1 600 000	2014	Thames Water	T
229	Uganda	Kampala	1 720 000	2004	ONDEO	E
230	Ukraine	Lugansk	424 113	2014	Rosvodokoanal	T
231	Ukraine	Kirovograd	293 444	2008	Water Services, LLC	T
232	Usbekistan	Bukhara	247 000	2007	Veolia, then Amiwater	T
	<i>A second contract with Amiwater was also terminated in 2007</i>					
233	Usbekistan	Samarkand	412 000	2007	Veolia, then Amiwater	T
	<i>A second contract with Amiwater was also terminated in 2007</i>					
234	Venezuela	État de Monagas	552 000	2001	FCC	E
235	Venezuela	État de Lara	1 100 000	2002	Aguas de Valencia	T
Total served population			105 917 656			

Notes

- 1 Die Klassifikation der Welt von Staaten und Kreditgruppen ist hier zu finden: <http://sitere.sources.worldbank.org/DATAS/STATISTICS/Resources/CLASS.XLS>. (Stand 14. März 2015)

Kapitel 1

Rekommunalisierung von Wasser – und Abwasserdienstleistungen in den Vereinigten Staaten

Von Mary Grant

Die meisten Menschen in den Vereinigten Staaten erhalten ihre Wasser- und Abwasserdienstleistungen von öffentlich geführten und im öffentlichen Eigentum gehaltenen Versorgungsunternehmen. Die Bewegung, dies zu erhalten und die öffentliche Wasserversorgung zu festigen, ist stark und lebendig.

Die Vereinigten Staaten haben etwa 50.000 Gemeindewassersysteme und 20.000 Abwassersammelsysteme.¹ Fast alle Abwasserdienstleistungsbetriebe sind in öffentlichem Eigentum und auch die öffentliche Wasserversorgung dominiert den Sektor.² Kommunalverwaltungen und andere öffentliche Einrichtungen versorgen 86 % der Bevölkerung mit Wasserdienstleistungen.³

Eine lange Geschichte der Kommunalisierung

Private Wasserversorgungsunternehmen versorgten in der Vergangenheit viele der großen Städte des Landes bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts Cholera-Epidemien und verheerende Brände ausbrachen und eine Welle von Kommunalisierungen auslösten. Von 1880 bis 1920 übernahmen tausende Städte – darunter Baltimore, Boston, Chicago, Los Angeles, New York, Philadelphia und San Francisco – die öffentliche Kontrolle über die Wasserversorgung, um die Wasserqualität zu verbessern und um die Versorgung von Stadtteilen mit einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen, die von den privaten Versorgern vernachlässigt worden waren, zu sichern.⁴

Die Bewegung für eine öffentliche Eigentümerschaft hält bis heute an. Von 2007 bis 2013 sank die Bevölkerungszahl, die durch private Wassergesellschaften versorgt wird, um 7 Millionen, während die Bevölkerung, die von

kommunalen Betrieben versorgt wird, um 17 Millionen stieg.⁵ Die kommunalen Einrichtungen weiten in der Tat ihre Dienstleistungen auf neue Bereiche aus und kaufen mit beachtlicher Geschwindigkeit private Versorgungssysteme. Dies geschieht häufig, wenn die Städte wachsen. Kommunen schaffen Versorgungssysteme in neuen Wohngebieten und verbinden sie mit bereits vorhandener öffentlicher Infrastruktur, um die Versorgung zu optimieren, die Kosten auf mehr Verbraucher aufzuteilen und um die Nutzung der Wasserressourcen verbessern zu können.⁶

Rekommunalisierung: Eine starke Kraft

Trotz aggressiver Bemühungen privater Firmen blieb die Privatisierung der staatlichen Wasser- und Abwassersysteme in den Vereinigten Staaten eine Ausnahme. Das zeigte sich auch 2012 in einer US-weiten Umfrage, die ergab, dass nur 6 Prozent der Kommunalverwaltungen Wasser- und Abwasserdienstleistungen an private gewinnorientierte Unternehmen ausgegliedert hatten.⁷

Obwohl Privatisierung relativ selten ist, beenden dennoch jedes Jahr eine Handvoll Kommunen solche Vereinbarungen und kehren in der Wasserver- und Abwasserentsorgung zu öffentlicher Verantwortung zurück. Rekommunalisierung von Wasser- und Abwasserdienstleistungen ist eine mächtige Entwicklung im Vertragswesen innerhalb der kommunalen „Gemeinde“.

Seit dem Jahr 2000 haben die großen privaten Wasserversorgungsunternehmen 169 Verträge infolge einer Rekommunalisierung verloren.⁸ Das ist eine beachtliche Zahl bezogen auf die bestehenden Verträge für das Wassermanagement mit Privaten, wenn man bedenkt, dass die vier größten Unternehmen im Outsourcing-Markt der USA schätzungsweise 70 % ausmachen und sie in 2013 insgesamt nur 760 Kommunen als Kunden ausgewiesen hatten.⁹

Wie Gemeinden rekommunalisieren

Kommunen rekommunalisieren Wasser- und Abwasserdienstleistungen typischerweise, indem sie die Verträge einfach auslaufen lassen oder zum Vertragsende ordentlich kündigen. Viele Verträge beinhalten Klauseln, die den

Gemeinden erlauben, die Vereinbarungen auch ohne Angabe von Gründen zu beenden, solange der private Betreiber rechtzeitig informiert wird, andernfalls müssten die Gemeinden Schadensersatz bezahlen. Klauseln für eine „Ordentliche Kündigung“ und kurze Vertragslaufzeiten sind deshalb wichtige Vertragsinhalte bei Privatisierung. Denn ohne sie kann es für Kommunalverwaltungen schwierig werden, Dienstleistungen wieder in öffentliche Hände zu bekommen.

In einigen Fällen haben die Verwaltungen jedoch auch wegen schwerer Vertragsverletzungen gekündigt. Dies ist dann eine „außerordentliche fristlose Kündigung aus wichtigem Grund“. Es kann jedoch für eine Verwaltung schwierig sein, einem Unternehmen eine wesentliche/schwere Vertragsverletzung nachzuweisen. Zudem erfordern viele Verträge zunächst die Durchführung eines Schiedsverfahrens. Schon eine Drohung der Kommunen, den Vertrag aus einem solchen Grund zu kündigen, bewirkt manchmal, dass die privaten Unternehmen versuchen, einen Vergleich auszuhandeln, um Schuldzuweisungen oder eine schlechte Publicity zu vermeiden. Manchmal verzichten sie sogar auf einen Teil der Schadensersatzansprüche an die Verwaltung.

Die wichtigsten Gründe, weshalb die Kommunen die öffentliche Kontrolle anstreben:

Gemeinden rekommunalisieren ihre Wasser- oder Abwasserdienstleistungen in erster Linie, um die Kosten zu senken und den Service zu verbessern.

Kosten senken

Besonders Kosteneinsparungen sind eine treibende Kraft für Rekommunalisierung in den Vereinigten Staaten. Eine Umfrage von Food & Water Watch bei 18 Gemeinden, die zwischen 2007 und 2010 Wasser- oder Abwasserdienstleistungen rekommunalisiert hatten, ergab, dass die Kosten in diesen Gemeinden um durchschnittlich 21 % durch den öffentlichen Betrieb gesenkt werden konnten.¹⁰ Denn die Gemeinden haben erhebliche Einsparungen gegenüber den Privatisierungsvereinbarungen durch die Rückkehr zur öffentlichen Hand realisiert. Exemplarisch sind dafür die Fälle von Coeburn und von Fairfield sowie Suisun.

Coeburn, Virginia. Im Jahr 2013 kämpfte Coeburn, eine kleine Stadt in Virginia, damit, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Ihr Reservefonds war seit der Großen Rezession dramatisch geschmolzen. Obwohl es die Stadt fertig gebracht hatte, die Kosten in jeder Abteilung zu reduzieren, war ihr Stadtwerk in einen Privatisierungs-Vertrag gezwungen worden, der ständig steigende Zahlungen an das private Unternehmen enthielt.

Seit 2009 hatte Veolia Water North America, eine Tochtergesellschaft des französischen multinationalen Konzerns, das gesamte Stadtwerk von Coeburn betrieben, einschließlich der Wasser- und Abwassersysteme. Im Jahr 2013 zahlte die Stadt an das Unternehmen 1.41 Million \$ - erstaunliche 96 Prozent des gesamten Jahresbudgets. Weil der Vertrag einfach zu kostspielig war, beschloss der Stadtrat, die Vereinbarung nicht zu erneuern, sobald sie ablief. Im April 2014 übernahm die Stadt den öffentlichen Betrieb dieser Abteilung, die Kosten wurden dadurch um 28 Prozent gesenkt.¹¹

Fairfield und Suisun, Kalifornien. Im Jahr 2008, nach drei Jahrzehnten des privaten Betriebs der Kläranlage, beschloss die Geschäftsführung des „Fairfield-Suisun Sewer-District“ in Kalifornien einstimmig, den Vertrag mit United Water zu beenden und die Anlage fortan mit Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu betreiben. Der Zweckverband stellte fest, dass die Rekommunalisierung Geld sparen würde und der Service verbessert werden könnte.

Der Bezirk hatte den Betrieb und die Wartung der Kläranlage im Jahr 1976 privatisiert. Nach einer Reihe unterschiedlicher Auftragnehmer, hatte zuletzt United Water, eine Tochtergesellschaft der französischen multinationalen Suez Environnement die Anlage im Jahr 2007 übernommen. Bereits zur Zeit des Kaufs hatte das Unternehmen einen schon früher unterschriebenen Fünf-Jahres-Vertrag mit dem Bezirk. Während der Laufzeit des Vertrags stellte sich die Geschäftsführung jedoch längst die Frage, ob der Betrieb des Unternehmens durch Private wirklich im besten Interesse der Allgemeinheit war. Als United Water die Kontrolle übernahm, beauftragte der Bezirk dann gleichzeitig unabhängige Berater, um weitere Optionen zu untersuchen.¹²

Die Berater fanden heraus, dass durch den Betrieb in öffentlicher Hand die Kosten um 5 Prozent im ersten Jahr und um 10 bis 15 Prozent in den folgenden

Jahren gesenkt werden könnten.¹³ Der Bericht schloss damit, dass die Kosten von Verträgen mit den Privaten wegen einer Marktkonsolidierung und den „Rentabilitätserwartungen“ der Unternehmen „deutlich steigen“ würden, und dies im Übrigen für jeden anderen neuen Vertrag auch zutreffen würde.¹⁴

Mit der Übernahme des Betriebs in die öffentliche Hand konnte der Bezirk nunmehr wieder das notwendige qualifizierte Personal gewinnen und halten sowie die Leistung verbessern. Während der Zeit der Privatisierung hatte der Bezirk als Auftraggeber ständig damit kämpfen müssen, eine angemessene und stabile Personalausstattung durchzusetzen.¹⁵ So gab es in den vorherigen fünf Jahren allein fünf verschiedene Betriebsleiter, auch die Position des Leiters der Instandhaltung war während des Untersuchungsauftrags der Berater gerade vakant. Die Personalprobleme hätten sich im Laufe der Zeit wahrscheinlich sogar noch verschlimmert. Der Berater sah aufgrund der Unterlagen voraus, dass ein Fünftel des Personals des Kläranlagenbetriebs in den kommenden Jahren ausscheiden würde. Auch weil die privaten Auftragnehmer schlechtere Vergütungsbedingungen anboten als die öffentlichen Einrichtungen in diesem Bereich, sei es zudem für eine private Firma in einem zunehmend enger werdenden Arbeitsmarkt schwieriger, das erforderliche Personal einzustellen.¹⁶

Seit 2008 hat der Betrieb in öffentlicher Hand alle Erwartungen erfüllt, ja sogar übertroffen. Der Bezirk hat das Bedienungs- und Wartungspersonal aufgestockt und auf hohem Niveau gehalten.¹⁷ Im ersten Jahr des öffentlichen Betriebs wurden durch die Rekommunalisierung die Gesamtbetriebskosten um 7 Prozent gesenkt, womit die Steuerzahler 1,3 Millionen Dollar Kosten sparten.¹⁸ Faktisch waren im Jahr 2014 die jährlichen Betriebskosten sogar noch niedriger, als im letzten Jahr des Vertrags mit den Privaten.¹⁹

Dienstleistung verbessern

Neben finanziellen Erwägungen rekommunalisieren die Gemeinden, um die Wasser- und Abwasserdienstleistungen zu verbessern. Häufige Beschwerden bei privatisierten Diensten sind die nicht den Kundenerwartungen entsprechenden Leistungen und unzureichende Instandhaltungen.

Cameron, Texas. In 2013 beschloss der Stadtrat von Cameron, Texas, einstimmig, den Vertrag mit Severn Trent zu beenden. Vier Jahre zuvor, im Jahr 2009

hatte das Unternehmen einen Fünf-Jahres-Vertrag für die Betriebsführung der städtischen Wasser- und Abwassersysteme erhalten, in dem es versprach, die Kosten zu senken und den Service durch eine bessere Ausbildung des Personals und den Erhalt der Infrastruktur zu verbessern.²⁰

Schon nach wenigen Jahren war die Stadt aber sehr unzufrieden mit der Leistung des Unternehmens - von braunem, übel riechendem Wasser durch eine unzureichende Behandlung, die dazu zwang, das Wasser vor dem Verzehr abzukochen, bis hin zu anderen Vertragsverletzungen.²¹ „Wir beauftragten Sie, damit Sie sich um das Wasser kümmern“ sagte Stadtratsmitglied Bill Harris zwei leitenden Vertretern von Severn Trent bei einem Treffen 2012. „Nun sehe ich, dass Sie das verfehlt haben.“²²

Im März 2013 übernahm die Stadt die Wasser- und Abwasser-Abteilungen und begann „damit die Herausforderungen, die Severn Trent uns zurück gelassen hatte, abzuarbeiten.“²³ Trotz dieser Probleme und der Enttäuschung über den Zustand, in der sich die übernommene Firma befand, musste Cameron \$ 64.000 Entschädigung wegen der Beendigung des Vertrags zahlen.²⁴

Die Stadt begann dann die Probleme, die die Privatisierung hinterlassen hatte,²⁵ anzugehen. Das wurde zum Teil durch eine \$ 250.000 Unterstützung aus dem Community Development Block Grant Programm für den Ausbau von Wasserzählern gefördert, um den Anteil der nicht abgerechneten Wasserdeliverungen zu senken.²⁶ Die Stadt entschied sich ebenso für vorrangige Reparaturen von Lecks in den Wasserleitungen als Bestandteil ihres Gewässerschutz- und Dürre-Notfallplans. Im Juli 2014 berichtete dann der Geschäftsführer des Versorgungsunternehmens, Curtis Donovan, dass die Wasser-Abteilung alle Zulassungsvoraussetzungen erfüllt hatte und von der staatlichen Überwachung einen zufriedenstellenden Zustand der Qualität bescheinigt bekommen hatte.²⁷

Lokale Kontrolle für eine bessere Verwaltung der Wasserressourcen

Die öffentliche Kontrolle ermöglicht die Zusammenarbeit von Abteilungen und Betrieben in den Kommunen oder Verwaltungseinheiten, so dass eine bessere Verwaltung der Ressourcen möglich wird. So stimmen zum Beispiel

die Wasser- und Transport-Abteilungen in vielen Städten ihre Aufgaben untereinander ab, um bei Instandhaltungsarbeiten an der Wasserleitung und bei Straßenreparaturen, den Zeitaufwand zu senken und doppelte Asphaltierungsarbeiten zu vermeiden. Zudem nutzen Städte auch Transportfahrzeuge der Abwasser-Abteilung für weitere städtische Aufgaben, einschließlich der Schneeräumung. Und Beschäftigte der Wasser-Abteilung helfen bei Notfällen und Naturkatastrophen wie z. B. bei Orkanen.²⁸

Privatunternehmer und private Betriebe haben im Vergleich dazu, keinen Anreiz, die Ausrüstung und das Personal mit Abteilungen der Stadtverwaltung zu teilen, und sie werden nicht gefordert, mit den Behörden zum Schutz der Wasserressourcen zusammen zu arbeiten, die Wassereinzugsgebiete zu verwalten und langfristig im Sinne von Nachhaltigkeit zu arbeiten.

Cave Creek, Arizona. Im Jahr 2008 übernahm Cave Creek, Arizona, die volle öffentliche Verantwortung für ihre Wasser- und Abwasserdienstleistungen, nachdem sie zuvor schon zwei bis dahin private Wassersysteme gekauft und sich gegen die Erneuerung der Verträge mit American Water entschieden hatte.

Die Wassersysteme von Cave Creek waren von Anfang an in Privatbesitz. Besorgt über die unzureichende Wasserversorgung und ungenügende Instandhaltung, und unter Berücksichtigung der Wasserknappheit, die die Einwohner des Kreises mit zeitweiligen Ausfällen und zu niedrigem Druck in den Leitungen belastete, entschied sich die Stadt dafür, den öffentlichen Besitz und die öffentliche Verwaltung zu erreichen, um die Zukunft des Wassers sichern zu können.²⁹

„Wir müssen die Kontrolle über die Wasserversorgungsunternehmen haben, so dass wir Pläne für 5, 10 und 20 Jahre machen können“, erklärte der Bürgermeister von Cave Creek, Vincent Francia, in 2005.³⁰

Die Stadt kaufte die zwei privaten Wassersysteme: Die Desert Hills Water Company für \$ 2.5 Mio. im Jahr 2006 und die Cave Creek Water Company für \$ 19.5 Mio. in 2007. Cave Creek erhielt zur Unterstützung für diesen Kauf und der notwendigen Verbesserungen zinsgünstige Darlehen von der Finanzierungsbehörde für Wasserinfrastruktur, der staatlichen Behörde, die für die Verteilung des Federally Subsidised State Revolving Fund verantwortlich ist.³¹

Zur gleichen Zeit beauftragte die Stadt das Unternehmen American Water, das bereits die Kläranlage der Stadt betrieb, für ein Jahr auch die Wassersysteme zu betreiben. Als die Verträge ausliefen, entschied sich die Stadt schließlich für die vollständige öffentliche Kontrolle. Im Jahr 2008 begann die Stadt mit dem Betrieb beider Systeme - Wasser und Abwasserbehandlung in öffentlicher Hand.

Die Gründe dafür werden deutlich aus der Diskussion in einer Sitzung:

Bei einem Treffen im November 2007 sagte Jessica Marlow, die Verantwortliche der Stadt für die Betriebe, dass es drei Gründe für die Stadt gäbe, die Wassersysteme zu übernehmen: „Den Dienst am Kunden verbessern“, „die Verwaltung und die Dienstleistungen vor Ort haben“ und „die finanzielle Nachhaltigkeit erhöhen.“³²

Später in dieser Sitzung stellte die städtische Angestellte Carrie Dyrek die „Vorteile der lokalen Kontrolle“ heraus, die auch einschließt, dass Mitarbeiter alle Dienstleistungen vor Ort erbringen. „Wer könne am besten die Bedürfnisse unserer Gemeinschaft erkennen“, fragte sie und antwortete: „Die Mitarbeiter, die in dieser Gemeinschaft selbst leben und arbeiten.“³³

Allein in den ersten zwei Jahren der öffentlichen Kontrolle, investierte Cave Creek 16,2 Mio. Dollar in den Ausbau seiner Wassersysteme und Wasserspeicher, um die Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit der Wasserversorgung zu verbessern.³⁴

Fazit

Die Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung werden in den Vereinigten Staaten überwiegend durch die öffentliche Hand erbracht. Privatisierung ist eher unüblich. Von den landesweit wenigen privaten Betrieben werden jedes Jahr mehrere Wasser- und Abwasserdienstleistungen von den Gemeinden rekommunalisiert. Die Entscheidungen für die Rekommunalisierung sind sehr pragmatisch. Die Gemeinden untersuchen die Privatisierungsverträge hinsichtlich der Kosten und anhand von Leistungskriterien und stellen fest, dass der Betrieb in öffentlicher Hand die beste Option ist. So haben lokale Verwaltungen Millionen von Dollars eingespart und die Qualität der

Wasserdienstleistungen durch eine örtlich verantwortliche öffentliche Verwaltung verbessert. Damit ist die Rekommunalisierung für die Gemeinden in den Vereinigten Staaten ein durchschlagender Erfolg.

Mary Grant forscht für Food & Water Watch, eine US Non-Profit Verbraucherschutzorganisation, die dafür kämpft, dass Nahrung, Wasser und Fische, die die Menschen konsumieren, sicher und für alle zugänglich sind sowie nachhaltig produziert werden. Ihre Forschung konzentriert sich auf die Privatisierung der Wasserversorgung und Finanzierung der Infrastruktur in den Vereinigten Staaten.

Notes

- 1 US Environmental Protection Agency. 2013. Federal safe drinking water information system. FY 2013 Inventory Data. October; US Environmental Protection Agency. 2010. Clean watersheds need survey: 2008 report to Congress, S. I-3.
- 2 US Environmental Protection Agency. 2014. PSC customized search. Facility information (accessed 20 October); US Government Accountability Office. 2010. Wastewater infrastructure financing: Stakeholder views on a national infrastructure bank and public-private partnerships. June, S. 5.
- 3 Dieser Prozentsatz bezieht sich nicht auf die gesamte US-Bevölkerung. Mehr als 15 % der Bevölkerung verfügen über eigene Wasserquellen im Haushalt und sind nicht an gemeindliche Wassersysteme angeschlossen. US Environmental Protection Agency 2013, a. a. O.; US Environmental Protection Agency. 2002. Drinking water from household wells. January, S. 1.
- 4 Spar, D. and Krzysztof, B. 2009. To the tap: Public versus private water provision at the turn of the Twentieth Century. *Business History Review* 83(4): 689-697; National Research Council. 2002. *Privatization of water services in the United States*. Washington, DC: National Academy of Science, S. 2, 30-34; Salzmann, J. 2006. Thirst: A short history of drinking water. *Duke Law School Faculty Scholarship Series*. January, S. 18-20; Arnold, C. A. 2005. Privatization of public water services: The states' role in ensuring public accountability. *Pepperdine Law Review* 32(3): 568-569.
- 5 Over this period, the total growth in the population on community water systems, of all ownership, was 5 per cent with an additional 13 million people served. See US Environmental Protection Agency 2013, a. a. O.; US Environmental Protection Agency 2007. Federal safe drinking water information System. FY 2007 inventory data, October.
- 6 Mehr Informationen zum Rekommunalisierungs-Prozess, siehe: Food & Water Watch. 2012. Municipalization guide: How U.S. communities can secure local public control of privately owned water and sewer systems. July.
- 7 Homsy, G. C. and Warner, M. E. 2014. Intermunicipal cooperation: The growing reform. In *The Municipal Yearbook 2014*. International City/County Management Association, p. 55.
- 8 Die Zahl der Wasserunternehmen, die ihre Vertragsdaten bekannt gaben variierte in der Zeit der Marktkonsolidierung. In 2000 berichteten 12 Unternehmen von umstrittenen Verträgen mit Verwaltungen, während von 2008 bis 2013, nur vier Unternehmen diese Informationen jedes Jahr veröffentlichten. Siehe: PWF. 2006. 10th annual water outsourcing report. *Public Works Financing*. Vol. 203. March, p. 4; PWF. 2014. 18th annual water partnerships survey. *Public Works Financing*. Vol. 291. March, p. 20.
- 9 PWF 2014, a. a. O., S. 19, 22, 25.
- 10 Food & Water Watch. 2010. The public works: How remunicipalization of water services saves money. December.
- 11 Gibson, A. R. 2014. Coeburn takes over operation of town Public Works Department. *Kingsport Times News*, 23 April; Coeburn Town (VA). Public works department. Announcement. April 2014, on file with Food & Water Watch.

- 12 Whitley Burchett & Associates. 2007. Analysis of the use of contract operations. 3 December, S. 4-5; Fairfield-Suisun Sewer District (California). 2008. Board of Directors meeting agenda, 28 January, S. 5-6.
- 13 Ebenda, S. 17.
- 14 Ebenda, S. 8 und 12
- 15 Ebenda, S. 7, 8 und 13
- 16 Ebenda, S. 6 and 8
- 17 Fairfield-Suisun Sewer District (California). 2014. Comprehensive annual financial report for the year ended June 30, 2014. 8 September, S. 63.
- 18 Fairfield-Suisun Sewer District (California). 2009. Comprehensive annual financial report for the year ended June 30, 2009. 26 October, S. 5-6.
- 19 Die Betriebskosten wurden kalkuliert gesamte Ausgaben abzüglich Zinsen und Abschreibung. Fairfield-Suisun Sewer District 2014, a. a. O., S. 49.
- 20 Severn Trent Services. 2009. City of Cameron, Texas forms a public-private partnership with severn Trent Services. Press release, 6 May.
- 21 Chubb, C. 2012. Council demands action on water quality. *Cameron (TX) Herald*, 8 March.
- 22 Ebenda.
- 23 Cameron (Texas). 2013. Meeting minutes. 18 March, P. 2.
- 24 Stone, R. 2013. City of Cameron settles with Severn Trent. *Cameron (TX) Herald*, 21 November.
- 25 Ebenda.
- 26 Ebenda.
- 27 Cameron (Texas). 2014. Meeting minutes. 21 July, S. 1.
- 28 Association of Metropolitan Sewerage Agencies and Association of Metropolitan Water Agencies. 2002. Evaluating privatization II: An AMSA/AMWA checklist, S. 23.
- 29 Ropp, T. 2006. Cave Creek ponders buying water company. *The Arizona Republic*, 7 July.
- 30 Watts, J. 2005. Arizona town trying to take water into its own hands. *The Bond Buyer*, 14 April.
- 31 Duckett, B. 2009. Cave Creek pumps resources into water-system upgrades. *The Arizona Republic*, 2 September; Cave Creek (Arizona). 2013. 2013 comprehensive annual financial report. 21 November, S. 51-52.
- 32 Cave Creek (Arizona). 2007. Meeting minutes. 19 November, S. 3.
- 33 Ebenda, pS 7.
- 34 Duckett 2009, a. a. O.

Kapitel 2

Ist der Kampf nun zu Ende? Jakartas Bewohner fordern ihr Wasser zurück

von Irfan Zamzami und Nila Ardhanie

Die Privatisierung der Wasserversorgung in Jakarta ist fehl geschlagen. Die Belege sprechen für sich selbst. - Der Anschlussgrad der Bevölkerung an die Wasserversorgung in der indonesischen Hauptstadt verharrt bei niedrigen 59 Prozent.¹ Die Infrastruktur ist in einem schlechten Zustand mit Wasserverlusten bei der Verteilung in Höhe von 44 Prozent, ein Mangel, der oft vom Gouverneur angeprangert wird.² Deshalb erhält die Hälfte der Bevölkerung, die sich zwar glücklich schätzen kann, Zugang zu Leitungswasser zu haben, jedoch Wasser in einer schlechten Qualität.

Als Konsequenz daraus erklärte das Zentrale Bezirksgericht von Jakarta am 24. März 2015 die Privatisierungsverträge aufgrund einer Klage von Bürgern für nichtig. Im Gerichtsbeschluss wurde die Privatisierung von Wasser als eine fahrlässige Vernachlässigung der Verwirklichung des Menschenrechts auf Wasser für die Einwohner von Jakarta erachtet. Das Gericht ordnete außerdem an, die Wasserversorgung an die staatseigene Wassergesellschaft zurückzugeben.³

Der private Sektor wurde offiziell schon im Jahr 1997 an Jakartas Wasserdienstleistungen beteiligt, in dieser Zeit war die Suharto Diktatur in Indonesien an der Macht. Damals erhielten die ausländischen Wasserunternehmen Thames (Großbritannien) und Suez (Frankreich) eine 25-jährige Konzession für das Wassermanagement, die ihnen das ausschließliche Recht zur Wasserversorgung in der Hauptstadt sicherte. Jedem Betreiber wurde die Kontrolle über je eine Hälfte des Stadtgebiets gegeben: der westliche Teil wird von PT PAM Lyonnaise Jaya versorgt (PALYJA, davon besitzt 51 % Suez und 49 % das

indonesische Infrastrukturunternehmen Astratel Nusantara). Die Versorgung im östlichen Teil erfolgt von PT Aetra Air Jakarta (Aetra, im Besitz der in Singapur ansässigen Acuatco seit 2007 mit dem indonesischen Unternehmen PT Alberta Utilities, das 5 % der Aktien hält).

Seit der Privatisierung haben die privaten Betreiber hohe Gewinne in einem risikolosen Geschäft eingefahren, während das öffentliche Trinkwasserunternehmen Jakarta's (PAM Jaya), das die Verträge mit dem privaten Anbieter ausführt, enorme finanzielle Verluste hinnehmen musste. Diese Verluste der Allgemeinheit summierten sich im Jahr 2010 bereits auf etwa IDR 510 Milliarden (ca. US \$ 54.000.000) und sie werden bis auf IDR 18.2 Billionen anwachsen, falls die Kooperationsvereinbarung bis zum Vertragsende im Jahr 2022 fortgesetzt wird.

Die Regierung ist unzufrieden, weil die Wasserversorgung der Hauptstadt schlecht ist und weil öffentliche Gelder ausgegeben werden müssen, um die Verluste zu decken, die durch die Privatisierung verursacht werden.⁴ Die Wassertarife sind seit der Privatisierung zehnmal erhöht worden und dadurch sehr viel höher als in anderen Städten, während aber gleichzeitig die Servicequalität schlecht blieb. Lieferausfälle sind häufig und allein im Jahr 2013 wurden von den Kunden fast 40.000 Beschwerden wegen Mängeln in der Leitungswasserversorgung eingereicht.⁵

Nicht nur Einwohner und Verantwortliche sind mit der Privatisierung unzufrieden, auch die Beschäftigten bei den Wasserversorgern sind negativ betroffen gewesen.⁶ Rund 2.800 der 3.000 Mitarbeiter des Betriebes wurden nach der Unterzeichnung der Konzession an die Privatunternehmen überführt wobei allerdings ihre arbeitsvertragliche Situation unklar blieb. Neue Arbeitnehmer, die direkt von den privaten Unternehmen eingestellt wurden, erhielten hingegen bessere Bedingungen, beispielsweise für Qualifizierungsmaßnahmen, Krankenversicherung, Gehalt und Vergütung sowie in der Arbeitssicherheit. Dies hat zu einer Spaltung der Belegschaft geführt. Ein Arbeiter, der neun Jahre für das Wasserversorgungsunternehmen gearbeitet hatte, hat erklärt, dass er seit der Privatisierung nie eine Erhöhung seines Grundgehalts erhalten hatte.

Bürger vereint für Rekommunalisierung

Auch wenn der Widerstand gegen die Privatisierung des Wassers so alt ist wie die Privatisierung selbst, hat er jedoch im Jahr 2011 noch an Dynamik gewonnen, und zwar in dem Moment als die Einwohner, die Beschäftigten der Wasserunternehmen und Bürgerinitiativen eine Koalition der Einwohneropposition gegen die Wasserprivatisierung von Jakarta (KMMSAJ) gebildet haben. Diese Koalition verfolgt verschiedene Strategien, organisiert Kundgebungen, öffentliche Diskussionen und politische Dialoge, fordert die Offenlegung von geheimgehaltenen Informationen ein, reichte Petitionen und eine Klage der Bürger ein.

Im Januar 2012 hatte KMMSAJ durch eine Petition bei der Korruption Eradication Kommission (KPK) auch einen vermeintlichen Korruptionsfall ans Licht gebracht, in den PAM Jaya und die beiden privaten Betreiber verwickelt sind. Dieser Korruptionsfall, den die KPK derzeit untersucht, betrifft IDR 561 Milliarden (US \$ 43.200.000).⁷ Das *Tempo Magazine*, das den Fall aufdeckte, fand eine Verbindung zwischen diesem Fall von Korruption und der Jakarta Gouverneurswahl in 2012 heraus.⁸

Der wichtigste Schritt wurde jedoch im November 2012 getan, als KMMSAJ eine Bürgerrechtsklage gegen die Wasserprivatisierung einleitete. Die Angeklagten im Prozess sind der Präsident, der Vizepräsident, der Finanzminister, der Minister für öffentliche Aufgaben und der Gouverneur von Jakarta. Die anderen Angeklagten sind das Jakarta-Repräsentantenhaus, der Präsident des Wasserunternehmens von Jakarta PAM Jaya und die zwei privaten Betreiber PALYJA und Aetra.⁹

Die Kläger werfen in dieser Klage den Beklagten Fahrlässigkeit und Rechtswidrigkeit in den vertraglichen Vereinbarungen bei der Privatisierung der Wasserversorgung vor. Und tatsächlich muss der Vertrag für sich betrachtet als ein Verstoß gegen die Verfassung und andere Vorschriften im Zusammenhang mit Wasserressourcen und Trinkwasserversorgung angesehen werden, weil danach eine Versorgung durch ein öffentliches Wasserversorgungsunternehmen vom Staat erforderlich ist.

Diese Klage spielte eine wichtige Rolle für die politischen Entscheidungsträger. Nachdem die Bürgerrechtsklage ins Leben gerufen war, erklärte der Gouverneur von Jakarta Joko Widodo im März 2013, dass die Privatisierung des Wassers beendet werden würde. Im Oktober 2014 bestätigte der damalige stellvertretende Gouverneur von Jakarta Basuki Tjahaja Purnama, dass die Regierung angesichts der eingereichten Sammelklage beabsichtige, die Anteile der privaten Unternehmen durch den öffentlichen Wasserversorger PAM Jaya erwerben zu lassen.¹⁰

Ein Plan des Gouverneurs, die Aktien der privaten Betreiber durch PAM Jaya zu erwerben wurde glaubhaft gegenüber dem Gericht vorgetragen und das Urteil wurde zweimal zugunsten eines zu erwartenden gerichtlichen Vergleichs verschoben. Im Februar 2015 schrieb der Gouverneur von Jakarta einen Brief mit der Anweisung an das öffentliche Wasserunternehmen PAM Jaya, die Wasserdienstleistungen von dem privaten Betreiber zu übernehmen. Die Entscheidung des Zentralen Bezirksgerichts von Jakarta vom 24. März, die Privatisierungsverträge für das Wasser zu annullieren, weil die Privatisierung die Verwirklichung des Menschenrechts auf Wasser fahrlässig vernachlässigt, bestätigt den eingeschlagenen Weg zusätzlich. Damit ist die Rekommunalisierung nur noch einen Schritt entfernt!

Das Umfeld der Privatisierung in Jakarta

Der Kooperationsvertrag mit Aetra und Palyja wurde 2001 verändert, um ihn der politischen und wirtschaftlichen Situation nach der Finanzkrise von 1998 anzupassen. Es folgte ein Fünf-Jahresplan.

Erst in 2011 gab die PAM Jaya offen die Unzufriedenheit über den Vertrag bekannt und schlug eine Neuverhandlung vor. Der Direktor von PAM Jaya stellte fest, dass die Privatisierung der öffentlichen Wasserversorgung große finanzielle Verluste bringen würde (bis IDR 18.2 Billionen), falls der Kooperationsvertrag bis zu seinem Ablaufdatum im Jahr 2022 wie geplant fortgesetzt würde.

Der Neuverhandlungsprozess verlief nicht reibungslos. Aetra war als Erste bereit einigen Kompromissen mit neu verhandelten Inhalten zuzustimmen,

die als Nachtrag im Kooperationsvertrag vom Dezember 2012 enthalten waren. Die ausgehandelten Inhalte waren: Der interne Zins, der als zu hoch angesehen wurde, sollte von 22 auf 15,8 Prozent gesenkt werden (die Behörde für Finanz- und Entwicklungsaufsicht BPKP sah allerdings einen angemessenen Preis für Wasserdienstleistungen in Jakarta bei 14,68 Prozent), und die ständige Unterdeckung zu beseitigen und die Wasserverluste von 29 auf 25 Prozent zu verringern. PALYJA, auf der anderen Seite, weigerte sich aber, irgendwelche Änderungen vorzunehmen.

Der Kooperationsvertrag war problematisch, weil der Schwerpunkt auf dem Gewinn der privaten Betreiber liegt. Der Zahlungsmechanismus in der abgeschlossenen vertraglichen Vereinbarung unterscheidet zwischen einer sogenannten „Wassergebühr“ und dem „Wasser-Tarif“. Das erstere ist die Rate, die PAM Jaya an die privaten Betreiber bezahlt, während der letztere die Rate ist, die die Kunden an PAM Jaya zahlen. Die Wassergebühr wird unabhängig von den politischen Entscheidungen über die Höhe der Wassertarife angepasst.

Die anfängliche Wassergebühr am 1. April 2001 betrug IDR 2,400 und wurde alle sechs Monate erhöht. Dadurch entstand sehr bald ein strukturelles Problem, weil PAM Jaya keine ähnliche Flexibilität bei der Steigerung der Tarife hatte, denn die meisten Einwohner hätten diese Erhöhungen gar nicht aufbringen können.

Um die großzügigen privaten Gewinne auf Dauer zu garantieren, konnte die Wassergebühr von den privaten Betreibern ohne Rücksichtnahme auf die Wassertarifpolitik erhöht werden. Für PAM Jaya, führte jedoch jede Erhöhung der Wassergebühr, die nicht parallel durch eine Wassertarifierhöhung gedeckt war, zu einer Finanzierungslücke. Dies veranlasste letztendlich die Regierung zu einer Politik, die ebenfalls eine automatische Anhebung der Wassertarife alle sechs Monate vom 23. Juli 2004 an bis 2007 erlaubte. So war es nicht überraschend, dass sich Jakartas Wassertarif dadurch zum höchsten unter den großen Städten in Indonesien entwickelte.

Diese Einnahmestruktur war letztendlich der Grund für eine massive finanzielle Unterdeckung von PAM Jaya. Im Jahr 2011, als der Präsident von

PAM Jaya die Neuverhandlung des Vertrags vorgeschlagen hatte, lag der finanzielle Verlust bei IDR 154.3 Milliarden begleitet von einem Rückgang der Anlagenwerte von einem Stand von IDR 1.49 Billionen vor der Privatisierung auf dann IDR 204.46 Milliarden in 2014.¹¹ In einem Brief der Provinzregierung von Jakarta wurde schließlich zur Unterstützung zusammengefasst, dass all diese Verluste öffentlicher Geldern aus Garantien für überhöhte Einnahmen für die privaten Betreiber herrührten, trotz schlechter Servicequalität.

Gleichzeitig enthält die Kooperationsvereinbarung auch noch großen Spielraum für die privaten Betreiber bezüglich der Leistungsziele. Die Festlegung von Erfolgszielen, welche die für die Bürger wichtige Qualität der Dienstleistungen gewährleisten soll, war so geregelt, dass die privaten Betreiber sie leicht umgehen konnten. Daher konnten zum Beispiel die technischen Vorgaben von Zeit zu Zeit den Finanzplänen der privaten Betreiber angepasst werden. Das Gleiche galt für die Service-Standards.

Schlechte Leistung der Privaten, teurer Wasser Tarif

Ohne Druck - warum er auch immer fehlte - hat der private Betreiber eine unbefriedigende Leistung erbracht. In einer aktuellen Verlautbarung erklärte PAM Jaya, dass der Anschlussgrad für das Jahr 2013 auf 66,37 Prozent geplant gewesen war, die privaten Betreiber aber nur in der Lage waren 59,01 Prozent zu erreichen,¹² damit lag dieser Wert sogar unter dem in 2008. Die Wasserverluste betragen 44 Prozent, das ist höher als das durchschnittliche Niveau der anderen Trinkwasserversorger auf nationaler Ebene, bei denen sie bei 31 Prozent liegen.¹³ In der Verordnung des Innenministeriums ist jedoch sogar festgelegt, dass die Verlustrate nicht höher als 20 Prozent betragen darf.

Obwohl die Kunden schlechte Wasserdienstleistungen erhalten, müssen sie teure Wassertarife bezahlen. Zu Beginn der Konzession lag der durchschnittliche Wassertarif in Jakarta bei IDR 1,700/m³. Er stieg schnell an, vor allem durch die Politik der automatischen Tarifierhöhung, weil die privaten Betreiber häufige Erhöhungen der Wassergebühr durchsetzten. Derzeit liegt der durchschnittliche Wassertarif in Jakarta bei IDR 7,020/m³, was viel höher im Vergleich zu anderen großen Städten in Indonesien ist (Tabelle 2.1).

Tabelle 2.1 *Vergleich der durchschnittlichen Wassertarife in mehreren großen Städten, Indonesien (pro m³, 2012)*

1	Jakarta	IDR 7,020
2	Surabaya	IDR 2,600
3	Medan	IDR 2,294
4	Bekasi	IDR 2,300
5	Makassar	IDR 2,000
6	Semarang	IDR 2,600

Quellen: (1), (2), (4) *TribunNews* 31. Januar 2012; (3) *Bisnis Indonesia* 24. September 2012; (5) *Department of Public Works*; (6) *Okezone* 10. Mai 2012.

Herausforderungen für die Wasserversorgung in Jakarta

Eine dicht besiedelte Stadt wie Jakarta (9,6 Millionen Einwohner) durch ein Leitungsnetz mit sauberem Trinkwasser zu versorgen, ist keine einfache Aufgabe. Vor dem Hintergrund einer rasch steigenden Nachfrage laufen allein jährlich 297 Millionen Kubikmeter Wasser durch die Infrastruktur für Leitungswasser. Zusätzlich ist eine Steuerung der Grundwasserressourcen erforderlich, denn eine übermäßige Ausbeutung der Wasserressourcen verursacht Umweltprobleme wie Bodenabsenkungen und das Eindringen von Salzwasser. Außerdem bedeutet die Verwendung von Jakartas Grundwasser ein ernstes Gesundheitsproblem, weil es stark mit E-Coli-Bakterien verunreinigt ist (bis zu 90 Prozent¹⁴).

Die meisten Einwohner nutzen selbst das Grundwasser, weil die Versorgung mit Leitungswasser nur für weniger als die Hälfte der Bevölkerung erfolgt. Diese nicht an das Leitungsnetz angeschlossene Bevölkerung lebt hauptsächlich in armen Gemeinden, zum Beispiel in Nord- und West-Jakarta. In diesen Stadtteilen müssen die Bewohner, die nicht an Grundwasser kommen, Wasser in Kanistern zu Kosten von IDR 15,000/Tag (US \$ 1.15) kaufen, während das Tageseinkommen in der Regel unter IDR 30,000 liegt.¹⁵ Noch düsterer ist es bei der Sanitärversorgung, deren Abdeckung bei niedrigen 5 Prozent stagniert, das beschleunigt die Umweltverschmutzung zusätzlich.¹⁶

Mit der Übernahme der Verantwortung für die Wasserversorgung muss das öffentliche Unternehmen PAM Jaya diese gewaltigen Herausforderungen bewältigen.

Öffentliche Wasserwirtschaft funktioniert in Indonesien besser

Mit diesen sich weiter verschärfenden Problemen hat Jakarta keine anderen realistischen Optionen als die Privatisierung der Wasserversorgung zu beenden, den Vertrag abzuwickeln und die Aufgaben zu PAM Jaya zurückzubringen. In Indonesien ist bewiesen, dass die öffentliche Wasserwirtschaft leistungsfähiger ist als die privatisierten Versorgungsunternehmen. Denn die Wasserdienstleistungen in Städten wie Surabaya, Palembang, Banjarmasin, Medan und Malang, die vollständig von öffentlichen Verwaltungen erbracht werden, sind weit besser als in Jakarta und das sogar mit niedrigeren Wassertarifen (siehe Tabelle 2.2).

Tabelle 2.2 Leistungsvergleich der Wasserversorgungsunternehmen in mehreren Städten, Indonesien (2012).

Wasserversorgungsunternehmen	Durchschnitt Wassertarif	Verlustrate (%)	Anschlussgrad (%)
1 Surabaya	2,800	34	87
2 Palembang	3,800	30	93
3 Banjarmasin	4,120	26	98
4 Medan	2,226	24	66.62
5 Malang	4,000	30	80
6 Jakarta	7,800	44	59.01

Quellen: (1) Die indonesische Water Association (Perpamsi) 2013 *Trinken*; (2) *TribunNews* 2013; (3) *Department of Public Works* 2013; (4) *Perpamsi* 2010; (5) *Malang Wasserwerkes* 2015; (6) *JPNN* 2013.

Für die Übernahme der Wasserversorgung von den privaten Betreibern wurden drei mögliche Szenarien ausgearbeitet: 1) PAM Jaya kauft die Aktien von den privaten Betreibern; 2) der Gouverneur erklärt durch ein Dekret, dass die Verträge einseitig beendet werden; 3) die Klage der Bürger führt

dazu, dass das Gericht die Verträge für nichtig erklärt und die Aufgaben kehren dann zu PAM Jaya zurück. Nach der Entscheidung des Gerichts vom März 2015 scheint nun die Stadtverwaltung die dritte Option zu verfolgen. Der Gouverneur hofft nun, dass die zu erwartende Beschwerde der privaten Betreiber gegen diese Gerichtsentscheidung abgelehnt wird. Gleichzeitig bereitet sich die Rechtsabteilung der Stadtverwaltung aber auch auf den Fall vor, dass die privaten Betreiber ein internationales Schiedsverfahren anstrengen.¹⁷

Hin zur Rekommunalisierung: Finanzierung

Sollte der Gouverneur aber entscheiden, den ursprünglichen Plan, die PALYJA-Aktien zu kaufen, umzusetzen, muss PAM Jaya ausreichende Mittel für den Rückkauf haben. Zu Beginn des Jahres 2015 erklärte PAM Jaya, dass es Unterstützung von den Banken benötigt, falls ein Aktienkauf stattfinden soll.¹⁸ Wie auch immer, PAM Jaya hätte aber auch noch eine Alternative durch eine interne Finanzierung, indem die beiden bisherigen Vertragsunternehmen zu einem einzigen öffentlichen Betreiber fusionieren und dadurch das Wassermanagement in öffentlicher Hand genug Einsparungen mit Effizienzsteigerungen realisieren kann.

Ausgehend von der Einschätzung des Amrta Institut's könnten die Effizienzgewinne durch die Beendigung des Privatisierungsvertrags in etwa IDR 171 Milliarden erreichen. Diese Einsparungen würden sich aus der Verringerung der Betriebskosten im Vergleich zu den privaten Betreibern ergeben, weil die Kosten, die vorher von PAM Jaya für die sogenannte Wassergebühr aufgebracht werden mussten, entfallen. Wenn die Privatisierung beendet wird, ist PAM Jaya von dem Mechanismus der Wassergebühr befreit und Kalkulationsposten, die nichts mit der Bereitstellung von Wasser zu tun haben, könnten wegfallen.¹⁹

So würden zum Beispiel auch keine Kosten mehr für die „technische Hilfe“ anfallen, die jährlich nach den Verträgen von Jakarta zusätzlich zu den Gebühren an die Aktionäre zu zahlen sind. Unter einer Leitung in öffentlicher Hand könnten auch die Verwaltungskosten deutlich reduziert werden. Ebenso würden die Personalkosten sinken, weil teure ausländische Führungskräfte nicht

mehr bezahlt werden müssten. Direkte öffentliche Verwaltung hat außerdem einen bedeutenden Vorteil bei den Kosten für Versicherung und Mieten für die Gebäude. Auch Reisekosten, externe Beratungsleistungen und Ausgaben für Werbung könnten erheblich reduziert werden im Vergleich zu den von privaten Betreibern getätigten Abrechnungen dafür.

Öffentlich-öffentliche Partnerschaft als ein Weg nach vorn

Die nächste Aufgabe für PAM Jaya für die Zeit nach der Privatisierung würde darüber hinaus sein, das Wassermanagement zu überdenken und die Dienstleistungen zu verbessern. Die öffentliche Wasserversorgung könnte in einer Partnerschaft mit einer anderen öffentlichen Einrichtung von externen Erfahrungen profitieren, was als öffentlich-öffentliche Partnerschaft (PUP) bekannt ist.

Ein PUP ist die „Zusammenarbeit zwischen zwei oder mehreren Behörden oder Organisationseinheiten, die auf Solidarität basiert, um die öffentliche Wasserversorgung oder die sanitären Einrichtungen zu verbessern und die Leistungsfähigkeit eines Partners zu erhöhen. Es wurde so beschrieben: „Eine Beziehung unter Gleichen, geschmiedet auf gemeinsamen Werten und Zielen, die Gewinnstreben ausschließen“.²⁰

Wie bereits erwähnt, bieten eine Reihe von öffentlichen Wasserversorgungsunternehmen in Indonesien herausragende Leistungen. PUPs würden für PAM Jaya die Gelegenheit eröffnen, mit anderen guten Wasserversorgungsunternehmen wie solchen in Surabaya, Palembang, Banjarmasin, Medan, Malang, zusammen zu arbeiten sowie mit ausländischen öffentlichen Wasserversorgungsunternehmen in den Bereichen „Ausbildung und Personalentwicklung, technische Unterstützung in einer Vielzahl von Bereichen, der Effizienzsteigerung, dem Aufbau institutioneller Leistungsfähigkeit, der Finanzierung der Wasserdienstleistungen und der Verbesserung der Bürgerbeteiligung.“²¹

Die vorrangigen Ziele einer solchen Initiative wären die Abdeckung und Verbesserung der Grundversorgung und die Reduzierung der Wasserverluste.

PAM Jaya hat sich zum Ziel gesetzt, den Anschlussgrad auf 80 Prozent im Jahr 2015 zu erhöhen, was bei der aktuellen Produktionsweise auf ein Defizit von 10.999 Liter/Sekunde hinauslaufen würde, und auf 97 Prozent im Jahr 2030, was zu einem Produktionsdefizit von 22.636 Liter/Sekunde Wasser führen würde. Die Zusammenarbeit mit einem öffentlichen Wasserversorger, der bewiesen hat, die Serviceleistungen steigern zu können sowie die Wasser-verlustrate zu reduzieren, könnte die nötigen Erfahrungen, Fähigkeiten und Technologien erschließen, um die Produktion beträchtlich erhöhen.

Ein PUP könnte schließlich eine Gelegenheit für öffentliche Betreiber bieten, in der Zusammenarbeit ehrgeizige Ziele zu erreichen. Die Menschen in Jakarta sollten trinkbares Wasser erhalten, und es sollten ernsthafte Anstrengungen unternommen werden, den Anschluss an die Sanitärversorgung zu erhöhen.



Irfan Zamzami und Nila Ardhianie forschen am indonesischen Amrta Institute for Water Literacy, einer nicht-gewinnorientierten Interessenvertretung und Forschungsgruppe für die Wasserressourcen.

Notes

- 1 *Jaringan Berita di Indonesia*. 2013. Hampir 40 Ribu Warga Jakarta Keluhkan Air Mati. 30 December. <http://www.jpnn.com/read/2013/12/30/208221/Hampir-40-Ribu-Warga-Jakarta-Keluhkan-Air-Mati->
- 2 Oleh Risky Widia Puspitasari. 2014. Akuisisi Palyja tunggu sidang gugatan selesai. *Kontan.co*, 17 July. <http://nasional.kontan.co.id/news/akuisisi-palyja-tunggu-sidang-gugatan-selesai>
- 3 AMRTA Institute, TNI and PSI. 2015. Jakarta court cancels world's biggest water privatisation after 18-year failure. Press release, March 25. <http://www.tni.org/pressrelease/jakarta-court-cancels-worlds-biggest-water-privatisation-after-18-year-failure>
- 4 *Kompas.com*. 2014. Basuki: Pemprov Tetap Ambil Palyja dan Aetra. 24 March. <http://lipsus.kompas.com/gebrakan-jokowi-basuki/read/xml/2014/03/24/2227119/Basuki.Pemprov.Tetap.Ambil.Palyja.dan.Aetra>
- 5 *Jaringan Berita di Indonesia 2013*, a.a.O.
- 6 AMRTA Institute. 2010. Jakarta Water Labor Union's Rally. <http://www.youtube.com/watch?v=WsAH6rmsqYk>
- 7 *Tempo.co*. 2012. Diduga Korupsi Rp 561 Miliar, PAM Jaya Dilaporkan ke KPK. 31 January. <http://www.tempo.co/read/news/2012/01/31/063380816/Diduga-Korupsi-Rp-561-Miliar-PAM-Jaya-Dilaporkan-ke-KPK>
- 8 *Tempo Magazine*. 2014. Leaks in Jakarta's water account. 14-20 July, p.67.
- 9 M. Taufikul Basari. 2012. AIR MINUM MAHAL: Sejumlah Warga Gugat SBY Dan Jokowi. *Kabar24*, 13 December. <http://kabar24.bisnis.com/read/20121213/16/109706/air-minum-mahal-sejumlah-warga-gugat-sby-dan-jokowi>
- 10 Sita W. Dewi. 2014. Negotiations hit impasse because of legal challenge. *The Jakarta Post*, October 11. <http://m.thejakartapost.com/news/2014/10/11/negotiations-hit-impasse-because-legal-challenge.html>
- 11 *Bisnis.com*. 2011. PDAM Jaya Klaim Terancam Merugi Rp18,2 Triliun. 22 December. <http://m.bisnis.com/industri/read/20111222/45/57497/pdam-jaya-klaim-terancam-merugi-rp18-2-triliun>
- 12 *Jaringan Berita di Indonesia*. 2013. Hampir 40 Ribu Warga Jakarta Keluhkan Air Mati. 30 December. <http://www.jpnn.com/read/2013/12/30/208221/Hampir-40-Ribu-warga-Jakarta-Keluhkan-Air-Mati->
- 13 *Tempo*. 2013. PDAM Jakarta Kehilangan 7.500 Meter Kubik Air Per Detik. 16 March. <http://www.tempo.co/read/news/2013/03/16/090467457/PDAM-Jakarta-Kehilangan-7500-Meter-Kubik-Air-Per-Detik>
- 14 *Tribunnews.com*. 2011. 90 Persen Air Tanah Jakarta Mengandung Bakteri E-Coli. 7 June. <http://www.tribunnews.com/metropolitan/2011/06/07/90-persen-air-tanah-jakarta-mengandung-bakteri-e-coli>

- 15 *Tribunnews.com*. 2012. Faisal Berharap Pengelolaan Air Bersih Kembali ke Warga. 28 June. <http://www.tribunnews.com/metropolitan/2012/06/28/faisal-berharap-pengelolaan-air-bersih-kembali-ke-warga>
- 16 Jakarta Environmental Agency cited in: Ropesta Sitorus. 2013. Sanitasi Jakarta Buruk, Ini Penyebabnya. *detikNews*, 13 November. <http://news.detik.com/read/2013/11/13/121632/2411672/10/2/sanitasi-jakarta-buruk-ini-penyebabnya>
- 17 *Koran Jakarta*. 2015. PDAM Jaya Siap Akuisisi Pal. 9 January. <http://www.koran-jakarta.com/?26751-pdam%20jaya%20siap%20akuisisi%20pal>
- 18 Barratut Taqiyyah. 2015. Ahok Berharap Banding Payja Ditolak. *Kontan*, 26 March. <http://regional.kontan.co.id/news/ahok-berharap-banding-palyja-ditolak>
- 19 According to Supreme Audit Agency (BPK) findings in 2009, there is a total of IDR 3,9 billion (US\$313,000) in costs from Palyja that are not related with water production such as costs to cover school fees for children, personel travel, hose rental and flood insurance, and a number of other unreasonable fees for expatriate personnel.
- 20 Hall, D., Lobina, E., Corral, V., Hoedeman, O., Terhorst, P., Pigeon, M. And Kishimoto, S. 2009. Public-public partnerships (PUPs) in water. Lancaster, UK: PSIRU. http://www.psirru.org/reports/2009-03-W_PUPS.doc
- 21 Ebenda

Kapitel 3

Deutsche Gemeinden holen sich die Kontrolle über das Wasser zurück

Von Christa Hecht

In Deutschland war die Wasserwirtschaft traditionell in den Händen der Gemeinden. Schon seit dem Mittelalter gab es öffentliche Verbände, die die Be- und Entwässerung betrieben. Im 19. Jahrhundert entstanden dann Unternehmen und Genossenschaften, die die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in den wachsenden Industriezentren gewährleisteten, vor allem um Seuchen zu verhindern.

Heute gibt es mehr als 12.000 Wasser- und Bodenverbände, Wasser- und Abwasserverbände und Deich und Sielverbände in Deutschland. Neben der Wasserversorgung und Abwasserbehandlung sind sie auch für den Schutz und die Erhaltung der Wasserressourcen im Rahmen der EU-Wasserrahmenrichtlinie zuständig. Schätzungsweise 6.060 Wasserversorgungsunternehmen liefern sauberes Leitungswasser für die Bürger und es gibt über 6.900 Abwasserbetriebe.

Die Wasserwirtschaft ist gekennzeichnet von lokal angesiedelten Betrieben, die nah an den Nutzern agieren. Die nachhaltige Bewirtschaftung der Wasserressourcen im Interesse künftiger Generationen und der Schutz der Umwelt sind dabei wichtige Grundsätze.

Die Gemeinden sind zuständig für die Versorgung der Bürger mit Trinkwasser und die Abwasserbeseitigung als öffentliche Aufgabe, beides im allgemeinem Interesse (genannt Daseinsvorsorge). Dabei haben die örtlichen Verwaltungen das Recht, die Organisationsform für das Wassermanagement selbst zu bestimmen. Kleinere Gemeinden bilden oft Verbände für die gemeinsame Wasserversorgung und/oder Abwasserentsorgung und profitieren so von einer solchen interkommunalen Zusammenarbeit. Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden ist durch das Grundgesetz geschützt.

Die Kommunen können unter verschiedenen Organisations- und Rechtsformen für die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Deutschland wählen:

- Regiebetriebe
- Kommunale Unternehmen oder Körperschaften oder Anstalten öffentlichen Rechts
- Zweckverbände
- Wasser und Bodenverbände
- Sondergesetzliche Verbände in Nordrhein-Westfalen
- Andere Formen der interkommunalen Zusammenarbeit
- Öffentlich-private Partnerschaft
- Konzessions-/Betriebsführungs- Vertrag mit einem privaten Unternehmen

Tabelle 3.1 *Wassermanagement in Deutschland (2014)*

Rechtsstruktur	Abwasserbehandlung	Wasserversorgung
Öffentlich rechtliche Strukturen	92%	64%
Öffentliche Unternehmen/ kommunale Unternehmen (PLC / Ltd. Co)	(davon 28% Verbände und interkommunale Zusammenarbeit)	(davon 23% Verbände und interkommunale Zusammenarbeit)
Öffentlich-private Partnerschaften		21%
Andere Privatunternehmen	8%	15%

Quelle: *Branchenbild der Deutschen Wasserwirtschaft 2011* und eigene Erkenntnisse.

Von den 1950er Jahren zu den 1990er Jahren

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte sich die Wasserwirtschaft in Ost und West auf unterschiedliche Weise entwickelt. In der Bundesrepublik Deutschland (West) überlebte die historisch dezentral gewachsene Struktur durch den

verfassungsrechtlichen Schutz der kommunalen Selbstverwaltung. In der Deutschen Demokratischen Republik (Ost) war der Wassersektor in sieben Wasserwirtschaftszonen nach Großeinzugsgebieten für die Wasserbewirtschaftung und für die Siedlungswasserwirtschaft in 15 staatlichen Wasser- und Abwasserbetrieben (WAB) orientiert an Flusseinzugsgebieten und an den (Regierungs-)Bezirken organisiert. Nach dem Fall der Berliner Mauer und der Wiedervereinigung wurde im Osten dezentralisiert und die Wasserversorgungs- und Abwasseraufgaben, die Wassernetze, Kanäle sowie die weitere Infrastruktur an die Gemeinden übergeben.

In diesem Prozess nahmen die Bundesländer im östlichen Teil Deutschlands in ihre neuen Landesgesetze Klauseln auf, mit denen die Investitionen und deren Finanzierung von Privaten in den Wassersektor erschlossen werden sollten. Es wurde die Vergabe von Konzessionen, Betriebsführungsverträgen und öffentlich-privaten Partnerschaften erlaubt. Durch diese Öffnung erfolgten in Ostdeutschland einige vollständige Privatisierungen und auch Teilprivatisierungen in den 1990er Jahren. Im westlichen Teil Deutschlands hatten bereits in den 1980er Jahren Kommunen, die in Finanznöten waren, mit einigen Privatisierungen begonnen.

Während in den 1980er und 1990er Jahren die Befürworter von Privatisierung größere Effizienz und einen besseren Service durch den privaten Sektor versprochen hatten, ist die Anziehungskraft dieser Argumente für die Privatisierung nun komplett verschwunden. Heute setzen die Menschen in Deutschland Privatisierung mit höheren Preisen und Gebühren für die Nutzer gleich, bei steigenden Gewinnen für die privaten Betreiber. Einige Studien haben in der Tat gezeigt, dass in der Regel nach der Privatisierung die Preise für Wasserdienstleistungen stiegen.¹

Politiker mussten zur Kenntnis nehmen, dass das Wissen und die Erfahrung der Ingenieure, Wissenschaftler oder Fachkräfte in der öffentlichen Wasserwirtschaft mindestens so groß und wertvoll sind wie in der Privatwirtschaft. Wenn es jedoch um die Einbeziehung von sozialen und ökologischen Belangen, besonders auch bei der Planung der Infrastruktur geht, oder in der Tarifgestaltung und wenn es auch um die verantwortungsvolle Nutzung

der Ressourcen geht, sehen sie jetzt, dass der öffentliche Wassersektor sogar deutlich der Privatwirtschaft überlegen ist.

Öffentliche Wasserversorger sind in der Regel auch von großer Bedeutung für die regionale Wirtschaft, weil sie oft die Aufträge für Infrastrukturinvestitionen und für Wartung an lokale kleine und mittlere Unternehmen vergeben - im Gegensatz zu privaten Betreibern, die dazu neigen, die Aufträge ausschließlich an ihre Tochtergesellschaften zu vergeben.

Im Jahr 2007 wurde die Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft e.V. (AöW) von Verantwortlichen in öffentlichen Wasserversorgungsunternehmen und Abwasserbetrieben gegründet, um die Privatisierung zu bekämpfen und für die öffentliche Wasserwirtschaft zu werben. In den letzten Jahren hat es große Fortschritte in der Erreichung dieser Ziele gegeben. Allein seit 2012 haben sechs deutsche Städten entschieden, die Wasserdienstleistungen zu rekommunalisieren.

Herausragende Rekommunalisierungen in Deutschland

Berlin

Im Jahr 1999 genehmigte das Berliner Abgeordnetenhaus den Vorschlag des Senats 49,9 Prozent Anteile an den Berliner Wasserbetrieben (über das Konstrukt Berlin Wasser Holding AG) an ein Konsortium aus privaten deutschen und französischen Unternehmen zu verkaufen. Die RWE Aqua GmbH und Vivendi (heute Veolia Wasser GmbH) kauften die Aktien für € 1.679 Milliarden. Dem Verkauf waren heftige Diskussionen vorausgegangen. Weitgehend erfolglos war auch die Beschwerde von zwei Mitgliedern der Fraktionen des Berliner Parlaments vor dem Verfassungsgericht des Landes geblieben.

Trotz der Proteste ging das Projekt voran, und letztendlich entwickelte es sich negativ für die 3,5 Millionen Bewohner der deutschen Hauptstadt. Die wichtigsten Bedingungen der Teilprivatisierung waren zunächst: ein vierjähriger Ausschluss von Tarifierhöhungen für die Wasserdienstleistungen, ein Verbot

von Entlassungen bis zum Jahr 2014 durch einen „Vertrag des Vertrauens“ mit der Gewerkschaft² und ein Investitionsniveau von 2,5 Mrd. € für die ersten 10 Jahre (250 Mio € pro Jahr). Das Land Berlin garantierte dabei die Gewinne für die privaten Investoren. Wenn die Gewinnziele nicht eingehalten worden wären, wäre das Land verpflichtet gewesen, die Differenz aus seinem Haushalt auszugleichen. Der unterzeichnete Vertrag sollte bis 2028 laufen.

In weiteren Regelungen in den Verträgen hatten sich die privaten Investoren entscheidenden Einfluss im Vorstand zusichern lassen, obwohl sie nicht die Mehrheit der Anteile hatten. Außerdem war in den Verträgen die Ausweitung der Aktivitäten auf den deutschen und internationalen Telekommunikations- und Wassermärkten vereinbart sowie die Schaffung von 700 neuen Arbeitsplätzen in Tochtergesellschaften bis 2009. Die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe sollte ein Aushängeschild für die Privatisierung zu werden.

Ab dem Jahr 2004 stiegen dann die Wasserpreise um etwa 35 Prozent.³ Zwischen 1999 und 2011 haben die Privaten € 1.526 Milliarden an Gewinnen erhalten, was einer Rendite von 7 Prozent pro Jahr im Verhältnis zum Kaufpreis entsprach.⁴ Auch das Land Berlin erhielt höhere Gewinnausschüttungen, aber die nach dem Anteil möglichen € 365 Mio Gewinne wurden nicht realisiert. Die Ursache dafür ist nicht bekannt.⁵ Trotz der hohen Gewinne verringerten sich die Investitionen in die Infrastruktur nach 2009 und im Jahr 2013 zeigte eine Studie eine Investitionslücke im Vergleich zu den geplanten Ausgaben.⁶ Aufgrund finanzieller Verluste in den internationalen Aktivitäten reduzierte die Berlin Wasser International ihre Aktivitäten, und sie werden künftig sogar vollständig eingestellt. Der Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen von Beschäftigten wurde bis 2020 verlängert.

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den hohen Preisen für die Wasserdienstleitungen führten zu vermehrten politischen Debatten und die Stimmen gegen die Privatisierung wurden lauter. Die Bürgerinitiative „Berliner Wassertisch“ initiierte ein Referendum mit dem im Jahr 2011 Transparenz über die Inhalte der Privatisierungsverträge verlangt wurde, die bis dahin geheim gehalten worden waren. Diese Forderung wurde von 98,2 Prozent der teilnehmenden Wahlberechtigten unterstützt. Wenige Tage nach

diesem Referendum wurden die Verträge von den Berliner Wasserbetrieben online gestellt und damit veröffentlicht. Die Berliner Bürger sahen damit die günstigen Bedingungen für die privaten Investoren, die sie sich hatten garantieren lassen, und erkannten damit die Hauptursachen für den starken Anstieg der Wasserpreise.

Darüber hinaus hatte das Bundeskartellamt im Jahr 2012 angeordnet, dass die Berliner Wasserbetriebe den Wasserpreis um 18 Prozent senken sollten, wegen missbräuchlicher Preisgestaltung. Eine vergleichende Analyse des Kartellamts hatte gezeigt, dass der Preis deutlich höher als in vergleichbaren Wasserversorgungsunternehmen war (die alle in öffentlichem Eigentum sind).

Im Jahr 2012 kaufte Berlin für 654 Mio. € die Anteile von RWE Aqua GmbH zurück und im Jahr 2013 die Aktien von Veolia für 590 Mio. €. Dafür nahm das Berlin Kredite auf, die jetzt durch Einnahmen aus den Wasserdienstleistungen über einen Zeitraum von 30 Jahren zurückgezahlt werden müssen (und damit durch die Bürger).

Seit dem Rückkauf sind die Investitionen in die Infrastruktur erhöht worden und auch der Preis für die Abwasserbehandlung wurde ebenfalls gesenkt.

Rostock

Im Jahr 1993 waren die städtischen Wasser- und Abwasseranlagen der Stadt Rostock und die von 29 umliegenden Gemeinden durch einen Vertrag mit der Eurawasser Nord GmbH (ursprünglich Teil der Suez-Gruppe) für 25 Jahre privatisiert worden. Etwa 200.000 Bewohner und 320 Mitarbeiter waren betroffen.

Die Gemeinden haben mangelnde Transparenz beklagt und auch seitdem den Mangel an Einfluss gegenüber dem privaten Betreiber. Im Vergleich zu anderen Städten sind die Preise um etwa 20 Prozent höher, dies hat jedoch nicht automatisch zu einer höheren Qualität oder erheblich mehr Investitionen in die Wassernetze geführt. Das Unternehmen wurde vom privaten Eigentümer im Jahr 2011 an die Remondis-Gruppe verkauft und die betroffenen Gemeinden hatten keinerlei Mitspracherecht beim Verkauf.

Im Jahr 2014 beschloss dann das Rostocker Stadtparlament in Absprache mit den 29 anderen Gemeinden, den Vertrag zum Ende der Laufzeit im Jahr 2018, zu kündigen. Nach dieser Entscheidung, stoppte die Eurawasser Nord GmbH das Sponsoring von einigen Sportvereinen und von Veranstaltungen in der Stadt. In den kommenden Jahren werden schwierige Verhandlungen für die Übertragung des Wassermanagements vom privaten Investor auf eine neue Gesellschaft in öffentlicher Hand erwartet.

Stuttgart

Im Jahr 2002 hat Stuttgart, eine Stadt mit 613.392 Einwohnern im Süden von Deutschland, die Wasserversorgung vollständig privatisiert durch einen Vertrag mit der EnBW Regional, einer Tochtergesellschaft der EnBW AG (eine börsennotierte Aktiengesellschaft).

Die Bürger Stuttgarts führten jahrelang eine mächtige öffentliche Kampagne dagegen. Im Jahr 2010 sammelte die örtliche Bürgerinitiative „Wasserforum“ erfolgreich 27.000 Unterschriften für eine Volksabstimmung über eine Rekommunalisierung. Am 17. Juni 2010 beschloss das Stuttgarter Stadtparlament, den Vertrag mit der EnBW Regional zu Ende Dezember 2013 zu kündigen. Im Anschluss an diese Entscheidung beschloss die EnBW Regional, die Preise für die Wasserversorgung im Jahr 2012 zu erhöhen. Aber die Stadt Stuttgart hat eine Klage bei Gericht gegen diese Erhöhung eingereicht, ein Urteil ist bisher noch nicht ergangen.

Nach der Entscheidung der Stadt Stuttgart, die Wasserversorgung zu rekommunalisieren, kam es zu einem großen Konflikt über den Rückkaufpreis des Wassernetzes. Die Stadt ist bereit, 150 Mio. € zahlen, während EnBW AG 600 Mio. € dafür verlangt. Nun ist zunächst der Auftrag für die Wasserversorgung an die EnBW Regional verlängert worden, bis der Konflikt über die Wasserpreiserhöhung und über den Rückkaufpreis gelöst ist.

Lehren aus diesen Erfahrungen:

Es ist bei Finanzproblemen keine gute Lösung, das städtische Tafelsilber zu verkaufen. Am Ende machen sich diese Gemeinden durch private Investoren erpressbar.

Die Verträge sind in der Regel zugunsten der privaten Investoren gestaltet und jeder Rückkauf wird für die Bürger sehr teuer. In Deutschland haben die Bürger die Anlagen und Infrastruktur durch solche Verträge letztendlich zweimal oder dreimal bezahlt, obwohl sie es waren, die diese Werte schon über die Wassergebühren finanziert hatten.

Die Botschaft an die Bürgermeister und die Mitglieder der Stadtparlamente ist klar, lasst der Privatisierung sein.



Christa Hecht ist Geschäftsführerin der Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft (AöW) in Berlin seit März 2010. Zuvor war sie im Frauenreferat der Stadt Frankfurt / Main tätig, bevor sie bei der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr Geschäftsführerin und Stellvertretende Vorsitzende in Hessen war. Im Wassersektor war sie vorher von 1999-2003 tätig als Mitglied des Vorstands der Berliner Wasserbetriebe.

Notes

- 1 Ruester, S. und Zschille, M. 2010 The impact of governance structure on firm performance: An application to the German water distribution sector. *Utilities Policy* 18 (3): 154-162.
- 2 Vertrag des Vertrauens mit der Gewerkschaft.
- 3 Verband Deutscher Grundstücksbesitzer e.V, Auszug aus den Klagen, 2. März 2012.
- 4 Urteil *OLG Düsseldorf*, 24. Februar 2014, VI-2 Kart 4/12 (V) Nr. 178
- 5 Schäfer, C. und Warm, S. 2014. Berliner Wasserbetriebe (BWB) – Wasser und Abwasser Betriebe in Berlin Working Paper CIRIEC No 2014/01, p. 28. http://www.ciriec.ulg.ac.be/fr/telechargements/WORKING_PAPERS/WP14-01.pdf;
- 6 Hüesker, F. 2011. Kommunale Daseinsvorsorge in der Wasserwirtschaft: Auswirkungen der Privatisierung am Beispiel der Wasserbetriebe des Landes Berlin. München; Berlin Senatsverwaltung für Finanzen. 2014. Berliner Beteiligungsbericht 2014 Band 1, S. 75.
- 7 Projekt-Bericht: Anforderungen an eine nachhaltige Sanierung des Berliner Wasser- und Abwassersystems in Berlin – Elemente und Entwicklung eines Investitionsmonitorings. Auftraggeber Stiftung Baugewerbe. Berlin Februar 2014

Kapitel 4

Öffentliche Wasserwirtschaft und Rekommunalisierung in Frankreich

Von Christophe Lime

Frankreich ist die Heimat der führenden Wassermultis und es ist eines der wenigen Länder der Welt, das Privatunternehmen eine herausragende Rolle in der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung gegeben hat. Die besonderen Formen von Konzessionen und Leasingverträgen (*délégation de service public*) wurden beide von der Privatwirtschaft als ein Nachahmungsmodell für die ganze Welt beworben, von anderen werden sie jedoch als der Inbegriff der Privatisierung der Wasserversorgung und ihrer Übel geschmäht. Wie auch immer, in letzter Zeit ist es jedoch in Frankreich zu einigen großen Fällen von Rekommunalisierung der Wasserdienstleistungen gekommen, einschließlich Paris im Jahr 2010. Dieser Schwenk zurück zur öffentlichen Verwaltung ist ein bedeutender Durchbruch in einer Landschaft, die weitgehend von der Privatwirtschaft dominiert war. „France Eau Publique“ ist ein nationales Netz öffentlicher Wasserversorgungsunternehmen, gegründet um Erfahrungen und Know-how zu teilen und die öffentliche Wasserwirtschaft zu fördern und damit der Lobbyarbeit der privaten Wasserunternehmen entgegenzuwirken.

Eine fragmentierte Landschaft

In Frankreich sind die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung den Stadt- und Gemeindeverwaltungen unterstellt, die entweder diese Dienste selbst anbieten können (25 Prozent bieten Wasserdienstleistungen an und mehr als 40 Prozent Abwasserentsorgung) oder sie an eine interkommunale Körperschaft übergeben. Solche Körperschaften gewinnen an Bedeutung. Es gibt einige große Wasserbetriebe, die mehr als 1 Million Einwohner versorgen,

wie Eau de Paris, das Interdepartmentale Syndicate für Hygiene im Großraum Paris (SIAAP), das Wasser Syndicate von Île de France (SEDIF), Grand-Lyon, Marseille Provence Métropole und Lille Métropole Europa. Doch in den meisten Fällen sind die Wasserversorger und Abwasserentsorger in Frankreich sehr klein: 9500 Wasseranbieter und 13.500 Abwasserbetriebe (vor allem kommunale) bedienen jeweils weniger als 2.000 Einwohner; nur 75 Wasserbetriebe und 100 Abwasserentsorger bedienen jeweils mehr als 100.000 Einwohner.

Die lokalen Behörden wählen zwischen öffentlicher und privater Verwaltung

Als öffentliche Dienstleistungen haben die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung nach französischem Recht eine „industrielle und wirtschaftliche Natur“ und die zuständige lokale Behörde kann wählen zwischen:

- Erbringung der Dienstleistung als *Regiebetrieb*, der entweder finanziell unabhängig und rechtlich in die Gemeindeverwaltung integriert ist oder finanziell *und* rechtlich selbstständig ist und „auf Armlänge“ von der Verwaltung arbeitet.
- Übertragung der Betriebsführung an eine externe Firma, in der Regel im Rahmen eines befristeten privatrechtlichen Vertrages, *delegation de service public* (DSP, public service delegation) genannt. Dies ist keine „Privatisierung“ im engeren Sinne mit dem Verkauf öffentlicher Vermögenswerte, weil die Wasserinfrastruktur Eigentum der Verwaltung bleibt, die auch entscheiden kann, den Vertrag einseitig zu ändern oder vorzeitig zu beenden (aber üblicherweise mit hohen Schadensersatzzahlungen, wie unten noch dargestellt wird).
- Seit 2010 gibt ein neues Gesetz den Gemeinderäten eine weitere Möglichkeit: Lokale Öffentliche Unternehmen (*sociétés publiques locales*, SPL). Das sind Gesellschaften mit beschränkter Haftung nach Privatrecht, deren Gesellschafter zwei oder mehr Gemeinden sind. Sie müssen für den alleinigen Nutzen der Gesellschafter tätig sein; als solche können sie auch als eine Form der öffentlichen Wirtschaft betrachtet werden.

Widerstand gegen das Outsourcing von Wasserdienstleistungen

In den 1970er und 1980er Jahren war in Frankreich ein deutlicher Anstieg der Delegationsverträge und von Outsourcing an private Unternehmen zu verzeichnen, ebenso eine große Konsolidierung unter den privaten Unternehmen der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Diese Konsolidierung führte zur Herausbildung der drei großen privaten Gruppen, mit Beteiligungen an anderen lokalen Dienstleistungen (Abfall, Wärme, Parken, Lebensmittel) und in der Baubranche: Veolia (ehemals Générale des Eaux, später Vivendi), Suez Environnement (ehemals Lyonnaise des Eaux) und SAUR. Der Anteil der Bevölkerung, der in Frankreich durch einen privaten Betreiber versorgt wurde, betrug schließlich zur Jahrtausendwende mehr als 70 Prozent bei der Wasserversorgung und etwa 55 Prozent bei der Abwasserentsorgung.

Delegationsverträge wurden das dominierende Management-Modell ohne Wettbewerb und aufgrund der weit verbreiteten Praxis des für die Gemeinderäte verlockenden „Startgelds“ (das waren großen Summen, die zu Beginn der privaten Verträge gezahlt wurden) - und in einigen Fällen auch durch ausgemachte Korruption. Die damit verbundenen Tarifierhöhungen und hohen Gewinnmargen (oft in ungenutzten „Rückstellungen“ versteckt oder „Garantien“ für die Erneuerung der Netze), bekannt geworden durch vom Rat in Auftrag gegebene Überprüfungen, durch Rechnungshöfe und Bürgerinitiativen, und mehrere Fälle von erwiesener oder vermuteter Korruption haben dazu geführt, dass der französische Gesetzgeber im Jahr 1993 neue Vorschriften erlassen hat. Das Gesetz Nr. 93-122 über die Verhütung von Korruption und Transparenz im Wirtschaftsleben und öffentlichen Verfahren - das so genannte „loi Sapin“, seitdem mehrfach novelliert – macht ein Wettbewerbsverfahren bei der Vergabe von Aufträgen erforderlich, verbietet „Eintrittspreise“ und jegliche Formen der Zahlung oder Leistungen außerhalb des Vertragszweckes, führt zu kürzeren Laufzeiten der Verträge bis höchstens 20 Jahre (mit Ausnahmeregelungen), zur Beschränkung von „zusätzlichen Klauseln“ und schreibt unter anderem auch Berichtspflichten vor.

Nun nach zwanzig Jahren, verharrt die Zahl der Vertragsverlängerungen für private Anbieter auf stabilem hohen Niveau (87 Prozent im Durchschnitt mit 0,3 Prozent Rückgang pro Jahr seit 1998, ohne die Rekommunalisierungen). Lange Zeit bestand unter den privaten Anbietern praktisch kein Wettbewerb, den gab es allein für eine geringe Anzahl von unabhängigen Unternehmen, die die Konsolidierung im Wassersektor und die „Bedrohung“ durch Rekommunalisierung überlebt hatten. Aber seit 2009 - 2010 gibt es Anzeichen für mehr Wettbewerb zwischen den großen privaten Betreibern, und das konzentriert sich weitgehend auf die Preise und die Form von umfangreichen internen Umstrukturierung um einen Service mit niedrigeren Kosten zu erreichen, was aber einen Rückgang der Servicequalität zur Folge hat. Diese Veränderung kann zum Teil durch den Trend der Gemeindeverwaltungen zu mehr Kontrollen bei der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung erklärt werden, bevor ein Beschluss ansteht, ob sie den auslaufenden Betriebsführungsvertrag erneuern wollen oder nicht.

Trotz dieser positiven Entwicklungen, bleibt eine Asymmetrie der Informationen fester Bestandteil des Outsourcing der Dienstleistungen. Es gibt wenig Transparenz insbesondere, wenn die Finanzberichte anstehen und mit privaten Betriebsführern die Jahresberichte entworfen werden, basierend auf der Festlegung der Erwartungen, die aber keinen wirklichen Bezug zu den tatsächlichen Aufwendungen haben. Daneben haben in der langen Geschichte des Outsourcing kleine und mittlere Verwaltungen zu oft das haus eigene Wissen und die Erfahrung verloren, das notwendig wäre, um die ordnungsgemäße Durchführung der Verträge zu überwachen und zu steuern (eine Aufgabe, die nicht durch externe Prüfer ersetzt werden kann).

Schließlich sind diese Delegationsverträge mit einem Mangel an Flexibilität und Anpassungsfähigkeit an das sich ändernde Aufgabenspektrum und die Organisation der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung (insbesondere in Bezug auf die Entwicklung von interkommunalen Verwaltungsstellen) zu charakterisieren. Auch wenn sich die durchschnittliche Laufzeit dieser Verträge deutlich reduziert hat (11 Jahre im Durchschnitt seit 1998), beträgt sie noch fast zwei Wahlperioden der Ortsparlamente.

Änderungen in den ursprünglichen Verträgen sind in der Regel möglich, aber die lokalen Räte haben selten ein gutes Händchen in Verhandlungen über solche Änderungen. Eine einseitige Änderung oder Beendigung kann sich als äußerst kostspielig erweisen, weil üblicherweise an die privaten Betriebsführer für den nicht amortisierten Teil der Investitionen ein Ausgleich zu zahlen ist, manchmal sogar für „entgangenen Gewinn“. Letzteres Entschädigungs-Szenario ist höchst zweifelhaft, vor allem, wenn die Betriebsführer jahrelang Defizite meldeten und dann plötzlich behaupten, dass sie Gewinneinnahmen einbüßen, wenn ihr Vertrag gekündigt wird.

Zurück zur öffentlichen Verwaltung

In den letzten 20 Jahren haben all diese Faktoren zu einer immer größer werdenden Zahl von Gemeinden in Frankreich geführt, die das Prinzip der „Delegation öffentlicher Dienstleistungen“ in Frage stellen und eine Rückkehr in die öffentliche Verwaltung wählen. Die ersten Fälle waren das Tursan Wasser Syndicate in 1995, die SIVOM Durance Luberon im Jahr 1997 und Grenoble im Jahr 2000, begleitet von der Strafverfolgung krimineller Handlungen und mit großer medialer Aufmerksamkeit. Aber angesichts der oben dargestellten „Vertragsklauseln“ hat sich Rekommunalisierung tatsächlich oft verzögert (einseitige Kündigungen sind selten).

Erst seit Mitte der 2000er Jahre ist ein signifikanter Trend hin zu einer Rückkehr der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in die öffentliche Verwaltung festzustellen. Die öffentliche Wasserwirtschaft „gewinnt“ seit 2008 im Durchschnitt etwa ein Prozent bezogen auf die versorgte Bevölkerung jedes Jahr dazu. Die Wasser-Rekommunalisierung in Paris wurde im Jahr 2003 eingeleitet, konnte aber erst 2010 abgeschlossen werden. Dieser Fall war in dieser Hinsicht ein Flaggschiff und hat andere Entscheidungsträger inspiriert.

Heute bringt die Bewegung für Rekommunalisierung Gemeinden aller Größen zusammen, von „kleinen“ Städten mit ein paar tausend Einwohnern (wie Neufchâteau, Venelles, Varages, Embrun und Digne-les-Bains) bis hin zu den großen Städten oder Syndikaten (wie Brest Métropole Océane, die

Agglomeration von Aubagne-Pays de l'Etoile, Rennes). Rekommunalisierung erfolgte zu Beginn des Jahres 2015 in Nizza Côte d'Azur und soll im Jahr 2016 Realität in Montpellier Méditerranée Métropole werden.

Es sei hier angemerkt, dass der Begriff „Rekommunalisierung“ der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung nicht immer passt. Auf der einen Seite werden immer mehr Dienste nicht mehr auf kommunaler Ebene verwaltet, sondern wurden auf eine interkommunale Ebene verlagert. Auf der anderen Seite haben einige Städte jedoch noch nie die Wasserwirtschaft in eigener Verantwortung betrieben, wie in Rennes seit dem Ende des 19. Jahrhunderts oder in Nizza, wo Veolia die Wasserversorgung seit 151 Jahren betrieben hat.

Darüber hinaus führen nicht alle Rekommunalisierungen mit dem Anstieg der interkommunalen Zusammenarbeit und der daraus resultierenden Neuordnung der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung zur Schaffung neuer Regiebetriebe (oder Service Public). Mehrere interkommunale Gremien haben ihren Service-Bereich nach Ablauf von kleineren Betriebsführungsverträgen ausgeweitet, wie es die Stadtgemeinschaft Cherbourg tat (rund 35.000 neue Nutzer im Jahr 2002) und die Metropolitan Rouen Normandie (etwa 100.000 neue Nutzer seit 2011). Und lassen Sie uns nicht vergessen, dass große, überwiegend ländliche Regiebetriebe seit 50 Jahren ihre Gebietszuständigkeit vergrößerten durch die Integration von bestehenden Regiebetrieben oder Verwaltungen, die ihre Dienste bereits ausgelagert hatten. Vorwiegend den ländlichen Raum abdeckend, gehören heute zum Beispiel Noréade im Norden von Frankreich, Alsace-Moselle SDEA und das Vienne Wasser Syndicate zu den größten öffentlichen Wasserversorgern in Frankreich.

Schlüsselthemen und Herausforderungen

Die Erfahrungen von Dutzenden erfolgreichen Rekommunalisierungen von Wasser und/oder Sanitärversorgung in Frankreich zeigen, dass die Rückkehr zur öffentlichen Verwaltung wünschenswert und machbar ist, auch für kleine Gemeindeverwaltungen. Es gibt auch wichtige Erkenntnisse und Empfehlungen, die daraus gewonnen werden können:

- Politische „Champions“ sind unbedingt erforderlich: per Definition beinhaltet die öffentliche Verwaltung mehr Verantwortung von Beamten und Angestellten; die aktive Einbindung von Politikern ist daher von entscheidender Bedeutung.
- Rekommunalisierung muss sich berechtigten Bedenken und Hürden (vor allem, wenn Verwaltungen kein eigenes Know-how mehr haben) stellen und die aktive Unterstützung von Kollegen (Beamte oder Manager) von anderen Gemeinden, die bereits zur öffentlichen Verwaltung zurückgekehrt sind - oder von langjährigen Regiebetrieben - ist von unbestreitbarem Vorteil.
- Planung und Vorbereitung sind wichtig. Obwohl einige neue Regiebetriebe schnell nach der Beendigung des Vertrags errichtet wurden (z. B. wurde in Castres ein spezielles Team eingesetzt, um den Regiebetrieb zu errichten, und das konnte die Verwaltung der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in weniger als sechs Monaten übernehmen), zeigt die Erfahrung, dass es sehr nützlich ist, vorbereitende Studien mindestens zwei Jahre vor Vertragsabschluss durchführen zu lassen (für größere Aufgabe auch früher), und die Frage der Einrichtung eines neuen öffentlichen Betriebs von der Vertragsabwicklung abzuspalten (die oft nur unzureichend in den Vertragsentwürfen geregelt wird), denn die Neuerrichtung erfordert eine Reihe anderer Fähigkeiten und anderes Know-how. Es kann auch schwierig sein, einen oder mehrere Berater, die ausreichend kompetent und unabhängig sind, für das Projektmanagement, zu finden; Feedback von anderen Gemeinderäten ist in dieser Hinsicht ebenfalls ein wichtiger Beitrag.
- Die Mitarbeiter des ehemaligen Privatanbieters zu integrieren, erfordert große Sorgfalt. Weil ihr Wissen über das Wassernetz und den Service umfassend ist, ist es wichtig, sie für den neuen Versorger zu gewinnen und, wenn möglich, sie in das Rekommunalisierungsprojekt einzubeziehen. Die bestehenden Gehaltsbedingungen beizubehalten ist mittlerweile gängige Praxis, obwohl es notwendig sein kann, die

unterschiedlichen Arbeitsbedingungen, die sich im Laufe der Jahre entwickelt haben, zu vereinfachen und anzugleichen. Wir haben festgestellt, dass die Mitarbeiter (nicht die Top-Manager) in der Regel bereit sind sich der Umsetzung der Rekommunalisierung anzuschließen. Sie neigen dazu, die Tatsache schätzen zu lernen, ihre Arbeit mehr auf die Werte des öffentlichen Dienstes und das Gemeinwohl bezogen ausrichten zu können, was oft bei privaten Betreibern durch die Fixierung auf Rentabilität und Wettbewerb auf dem Markt unterlaufen wird. Die Hauptschwierigkeit liegt in der Festlegung der Liste der Mitarbeiter, die übernommen werden sollen, damit das neue Unternehmen die Dienstleistungen erbringen kann, ohne durch Personalüberhänge oder durch Mitarbeiter mit ungeeigneten Profilen belastet zu werden. Um dies zu erreichen, wird ein Prozess von Sozialplanverhandlungen empfohlen, an denen gewählte Räte, Arbeitnehmervertreter und Manager beteiligt sind, um sich sobald wie möglich auf ein Rahmenabkommen zu einigen.

- Schließlich, bei den immer hochentwickelteren und unverzichtbaren Informations- und Kommunikationstechnologien sollte der Übertragung von Daten und Informationssystemen (Überwachung der Arbeiten, Client-Management, Asset Management, etc.) ebenso hohe Priorität eingeräumt werden wie auch den zu übertragenden Geräten.

Weil jede Situation einzigartig ist und die Erfahrungen jedes Gemeinderates niemals mit denen anderer identisch ist, ist der Erfahrungsaustausch immer positiv und kann zur besseren Bewältigung des Wandels beitragen. Deshalb bietet „France Eau Publique“ Kommunen ein „Patenschaftsprogramm zur Rückkehr in die öffentliche Verwaltung an, das ihnen Unterstützung durch eine oder mehrere Verwaltungen geben kann, die die gleiche Ausgangssituation hatten und bereits durch einen Rekommunalisierungsprozess gegangen sind.

Darüber hinaus müssen die Gemeinden und ihre öffentlichen Betreiber nach einer Rekommunalisierung ständig versuchen, ihre Leistung zu verbessern. Im Sinne der beiden Prinzipien Zusammenarbeit und Solidarität

- im Vergleich zu kommerziellem Wettbewerb – können die Mitglieder von France Eau Publique ihr Wissen bündeln, Know-how und Best Practices sowie Synergien entwickeln und mit anderen dieses Rüstzeug teilen, um dem Gemeinwohl zu dienen und eine nachhaltige Wasserversorgung aufzubauen.

Schließlich müssen die Grundlagen der öffentlichen Wasserwirtschaft gegen die mächtige Lobbyarbeit der privaten Betreiber gefördert und verteidigt werden. Die politischen Entscheidungsträger müssen erkennen, dass das Outsourcing von Wasser-Dienstleistungen an private Betreiber, eine bessere Leistung keinesfalls garantiert, weder aus operativer (Technik, Service-Qualität, etc.) noch aus wirtschaftlicher Sicht. Die meisten öffentlichen Anbieter können eine gute Wasserqualität, sichere Dienste und umweltschonendes Handeln bieten.



Christophe Lime ist Präsident von France Eau Publique und stellvertretender Bürgermeister von Besançon.

France Eau Publique bringt Gemeinden und öffentliche Betreiber, die Mitglieder der Nationalen Vereinigung der Vertragsräte und Régies (FNCCR in seinem französischen Akronym) sind und die Kenntnisse und Erfahrungen teilen wollen, gegenseitige Unterstützung suchen und die öffentliche Wasserwirtschaft fördern wollen, zusammen. *France Eau Publique* ist eine Erweiterung des früheren „conseil d'orientation des regies“ des FNCCR und arbeitet innerhalb des Netzwerks von *Aqua Publica Europea*.

Für die Mitglieder von *France Eau Publique*, müssen die Leistungsprinzipien der öffentlichen Wasserwirtschaft dem Gemeinwohl dienen, nicht privaten Interessen. Die Mitglieder betrachten die öffentliche Wasserwirtschaft als einzigen Garanten für transparente, nachhaltige und bürgernahe Dienstleistungen und des öffentlichen Vermögens und der Wasserressourcen.

France Eau Publique hat vier Hauptziele:

- * **Synergien entwickeln** und gute Praxis austauschen und Kontakte zwischen Experten und Vertretern von öffentlichen Betreibern;
- * **Förderung des gegenseitigen Engagements**, die Spitzenleistungen der öffentlichen Verwaltung zu demonstrieren;
- * **Unterstützung der wachsenden Zahl öffentlicher Betreiber** durch laufende Stärkung, dabei erfolgreich zu sein und die kollektive Dynamik zu stimulieren;
- * **Nach und nach ein Gegengewicht zur Lobby** der großen privaten Unternehmen bilden, um die öffentliche Verwaltung und ihre Werte zu fördern.

Kapitel 5

Bilanz der Rekommunalisierung in Paris: Ein Gespräch mit Anne Le Strat

Von Olivier Petitjean

Frankreichs regionaler Rechnungshof hat kürzlich zwei Berichte veröffentlicht: eine Bewertung der Pariser Wasserpolitik und eine Überprüfung der Leistungsfähigkeit des rekommunalisierten öffentlichen Wasserversorgers Eau de Paris. Das waren die ersten offiziellen Bewertungen der Wasserdienstleistungen seit die Rückkehr dieses Flaggschiffs 2010 in die öffentliche Verwaltung in der Hauptstadt stattfand. Als solche schlugen die Wellen in der Debatte über die Zukunft öffentlicher versus privater Bewirtschaftung des Wassers in Frankreich hoch. In beiden Berichten wurde im Allgemeinen Eau de Paris sehr positiv herausgestellt. Ist das nun auch eine Bestätigung der Rekommunalisierung?

In dem Bericht wurde die Leistung der ehemaligen privaten Anbieter Suez und Veolia mit der aktuellen öffentlichen Verwaltung nicht direkt verglichen. Um einen solchen Vergleich anzustellen, müsste man zurück zu den vorherigen Berichten des Rechnungshofes zur Wasserbewirtschaftung in Paris gehen, vor allem zu dem aus dem Jahr 2000, kurz bevor wir den Stadtrat von Paris übernahmen. Es ist ein Unterschied wie Tag und Nacht! Diese Berichte sind oft sehr kritisch, weil sie dazu dienen, Mängel aufzudecken, anhand derer die lokalen Verwaltungen ermutigt werden sollen, die öffentlichen Dienste zu verbessern. Alles in allem waren die jüngsten Berichte über Wasser in Paris tatsächlich äußerst positiv.

Der zweite Bericht des regionalen Rechnungshofs betonte, dass die Rückkehr zur öffentlichen Verwaltung Paris ermöglichte, den Wasserpreis zu senken während gleichzeitig in einem hohen Maß investiert wurde.

Das ist richtig, und es ist erfreulich zu sehen, dass dies durch den Rechnungshof anerkannt wurde. Der Bericht über die weitere Pariser Wasserpolitik ist noch

positiver als der, welcher sich nur auf den Übergang zur öffentlichen Verwaltung konzentriert, weil er die wichtigsten strategischen Ausrichtungen befürwortet, die wir mit dieser Politik verfolgen. Das schließt jene Entscheidungen ein, denen die Verwaltungsdienststellen zunächst skeptisch gegenüberstanden, so zum Beispiel das bestehende Netz für das Nicht-Trinkwasser¹ zu behalten und es für die Bewässerung von öffentlichen Gärten, für die Straßenreinigung usw. weiter zu entwickeln. Der Bericht lobt auch die Pariser Regierung für die Umsetzung einer Wasserpolitik, die im Einklang mit dem kleinen Wasserkreislauf steht und die Fragen des Gewässerschutzes, der Nachhaltigkeit und der Demokratie berücksichtigt.

Also alles in allem scheint die Rückkehr von Wasser in die öffentliche Verwaltung in Paris ein voller Erfolg zu sein?

Eau de Paris genießt einen guten Ruf, und das zu Recht. Es klappt! Wir haben den Wasserpreis gesenkt, während ein ehrgeiziges Investitionsprogramm langfristig aufrechterhalten wird und unsere Verwaltung in vielerlei Hinsicht sehr innovativ ist. Einige unserer Innovationen werden sogar von privaten Unternehmen übernommen.

Das festzustellen ist interessant, weil private Unternehmen behaupten, dass sie die „Innovatoren“ sind. Welche Art von „Innovation“ meinen Sie?

Eau de Paris ist der einzige Wasserversorger, beim dem die Mitarbeiter, Nutzer und Bürgervereine mit vollem Stimmrecht im Verwaltungsrat sitzen. Es war ein demokratischer Durchbruch, der andere inspiriert hat. Die Vertretung der Nutzer im Vorstand ist etwas, das mittlerweile von Antoine Frérot, dem CEO von Veolia auch öffentlich erwogen wird; dies ist vor ein paar Jahren noch undenkbar gewesen. Eau de Paris war auch ein Vorreiter in Fragen der Geschlechtergleichstellung bei der Arbeit, beim Schutz der Wasserressourcen durch Partnerschaften mit Landwirten, um die Wasserqualität stromaufwärts zu schützen, und beim Gewässerschutz durch breit angelegte Verteilung von „Wasserschutz-Kits“. Im technischen Bereich waren wir auch sehr innovativ in Bezug auf die Benutzersdienste (Call Center, Überwachung von Lecks, Bearbeitung von Schreiben und Beschwerden an die Verwaltung, etc.). Aus diesem Grund ist Eau de Paris mit dem Preis für den „besten Kundendienst“ in der Wasserversorgung in den letzten drei Jahren in Frankreich ausgezeichnet worden.

Obwohl der regionale Rechnungshof einen sehr positiven Bericht über die Wasserbewirtschaftung in Paris erstellt hat, wurde, als die Berichte veröffentlicht wurden, von den französischen Medien, nur ein Aspekt herausgestellt: Die Wahrscheinlichkeit einer zukünftigen Wasserpreiserhöhung in Paris. Wieso ist das so?

Zunächst ist festzuhalten, dass sich nicht alle Medien auf die negativen Aspekte konzentrierten. Einige Medien haben durchaus betont, wie positiv die Berichte tatsächlich waren. Das heißt, einige Medien entschieden, ihre Schlagzeilen auf eine mögliche Erhöhung der Wasserpreise zu konzentrieren. Offensichtlich nahmen sich diese Journalisten aber nicht die Zeit, den gesamten Bericht zu lesen, damit könnte man ihre Objektivität in Frage stellen. Privatunternehmen sind nicht zuletzt eine wichtige Quelle für Werbeeinnahmen, und es waren vor allem jene Medien, die auf dem Thema herumgeritten sind, die stark abhängig von Werbeeinnahmen sind.

Jedenfalls ist aber Realität, dass auch Eau de Paris wie die meisten Wasserdienstleister in Frankreich und Europa, mit dem so genannten Problem der „Preisschere“ konfrontiert ist: auf der einen Seite, sinken die Einnahmen aus den Abrechnungen wegen des geringeren Wasserverbrauchs; auf der anderen Seite, steigen die Kosten der Wasseraufbereitung weiter, vor allem wegen neuer Standards in der Wasseraufbereitung. Dieser Trend hat nichts mit der Debatte „öffentliche gegen die private“ Verwaltung von Wasser zu tun und betrifft auch nicht allein Eau de Paris. In der Tat ist Eau de Paris jedoch in einer vergleichsweise guten finanziellen Lage, diese Veränderungen zu bewältigen. Aber es ist wahr, dass Eau de Paris schließlich möglicherweise seine Preise erhöhen müssen, um sein Budget auszugleichen, wie andere Wasserversorger auch. Für mich stellt sich aber die grundlegende Frage wie die Wasserversorgung finanziert wird: Es ist nicht mehr möglich, Wasserdienstleistungen nur durch einen verbrauchsabhängigen Tarif zu finanzieren, ausgehend von einem festgelegten Kubikmeterpreis Wasser kalkuliert wird. Dies ist umso problematischer, wenn es Politik des Versorgers ist, die Benutzer zu ermutigen, ihren Wasserverbrauch zu senken, wie Eau de Paris es macht.

Wie können die Wasserdienstleistungen für die Nutzer erschwinglich gehalten werden?

Wir sollten zwischen verschiedenen Arten der Wassernutzung in Paris unterscheiden, insbesondere zwischen gewerblicher und privater. Gewerblichen

Nutzern sollte mehr in Rechnung gestellt werden. Zurzeit zahlen gewerbliche Nutzer (wie Cafés, Restaurants, Friseure, Reinigungen, Zahnärzte, etc.) eigentlich im Verhältnis zu Haushalten weniger für ihr Wasser, weil sie diese Kosten von ihrer Steuerschuld abziehen können. Das ist ein politisches Reizthema, und es wäre nicht einfach durchsetzbar, nicht einmal von einem fachlichen Standpunkt aus gesehen, aber ich denke, es würde ein gerechteres System schaffen.

Übergangsphase

Können Sie etwas über die Komplexität der Überleitung zur öffentlichen Verwaltung sagen, wie wurde das geschafft?

Es ist wahr, dass der Übergang sehr komplex war. Man muss sich vorstellen, dass wir vor der Gründung von Eau de Paris drei verschiedene Verträge für Wasser hatten: einen für die Wasseraufbereitung mit einer gemischtwirtschaftlichen Gesellschaft, deren Hauptaktionär die Stadtverwaltung war, während Suez und Veolia Minderheitsanteile hatten², und zwei separate Verträge für die Wasserverteilung mit Suez und Veolia, je einer für das linke und das rechte Ufer. Es war eine sehr komplexe Situation und es gab keinen wirklichen Präzedenzfall, auf dem hätte aufgebaut werden können. Wir stießen auf eine Reihe von Schwierigkeiten bei der Übernahme des Services ins eigene Haus, zum Beispiel mit dem Übergang von privaten hin zu Abrechnungssystemen für den öffentlichen Sektor. Aber diese Schwierigkeiten sind nun überwunden wie der Bericht des Rechnungshofs hervorhebt.

Wie schwierig war es, ehemalige Mitarbeiter von Suez und Veolia in das neue öffentliche Unternehmen zu integrieren?

Das französische Arbeitsgesetz hätte den Betriebsübergang der Techniker erlaubt, die im Verteilungsnetzwerk gearbeitet hatten, aber die meisten Führungskräfte von Suez und Veolia wurden kurz vor der Rekommunalisierung innerhalb dieser Unternehmen versetzt. Es gab Verhandlungen über einen Sozialplan, um eine Harmonisierung der Entlohnungsbedingungen für alle Mitarbeiter zu bekommen. Aber die Rekommunalisierung wurde manchmal als eine Fusion der beiden ehemaligen Betriebsführungsgesellschaften, der Tochtergesellschaften von Suez und Veolia, zu einem öffentlich verwalteten Unternehmen, der ehemaligen gemischtwirtschaftlichen

Gesellschaft angesehen, was eine Quelle von Frustration für einige ehemalige Angestellten der Privaten war. Dies sind aber häufig Probleme in solchen Umstrukturierungen. Eine gemeinsame Kultur aufzubauen, braucht, eben Zeit.

Haben Veolia und Suez versucht, Hindernisse aufzubauen?

Klar ist das so. Dies ist etwas, das ich in meinem demnächst erscheinenden Buch behandeln werde und einige Details werden auch in Agnes Sinais Buch über den Rekommunalisierungsprozess dargelegt: „L'eau à Paris, retour vers le public“. ³ Dennoch gab es einen großen Unterschied zwischen Suez, die noch relativ konstruktiv waren, und Veolia, die wirklich versucht haben, uns die Aufgabe so schwer wie möglich zu machen.

Werden die Wasserdienstleistungen vollständig von Eau de Paris erbracht oder gibt es noch einige Bereiche, die an den privaten Sektor ausgelagert sind?

Kein Servicebereich ist mehr in den privaten Sektor ausgelagert. Wir hatten übergangsweise während der ersten zwei Jahre Outsourcing-Verträge für Informationssysteme unterzeichnet, damit Eau de Paris Zeit hatte, seine eigenen Informationssysteme einzurichten. Informationssysteme sind deshalb ein unglaublich wichtiges Thema, weil sie für die Abrechnung verwendet werden, für die Wasserzählerdatenerfassung und -verwaltung sowie für die Überwachung der Wartungsarbeiten. Das wird jedoch all zu oft übersehen. Eau de Paris steuert und verwaltet derzeit sein eigenes Informationssystem, ist aber immer noch zur Hälfte abhängig von Suez und Veolia, wie auch einige, sich in deren Eigentum befindliche Software noch verwendet wird, um die Informationen zu verarbeiten. Derzeit untersucht Eau de Paris wie diese Abhängigkeit vollständig beendet werden kann. Auch heute noch stellt sich immer wieder heraus, dass es schwierig ist, von Veolia sogar einige rein technische Informationen zu erhalten.

Es gibt zudem noch einen weiteren Vertrag mit Veolia, ein einfacher Outsourcing-Vertrag für die Verwaltung der Wasserzähler (Installation und Wartung), der nicht die Erbringung der Wasser-Dienstleistung betrifft. Und auch hier sucht Eau de Paris nach Wegen, diese Aufgabe selbst zu übernehmen.

Das Pariser Wasserobservatorium

Was war die Idee hinter der Gründung des Pariser Wasserobservatoriums?

Das Ziel der Pariser Wasserbeobachtungsstelle ist es, einen Bereich für die Bürger zur Aufsicht und für Informationen zu schaffen, und die gewählten Vertreter der Stadt Paris, die Pariser Verwaltung und die Mitarbeiter von Eau de Paris im Interesse der Bürger in die Verantwortung zu nehmen. Alle Tätigkeiten, Berichte und behördlichen Verfahren im Zusammenhang mit Wassermanagement müssen der Beobachtungsstelle vorgelegt werden, bevor sie im Rat von Paris erörtert werden. Anfangs waren die Leute skeptisch, aber jetzt sehen sie den Nutzen. Das Observatorium ist nicht bloß ein so genannter Bürgerausschuss, der bereits getroffene Entscheidungen lediglich abnickt. Diese Beobachtungsstelle hat zwar keine Entscheidungsbefugnis, aber die Meinung der Bürger soll berücksichtigt werden und, was vielleicht noch viel wichtiger ist, alle Informationen werden zugänglich gemacht.

Das ist auch der Grund dafür, weshalb Eau de Paris zwei Non-Profit-Organisationen und einen Vertreter der Wasserbeobachtungsstelle mit Stimmrecht in den Vorstand integriert hat. Der Vertreter des Personals wird damit nicht immer zufrieden sein, weil es mehr Zeit erfordert, bestimmte Sachverhalte zu erklären, oder ihre Anliegen zu vermitteln ... Aber letztendlich kommt es zu einer größeren Wasser Demokratie, und das ist gut für die öffentliche Verwaltung.

Gibt es etwas Vergleichbares anderswo?

Grenoble hat einen Kundenbeirat eingerichtet, der zum Wasserpreis konsultiert wird. Viry-Châtillon (Lacs de l'Essonne) hat auch ein Modell einer offenen Verwaltung mit einer starken Rolle der Zivilgesellschaft eingeführt, inspiriert von dem, was in Paris passiert. Aber eigentlich steht dem Pariser Wasserobservatorium nicht wirklich eine gleichwertige Einrichtung gegenüber. Die meisten öffentlichen Betreiber zögern, ihre Verwaltung für Kunden und Bürgerinitiativen zu öffnen, weil es als zu zeitaufwändig betrachtet und zu viel Ressourcen fressend angesehen wird. Doch ich denke, dass es für einen qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienst wesentlich ist. Es sind diese demokratischen Innovationen, die für die Führungskräfte von Wasserversorgern aus dem Ausland am interessantesten sind, wenn sie Paris in der Vorbereitungsphase für eine eigene Rückkehr zur öffentlichen Verwaltung besuchen.

Ist darin eine große Zahl von Menschen einbezogen?

Die Beobachtungsstelle hat einer Reihe von Leuten ermöglicht, sich Wissen über Wasser anzueignen. Das sind nicht unbedingt sehr viele, aber sie kommen von benachbarten Ausschüssen, zum Beispiel unter anderem auch den Institutionen und Verbänden des sozialen Wohnungsbaus. Sie glauben an das Observatorium und sie haben große Netzwerke und Einfluss bei den Parichern. Die Verbraucher- und Umweltorganisationen, die einen Sitz im Vorstand von Eau de Paris haben, sind in ähnlicher Weise einflussreich: Que Choisir und France Nature Environnement sind sehr große Organisationen, mit nationaler Ausrichtung. Die Rückkehr in die öffentliche Verwaltung und die Schaffung des Pariser Wasserobservatoriums haben die Beteiligung der Zivilgesellschaft wiederbelebt. Das ist paradox, denn als wir in den frühen 2000er Jahren beschlossen hatten, zu rekommunalisieren, war die Pariser Zivilgesellschaft nicht sehr aktiv beim Thema Wasser. Wir waren ziemlich isoliert, weil die meisten im Rat, der Verwaltung und die meisten Gewerkschaften nicht begeistert waren von einer Rückkehr der Wasserversorgung in die öffentliche Verwaltung. Jetzt hat sich das geändert.

Inwieweit ist die Rolle der Beobachtungsstelle formal abgesichert?

Das Pariser Wasserobservatorium existiert aufgrund einer behördlichen Anordnung des Bürgermeisters, als ein außerordentlicher kommunaler Ausschuss zur Wasserpolitik. Es war der Stadtrat von Paris, der die Beobachtungsstelle eingerichtet hat, nicht Eau de Paris. Vielleicht wäre es möglich gewesen, es als unabhängiges Gremium einzusetzen, aber der außerordentliche kommunale Ausschuss ist interessant, weil die Stadtverwaltung zuständig ist für die Verwaltungsaufgaben und die Logistik. Solange die Politiker der Beobachtungsstelle genug Unterstützung geben, ist es eine Win-Win-Situation.

Vernetzung und Unterstützung für öffentliche Verwaltung an anderer Stelle

Die Pariser Rekommunalisierung hat schnell eine große symbolische und politische Bedeutung sowohl national als auch international erlangt. Sie bereiten die Welt, um die Bewegungen gegen die Privatisierung von Wasser zu unterstützen, und Eau de Paris ging öffentlich-öffentliche Partnerschaften mit anderen öffentlichen Betreibern

in aller Welt ein und spielte eine Schlüsselrolle bei der Schaffung von französischen und europäischen Netzwerken von öffentlichen Betreibern (Frankreich Eau Publique und Aqua Publica Europea beispielsweise). Wann begann diese globale Ausrichtung?

Es begann schon sehr früh, noch vor der Rekommunalisierung selbst, weil ich mich zugunsten der öffentlichen Verwaltung stark gemacht hatte. Ich wurde oft gebeten, über die Pariser Erfahrung zu sprechen, beginnend mit der Kampagne für ein Referendum zum Menschenrecht auf Wasser in Kolumbien im Jahr 2009, dann in Berlin, in Italien, usw. Ich befand mich in einer ungewöhnlichen Lage, denn ich war einerseits als Aktivistin engagiert und andererseits auch als Ratsmitglied und stellvertretende Bürgermeisterin mit operativen Aufgaben als Präsidentin der „société d'économie mixte“ und später auch bei Eau de Paris mit zwei politischen Verantwortungen betraut. Ich bin auch eine der wenigen Verantwortlichen, die das ganze Rekommunalisierungsverfahren vom Jahr 2001 an durchgezogen haben, während in den letzten 12 Jahren die Vorstandsmitglieder gewechselt haben und andere Politiker ausgeschieden sind. Und natürlich geht es um Paris, die Hauptstadt von Frankreich, die Heimat der großen Wassermultis - ein riesiges Symbol! All dies hat mir einen sehr einzigartigen Einblick gegeben.

Eau de Paris wird oft als „Aktivist“ unter den Wasserversorgern, der sich der Förderung von Wasser in öffentlicher Hand verpflichtet fühlt, angesehen. Ist das fest in der betrieblichen Wirklichkeit verankert oder ist das nur Ihrem persönlichen Engagement, während Sie Präsidentin waren, geschuldet?

Es gibt zwei Sichtweisen zu dieser Frage. Auf der einen Seite gibt es die aktive Förderung der öffentlichen Verwaltung und der Kampf gegen die Privatisierung - für meinen Teil war das ein persönliches Engagement, weniger eine Festlegung der Institution. Innerhalb von Eau de Paris sind die meisten Mitarbeiter zufrieden, aber sie sind keine Aktivisten und sie wollen ihre Freizeit nicht der Verteidigung der öffentlichen Verwaltung widmen, was ja durchaus verständlich ist. Eau de Paris ist als Organisation selbst auch kein Aktivist an sich. Aber die Frage der Werte des öffentlichen Dienstes und das Engagement für diese Werte gibt es auch innerhalb von Eau de Paris. Es gibt Leute aus der Privatwirtschaft, die sich uns in diesem kreativen Wagnis des Aufbaus eines lokalen öffentlichen Dienstes angeschlossen haben, und für die es jetzt unmöglich wäre, zu einer engen marktbasierten Orientierung zurückzukehren.

Sie spielten auch eine Rolle bei der Schaffung anderer institutioneller Strukturen, wie zum Beispiel Aqua Publica Europea⁴ und Eau Publique France. Können Sie uns etwas über diese Netzwerke sagen?

Aqua Publica Europea wurde ursprünglich von einer kleinen Gruppe von Menschen gegründet, die die Idee teilten, dass es notwendig sei, die öffentliche Verwaltung auf europäischer Ebene zu verteidigen und ein Gegengewicht zur Lobby des privaten Wassersektors in Brüssel zu schaffen. In Bezug auf Eau Publique France gab es bereits einen Ausschuss von öffentlichen Versorgern, aber wir wollten einen französischen Zweig von Aqua Publica Europea schaffen, um unsere eigene Stärke aufzubauen und unsere Ressourcen zu bündeln. Der Wettbewerbsvorteil eines multinationalen Unternehmens ist es, Fähigkeiten, Kompetenzen und Ressourcen im gesamten Unternehmen zu bündeln. Das Ziel von Eau Publique France ist, die gleiche Art von Mechanismen für eine große Anzahl von öffentlichen Betreibern aufzubauen, darunter auch die Beschaffung für die Gruppe.

Wie schätzen Sie die Entwicklung des öffentlichen Wassermanagements in Frankreich seit 2011 ein?

Es gibt eindeutig einen positiven Trend zur Rekommunalisierung, aber er ist nicht massiv. Es gab einige bedeutende Rekommunalisierungsfälle, darunter auch Städte wie Nizza, die rechtsgerichtete Stadträte haben. Dies ist sehr wichtig, weil es zeigt, dass die Präferenz für öffentliche Dienstleistungen über politische Differenzen hinaus geht (auf der anderen Seite des politischen Spektrums, haben einige linksgerichtete Politiker eine sehr zweideutige Position in dieser Debatte gehabt). Als Eau de Paris zur öffentlichen Verwaltung zurückkehrte, war es ein Grund zum Feiern für viele öffentliche Betreiber in Frankreich, weil sie wussten, dass sie nicht mehr als schwarze Schafe dastehen. Und viele Städte, die privatisierte Dienstleistungen beibehalten haben, haben die Drohung mit Rekommunalisierung dazu verwandt, bessere Konditionen mit ihren privaten Anbietern auszuhandeln. Suez und Veolia waren gezwungen ihre Verträge zu ändern und jetzt machen sie weniger Gewinn. Die Beweislast hat sich umgekehrt: jetzt sind es private Anbieter, die die Städte überzeugen müssen, dass es besser für sie ist, bei einem privaten Betreiber zu bleiben, als zu rekommunalisieren. Vor dem Hintergrund der Geschichte der Wasserbewirtschaftung in Frankreich ist das eine enorme Leistung.



Bis 2014 war Anne Le Strat Präsidentin von Eau de Paris, stellvertretende Bürgermeisterin von Paris zuständig für Wasser und Abwasser und Präsidentin von Aqua Publica Europea. Seit ihrer Wahl in den Stadtrat von Paris im Jahr 2001 hat sie eine Schlüsselrolle bei der Rekommunalisierung der Wasserdienstleistungen in Paris gespielt.



Sie wurde von dem französischen Schriftsteller und Wissenschaftler Olivier Petitjean interviewt, der zur Zeit der Chefredakteur beim Multinationals Observatory ist, einer Webseite, die investigativen Journalismus bezogen auf französische transnationale Konzernen betreibt.

Notes

- 1 Paris ist eine der wenigen Städte auf der Welt, die zwei Wassernetze betreiben, eines für Trinkwasser und eines für Nicht-Trinkwasser.
- 2 Im französischen Recht ist eine „société d'économie mixte“ (gemischtwirtschaftliche Gesellschaft) eine Aktiengesellschaft, die mehrheitlich öffentliche Eigentümer hat, mit mindestens einem privaten Anteilgeber. Diese Form wird oft von örtlichen Verwaltungen genutzt, öffentliche Aufgaben oder in einigen Fällen öffentliche Dienstleistungen zu erbringen.
- 3 Eau de Paris. 2014. *L'eau à Paris, retour vers le public*. Zweite Auflage, April. Paris: Eau de Paris http://www.eaudeparis.fr/uploads/tx_edpevents/LivreRemunicipalisation_01.pdf
- 4 Aqua Publica Europea (APE) bringt Wasserversorger und Abwasserentsorger in öffentlicher Hand und ihre nationalen und regionalen Vereinigungen aus ganz Europa zusammen. Seine Mitglieder erbringen Dienstleistungen für Wasser und Abwasser für über 70 Millionen europäische Bürger.

Kapitel 6

Rekommunalisierung und Arbeitnehmerorganisationen: Der Aufbau neuer Allianzen

Von Christine Jakob und Pablo Sanchez

Rekommunalisierung ist eine wichtige politische Entwicklung, die global stattfindet. Sie entspringt den Problemen von öffentlich-privaten Partnerschaften (PPP) und mit der Privatisierung im Allgemeinen.

Nach einer zwanzigjährigen Phase von Privatisierung und Outsourcing haben in vielen Städten die politisch Verantwortlichen begonnen, Bilanz zu ziehen. Auch globale Finanzinstitutionen wie die Weltbank und der Internationale Währungsfonds haben die unterschiedlichen Auswirkungen der Privatisierung zur Kenntnis genommen, vor allem im Hinblick auf die enttäuschenden Ergebnisse in der technischen Effizienz und der Arbeitsproduktivität.¹ Im Gegenteil, es gibt jetzt immer mehr gut dokumentierte Hinweise in den Bereichen Wasser und Abfall auf die negativen Auswirkungen wie Ungleichheit, Kinderarmut und in Bezug auf andere soziale Indikatoren.²

Was bisher fehlt, sind vergleichenden Analysen über die Auswirkungen der Privatisierung auf die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Ein Grund dafür ist, dass die Arbeitnehmer, die von der Privatisierung betroffen sind, dazu neigen, sich ihre Ansprüche durch Vorruhestandsregelungen „abkaufen“ zu lassen, und manche nicht einmal dagegen opponieren. Die Arbeitsbeziehungen in privatisierten Betrieben werden oft so geändert, dass unterschiedliche Bedingungen für neue Mitarbeiter und übergegangene Beschäftigte entstehen. Die vorhandenen Beschäftigten können ihre Privilegien behalten, weil sie bereits in Zeiten unter öffentlichem Eigentum verhandelt und zugesichert wurden.

Beschäftigte des öffentlichen Dienstes genießen in der Regel einen höheren Schutz durch eine starke Tarifbindung und sie sind weniger von prekärer Arbeit betroffen. Sobald die Privatwirtschaft übernimmt, werden Arbeitnehmer aus dem vorher öffentlichen Beschäftigungsbereich herausgenommen, um Wettbewerbsvorteile mit dem Unternehmen realisieren zu können. Dies macht die Debatte „Privatisierung gegenüber Rekommunalisierung“ komplexer, denn die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften können sich nicht nur auf Effizienzgewinne oder das öffentliche Wohl beziehen, sondern müssen auch das Große und Ganze und die Themen wie „Brot und Butter“ hinter solchen politischen Optionen beachten.

Hinzu kommt, dass in einigen Ländern der Europäischen Union, der Status der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und insbesondere ihre Möglichkeiten, in Tarifverhandlungen und im sozialen Dialog zu agieren, nach den neoliberalen Reformen, die der Finanzkrise folgten, untergraben wurden. Dies erhöht ebenfalls die Komplexität der Entscheidungsprozesse für die Gewerkschaften.

Gewerkschaften tendieren dazu, Privatisierung mit Verschlechterungen in Bezug auf das allgemeine Niveau von Löhnen und Arbeitsbedingungen zu verbinden. Es wäre jedoch übermäßig idealistisch, zu glauben, dass alle Gewerkschaften sich Privatisierung unter allen Umständen³ widersetzen und die öffentliche Verwaltung immer unterstützen. Dieser Artikel stützt sich auf einige Lehren aus den Entwicklungen und zeigt Wege für weitere Untersuchungen von Rekommunalisierung aus Arbeitnehmersicht auf. Da es nur wenig Literatur über die Arbeitsbedingungen nach einer Rekommunalisierung gibt, wird mit diesem Artikel in aller Bescheidenheit versucht, eine Debatte voranzubringen, die jedoch noch viele weitere Untersuchungen erfordert.

Rekommunalisierung unter Sparzwängen

Jeder Fall von Rekommunalisierung ist anders, weil die Voraussetzungen für die Rücknahme der Dienstleistungen ins eigene Haus abhängig sind von der Art und Weise wie sie zunächst privatisiert wurden. So ist es sehr schwierig, die Auswirkungen der Privatisierung und Rekommunalisierung für die Arbeitnehmer zu vergleichen.

Allerdings spiegeln die Inhalte der Debatten über Rekommunalisierung diejenigen Bedingungen wider, die am Ende des 19. Jahrhunderts während der Expansion der organisierten Arbeiterbewegung in Europa entstanden. Der Aufstieg der Arbeiter- und sozialdemokratischen Organisationen machte die Forderungen nach öffentlichen Dienstleistungen in der Arbeiterklasse sehr populär, vor allem bei den organisierten Arbeitnehmern. Die Gesellschaft, die sie anstrebten, sollte unter anderem öffentlich-rechtliche Schulen, Transport, Strom und Wasser hervorbringen. In vielen Ländern wurde das kommunale Modell durch den Aufstieg dieser neuen politischen Kräfte forciert.

Der Hauptunterschied zu dieser Zeit ist heute, dass wir eine viel weiter integrierte globale Wirtschaft mit grenzüberschreitend agierenden Dienstleistungsanbietern haben, die es während der vorhergehenden Welle von Kommunalisierungen und Verstaatlichungen noch nicht gab. Außerdem ist heute die Finanzierung der Wirtschaftstätigkeit viel mehr Gegenstand von Spekulation und der Macht der Finanzmärkte ausgeliefert. In dieser Hinsicht ist es für die organisierte Arbeiterbewegung, und speziell die Gewerkschaftsbewegung, wichtig, eine Vision der Gesellschaft neu zu erarbeiten und sich nicht nur mit den „Brot und Butter“-Anliegen ihrer gewerkschaftlich organisierten Mitglieder zu beschäftigen.

Kommunalverwaltungen stehen vor Haushaltskürzungen durch die Sparpolitik der Zentralstaaten sowie der von europäischen und internationalen Finanzinstitutionen. Einige Fälle haben in Frankreich, Spanien und Griechenland Schlagzeilen gemacht, wo oft argumentiert wird, dass in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit Beschäftigte im öffentlichen Dienst „zu teuer“ seien oder dass es schwierig sei, Pensionsfonds zu unterhalten.

Rekommunalisierung ist eine Gelegenheit, die Möglichkeiten mit öffentlichen Dienstleistungen die Lebensbedingungen der Beschäftigten im öffentlichen Sektor zu bewahren, neu zu denken und das in den Gemeinden, für die sie arbeiten. Mit Rekommunalisierung sollte eine Debatte über die Werte des öffentlichen Sektors wieder begonnen werden: gleichberechtigten Zugang zu Dienstleistungen für alle Bürger, Verantwortung, demokratische und transparente Unternehmensführung mit Entscheidungsprozessen, an denen alle Akteure beteiligt sind.

In der Praxis: Rekommunalisierung und die Gewerkschaftsbewegung

Sobald ein Rekommunalisierungs-Prozess gestartet wird, beginnen die Arbeitnehmerorganisationen nach Wegen zu suchen, wie die Arbeitsbedingungen beeinflusst werden können. Es ist notwendig, ein umfassendes Verständnis des vorgeschlagenen Rechtsstatus für die neuen Gesellschaften zu erhalten, um in der Lage sein, die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen zu verbessern.

Einer der ersten wichtigen Schritte ist, festzulegen, welche Rahmenbedingungen für die Beschäftigung nach der Änderung der Eigentumsverhältnisse gelten sollen, weil dies Auswirkungen auf die Schaffung von Arbeitsplätzen durch den neuen kommunalen Eigentümer haben kann.

In mehreren Fällen, zum Beispiel in Frankreich, haben die Gewerkschaften Rekommunalisierung nicht öffentlich unterstützt, insbesondere im Wassersektor, um zu verhindern, dass das Niveau der Löhne und der Arbeitsbedingungen untergraben wird. In der letzten Rekommunalisierung in Montpellier war die Gewerkschaftsbewegung sogar gespalten, einige Gewerkschaften haben nur diejenigen beraten, die in der Firma beschäftigt waren. Andere berieten umfassender. Letzten Endes informierten diese Gewerkschaften über die Art des Unternehmens, das sie sich vorstellten. Das war der Schlüssel dafür, die Unterstützung dieses Prozesses fortzusetzen. Ein Arbeitgeber ist in der Regel verpflichtet, das Arbeitsverhältnis zu den gleichen Bedingungen fortzusetzen, aber er kann damit beginnen, andere für neue Beschäftigte (mit Änderungen im Tarifvertrag) anzubieten. Dies kann durchaus gefährlich sein. Deshalb ist es wichtig für die Gewerkschaften, miteinander zu diskutieren welche Art von Eigentumsmodell sie unterstützen und im Rekommunalisierungsprozess vereint zu handeln.

Auch das Niveau des sozialen Dialogs mit dem neuen Arbeitgeber ist wichtig. Zum Beispiel, wie wird sich mit Themen von Outsourcing und Unterverträgen in der neuen öffentlichen Struktur auseinander gesetzt? Daher ist es wichtig, dass die neuen Arbeitgeber die potenziellen Vorteile für die Beschäftigten erklären, aber auch die Gewerkschaften müssen dafür sorgen,

ihren einzelnen Mitgliedern deutlich zu machen, dass Rekommunalisierung bessere Unternehmen hervorbringen kann.

Das ist recht problematisch, weil Gewerkschaften dazu neigen, die Interessen und Ansichten ihrer vorhandenen (individuellen) Mitglieder zu vertreten und oft versäumen, den Blick auf alle Arbeitnehmer zu werfen. Das erste liegt offensichtlich nahe, aber die Gewerkschaften werden in ihren demokratischen Entscheidungsprozessen auch diejenigen einbeziehen müssen, die die Gesamtorganisation mit ihren Beiträgen erhalten und in der Positionsbestimmung durch die Teilnahme an Sitzungen beitragen. Es ist auch wahrscheinlich, dass die betrieblichen Mitglieder bessere und sicherere Arbeitsbedingungen haben als diejenigen in Unternehmen mit Subverträgen oder in ausgelagerten Sektoren. Diese „teile und herrsche“ Logik wurde in verschiedenen Bereichen angewandt, um für private Unternehmen die Gewinne zu erhöhen, aber auch, um die Produktionstiefe zu verringern. Die Gewerkschaften müssen diesem Trend entgegentreten, indem sie das Wohl der Gesellschaft als Ganzes fordern und nicht nur das ihrer Mitglieder.

Daher ist es ratsam, für die Gewerkschaftsbewegung, Rekommunalisierung als Chance zu sehen, um ihren Einfluss in der Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt im Allgemeinen zu erhöhen.

Rekommunalisierung ist eine Realität

Rekommunalisierung ist definiert als Rückholung kommunaler Dienstleistungen, die zuvor unter privater Leitung waren, zum Beispiel im Rahmen einer langlaufenden Konzession. Es kann auch bedeuten, regionale Dienstleistungen wieder in öffentliches Eigentum zu bringen. Dieser Trend hat sich in den letzten 10 Jahren entwickelt. Eine kürzlich erarbeitete Studie⁴ zeigt auf, dass die meisten Rekommunalisierungen in historisch gewachsenen kommunalen Aufgabenbereichen wie Wasserversorgung und Abwasserentsorgung erfolgten.

Trotz des anhaltenden finanziellen und ideologischen Drucks, forciert durch die neoliberale Politik, gibt es klare Anzeichen, dass die Gemeinden in Europa sich immer mehr in Richtung Rekommunalisierung bewegen

und Privatisierung nicht mehr als zweckdienliche Option ansehen. Einige europäische Gewerkschaftsorganisationen - wie die Europäische Föderation der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (EGÖD) ermutigen ihre Mitgliedsorganisationen in ihren transnationalen Treffen, Rekommunalisierung und durch gezielte Forschung in diesem Feld zu fördern⁵.

In Deutschland versuchen mehr und mehr Gemeinden, die Privatisierung im Energie- und Gassektor umzukehren und selbst Produzenten von Energie zu werden. Über 72 neue öffentliche Energieunternehmen wurden seit 2005 zusätzlich in Deutschland geschaffen, mehr als 1.000 Genossenschaften, die im Energiesektor aktiv sind, wurden gegründet. Bis zum Jahr 2016 werden mehr als 2.000 Konzessionen im Energiesektor in Deutschland auslaufen, eine neue Welle von Rekommunalisierungen kündigt sich damit an.

Eine Studie der Universität Leipzig vom Jahr 2011 in über 100 deutschen Kommunen kommt zu dem Schluss, dass sich der Trend hin zur öffentlichen Hand bewegt. Die Hälfte der Gemeinden mit Haushaltsdefiziten plant eine Form der Umstrukturierung der kommunalen Dienstleistungen, von denen 41 Prozent einen Übergang zu interkommunaler Zusammenarbeit erwägen und 36 Prozent sich für Rekommunalisierung entscheiden würden; weniger als 3 % erwägen eine Privatisierung⁶.

Allerdings machen Kartellbehörden und Gerichte es für die Kommunen sehr schwierig, ihre Wassernetze zurückzunehmen, da sie verpflichtet sind, öffentliche Ausschreibungen zu machen und dann sich selbst zu bewerben. Es gibt derzeit einen beispielhaften Fall in der Gemeinde Titisee-Neustadt, wo der Bürgermeister zu dieser Frage, das Verfassungsgericht angerufen hat.

In Medina Sidonia (in der Provinz Cadiz, Spanien) wurde das Wasserunternehmen in eine Sparten übergreifende Gesellschaft mit öffentlicher Straßenbeleuchtung, Wasser, Laboranalysen und Abfallbeseitigung umgewandelt. Die Idee ist, Skaleneffekte zu generieren, um Einsparungen zu erzielen und um mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Der Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt wurde im Januar 2014 rekommunalisiert und hat seine Mitarbeiterzahl innerhalb von zwei Monaten um fast 20 Prozent erhöht⁷. In noch größerem Maßstab, hat die Rekommunalisierung der Wasserversorgung in Paris im

Jahr 2010 zu einem Export des Wissens der Beschäftigten zu anderen öffentlichen Unternehmen geführt, um Solidarität und öffentlich-öffentliche Partnerschaften aufzubauen.

Letzten Endes hat Rekommunalisierung dazu beigetragen, den Privatisierungstrend rund um den Globus zu verlangsamen. Wenn zuvor private Versorgungsunternehmen zurück in die öffentliche Hand gehen, fragen sich viele, warum sie überhaupt erst privatisiert wurden. Dies hat Debatten über die Nutznießer und Interessen hinter Privatisierung angeheizt, die sehr oft mit aggressivem Lobbyismus und Korruption verbunden sind. Für die Gewerkschaften, die eine demokratische und transparente Gesellschaft verteidigen, sollte dies ein motivierender Faktor sein, um Rekommunalisierung als Alternative zur Privatisierung zu unterstützen.

Tabelle 6.1 *Neue Rekommunalisierungen in ausgewählten europäischen Ländern*

Sektor	Prozess	Staaten	Faktoren
Wasser	Kommunalisierung der Dienstleistung	Frankreich, Ungarn	Versagen Privater, Kostenkontrolle, Vertragsablauf
Elektrizität	Neue Stadtwerke, Kauf privater Gesellschaften	Deutschland.	Versagen Privater, Kostenkontrolle, Vertragsablauf
ÖPNV	Kommunalisierung von Verträgen und Konzessionen	Vereinigtes Königreich, Frankreich	Kosten, Versagen Privater, Öffentliche Aufgaben, Kontrolle
Abfall	Verträge im Haus vergeben, interkommunale Verbrennungsanlagen	Deutschland, Vereinigtes Königreich, Frankreich, etc.	Kosten, Kontrolle, Vertragsablauf
Reinigung	Verträge im Haus vergeben	Vereinigtes Königreich, Finnland	Kosten, Effizienz, Beschäftigung, Vertragsablauf

Quelle: Hall, D. 2012. Re-municipalising municipal services in Europe. Bericht im Auftrag des EGÖD zu PSIRU, Mai. London: PSIRU. <http://www.epsu.org/a/8683> (23. Februar 2015).

In Frankreich führen Gemeinden und Regionen die Rekommunalisierung von Wasserdienstleistungen oder von öffentlichen Verkehrsmitteln fort.

Auch in Großbritannien, wo die Regierung weiterhin auf Privatisierungen im Gesundheitswesen und von Gefängnissen drängt, haben die Kommunen selbst selten Outsourcing betrieben, obwohl sie Kürzungen von 7 Prozent pro Jahr erbringen mussten: die *Financial Times* vermutete, dass „Kommunen zunehmend skeptischer gegenüber den Einsparungen sind, die mit Outsourcing erreicht werden können sowie einen Rückschlag befürchteten gegen private Unternehmen, die große Gewinne zulasten der Steuerzahler machen.“⁸

Vorteile der Rekommunalisierung

Neben den Gründen, die Gemeinden zum Beenden der Privatisierung bewegt haben, wie Kosteneinsparungen oder die Zurückgewinnung demokratischer Kontrolle, gibt es für die Gewerkschaftsbewegung zahlreiche Möglichkeiten, durch Rekommunalisierung zu wachsen. *Rekommunalisierung ist für die Gewerkschaften eine Chance die Arbeitsbedingungen zu verbessern.* Ein privates Unternehmen mit einer langlaufenden Konzession, vor allem im Wassersektor, neigt dazu, Schlüsselemente des technischen Know-hows nach außen zu verlagern. Dies kann bei der Neuverhandlung des Vertrages als Faustpfand benutzt werden und es trägt zur Rentabilität bei, wenn der Arbeitgeber davon überzeugt werden kann, das wertvolle technische Wissen der Arbeitnehmer im eigenen Haus zu halten, denn dies ist eine lohnende langfristige Investition für alle Arbeitnehmer. Für organisierte Arbeitnehmer sollte es das Ziel sein, die Bedingungen für alle Arbeitnehmer eines Unternehmens zu verbessern, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zwischen den Lohngruppen zu erreichen, anstatt sie auseinander zu dividieren. Ein rekommunalisiertes Unternehmen versucht Skaleneffekte zu nutzen, um in der Lage zu sein, Beschäftigung und Löhne zu verbessern. Diese Rationalisierung kann es ermöglichen, durch Diskussionen mit den Beschäftigten, wie das Unternehmen besser laufen kann, umfassendere soziale Ziele zu erreichen. So hat, in der Gemeinde Almada in Portugal zum Beispiel eine Konsultation mit den Arbeitnehmern das Bewusstsein über den Zugang zu Wasser als grundlegendes Menschenrecht erhöht. Dies führte zu einer Verbesserung der innerbetrieblichen Leistungen und es wurde entschieden, nur auf kleine und mittlere lokale Unternehmen auszulagern.⁹

Die Verbesserung der Verwaltung und die Beteiligung der Arbeitnehmer in öffentlichen Unternehmen. Der Rekommunalisierungsprozess hat die Transparenz der lokalen Dienstleistungserbringung in den Fällen von Paris, Neapel und Hamilton erhöht.¹⁰ Dies mündete in einer breiten Konsultation der lokalen Unternehmen mit den neu eingestellten Arbeitnehmern. Rekommunalisierung ermöglicht nicht nur die Neuverhandlung von Löhnen und Sozialleistungen, sondern sie fördert auch die Konsultation mit den Arbeitnehmern über die allgemeine Aufgabenerfüllung eines öffentlichen Unternehmens. Sozial verantwortliche Unternehmen sollten menschenwürdige Arbeit, sozialen Dialog und im Kern die Beteiligung von Arbeitnehmern bieten.

Gewerkschaften können durch ein besseres Verständnis der sozialverträglichen Standards in kommunalen Unternehmen gewinnen. Ein öffentliches Unternehmen mit sozialen, ökologischen und gesellschaftlichen Zielen, das seine Arbeitnehmer (und ihre Organisationen) einbezieht kann als ein Modell für fortschrittliches Management dienen. Ferner ist es für Beschäftigte lohnender und motivierender für ein Unternehmen zu arbeiten, das soziale Ziele berücksichtigt. Die aktuelle Wirtschaftskrise und die Sparmaßnahmen haben eine Reihe von europäischen Volkswirtschaften abgewirtschaftet. Es ist überaus wichtig, dass die Gewerkschaftsbewegung veranschaulicht, dass man vor Ort anders handeln kann, wenn damit begonnen wird, mit eigenem Personal zu arbeiten. Medina Sidonia ist ein gutes Beispiel dafür. Das neue sektorenübergreifende kommunale Unternehmen schaffte mehr Arbeitsplätze und bessere Arbeitsbedingungen, um effektivere Dienstleistungen erbringen zu können. Das Unternehmen fördert auch nachhaltige öffentliche Beschaffung und beauftragt kleine und mittlere Unternehmen, die in der Stadt angesiedelt sind, um lokale Beschäftigung zu sichern¹¹. Insourcing kann Kosten verringern, da die Effizienz gesteigert werden kann. Dies ermöglicht es, die Anzahl der Beschäftigten zu steigern wie Medina Sidonia es getan hat.

Rekommunalisierung kann deutlich große Vorteile haben und sollte von der Gewerkschaftsbewegung breit unterstützt werden.



Christine Jakob ist Gewerkschaftssekretärin für Kommunalverwaltungen bei der Europäischen Föderation der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (EGÖD)



Pablo Sanchez ist Kampagnen-Koordinator bei der Europäischen Föderation der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (EGÖD).

Notes

- 1 Siehe die Studie von Hall, D. 2014. Public and private sector efficiency. A briefing for EPSU by PSIRU, September. Brussels: EPSU. <http://www.epsu.org/IMG/pdf/efficiency.pdf> (accessed 11 Februar 2015).
- 2 Siehe Kapitel 4 und 6 zu Öffentliche Güter und Gleichheit in: Hall, D. 2014. Why we need public spending. Report for EPSU and PSI, May. Brussels: EPSU. http://www.world-psi.org/sites/default/files/documents/research/wwnps_en.pdf (accessed 23 Februar 2015)
- 3 Die umfassendste Studie von Arbeitnehmerorganisationen zu Privatisierung und Rekommunalisierung ist die Studie der Kanadischen Gewerkschaft öffentlicher Beschäftigter über Hamilton. Loxely, S. 1999. A analysis of a public-private sector-partnership: The Hamilton – Wenworth – Philips Utilities Management Corporation PPP. Ottawa: CUPE. http://www.archives.gov.on.ca/en/e_records/walkerton/part2info/partieswithstanding/pdf/CUPEppp.pdf (accessed 23 February 2015)
- 4 Lobina, E., Kishimoto, S. and Petitjean, O. 2014 *Here to stay: Remunicipalisation as a global trend*. Amsterdam: PSIRU, TNI and Multinationals Observatory. <http://www.tni.org/sites/www.tni./files/download/beretostay-en.pdf> (accessed 23 February 2015)
- 5 Rekommunalisierung wurde zuletzt beim EPSU-Kongress befürwortet (see p. 53-54) http://www.epsu.org/IMG/pdf/brochure-resolutions_EN.pdf
- 6 Rothman, O. 2011. Renaissance der Kommunalwirtschaft – Rekommunalisierung interessant zur steigerung von Einfluss und Einnahmen. Studie, 27. Juli. Leipzig, Deutschland: Universität Leipzig. http://www.zv.uni-leipzig.de/service/presse/nachrichten.html?ifab_modus=detail&ifab_id=4191
- 7 Die Daten sind zu klein, um dies als eine allgemeine Auswirkung zu betrachten, aber die Gruppe von 17 Beschäftigten wuchs schnell auf 20 nach der Rekommunaisierung.
- 8 *Financial Times*. 2012. Savings from outsourcing doubted by state. 23 January.
- 9 Although technically not remunicipalised this company demonstrates how strong public ethos can benefit communities more broadly speaking.
- 10 Set the Remunicipalisation Tracker for details on these cases: <http://www.remunicipalisation.org>.
- 11 Medina Sidonia has almost 12,000 inhabitants and in December 2014 it had 2,223 registered unemployed residents, see <http://www.foro-ciudad.com/cadiz/medina-sidonia/mensaje-12415004.html> (accessed 1 February 2015).

Kapitel 7

Sie sind öffentlich ... was nun? Neue Möglichkeiten der Erfolgsmessung

Von David A. McDonald

Herzlichen Glückwunsch! Sie haben gerade die öffentliche Kontrolle über die Wasserdienstleistungen nach Jahren der Privatisierung zurück gewonnen. Der Kampf war hart, der Übergang war eine Herausforderung, Ihre öffentlichen Systeme sind nun im laufenden Betrieb.

Die Herausforderungen sind damit jedoch noch nicht bewältigt, natürlich nicht. Wenn Rekommunalisierung nützen soll, ist es erforderlich über neue Wege nachzudenken wie „Erfolg“ und wie die Qualität der Wasserdienstleistungen gemessen und bewertet werden können.

Die Überwindung der privaten Strukturen und der Denkweisen unter Privatisierung wird Jahre dauern, vielleicht sogar Jahrzehnte. Die Ideologien und Mechanismen des Neoliberalismus sind so tief in staatliche Organisationen eingedrungen, dass die Dienstleistungserbringung in öffentlicher Verantwortung viel mehr erfordert, als nur die Änderung der Eigentumsverhältnisse. Es werden auch bewusste Anstrengungen für neue Ansätze und Überlegungen, wie die Leistungen zu beurteilen sind, erforderlich sein.

Die allermeisten Leistungsindikatoren, die weltweit im Wassersektor verwendet werden, sind durch Vorstellungen von Finanzeffizienz getrieben. Diese Indikatoren wiederum werden verwendet, um Wasserbetriebe miteinander

zu vergleichen. Benchmarking - wie diese betrieblichen Vergleichsmethoden genannt werden - ist allgemein üblich geworden. Betrieben wird es in einer zunehmend einheitlichen Form der Leistungsbewertung, oft den Wasserbetrieben aufgedrückt, unabhängig von sozialen, politischen oder wirtschaftlichen Hintergründen.

Das heißt nicht, dass wir niemals Wasserversorgungssysteme und die Leistungsfähigkeit der Betreiber vergleichen und bewerten wollen. Davon sind wir weit entfernt. Wasserversorger können voneinander lernen. Und die Wasserkunden sollten so informiert werden, dass sie vor Ort eine bessere Versorgung verlangen können, indem sie wissen, was an anderer Stelle möglich ist.

Das Problem der aktuellen Benchmarking-Systeme ist ihr eingengter Blick auf die finanzielle Leistungsbewertung, die stark zentralisierte Art der Entscheidungsfindung und das Fehlen von Indikatoren, die speziell den „öffentlichen“ Charakter von Wasserbetrieben beinhalten.

Wenn Rekommunalisierung wirksam sein soll, werden neue Wege des Denkens über die Erfolgsbewertung erforderlich werden. Das könnte sich als der schwierigste Teil des Rekommunalisierungsprozesses herausstellen. Zwar gibt es keine allein richtige Art und Weise, im öffentlichen Sektor Wasserdienstleistungen zu messen, aber Alternativen zu den aktuellen Benchmarking-Systemen zu entwickeln, muss mit einer kritischen Überprüfung der Institutionen und Ideologien beginnen, von denen sie stammen.

Ziel dieses Kapitels ist es, kurz die Geschichte der Benchmarking-Systeme wiederzugeben, ihre Hauptprobleme zu markieren und für die Zukunft Alternativen aufzuzeigen.

Aktuelle Benchmark-Systeme

Leistungsbewertung durch Benchmarking im Wassersektor ist eine relativ neue, allerdings gut eingeführte Praxis.¹ Das International Benchmarking Network for Water and Sanitation Utilities war die erste große internationale Initiative - gegründet von der Weltbank im Jahr 1996 - gefolgt von der Etablierung von zwei Benchmarking Arbeitsgruppen innerhalb der International Water Association

(IWA) in den späten 1990ern.² Die Internationale Organisation für Normung (ISO) wiederum veröffentlichte ihr Rahmenwerk für Wasser- und Abwasserdienstleistungen im Jahr 2007 mit mehr als 260 Leistungsindikatoren.

Inzwischen gibt es Dutzende von nationalen Benchmarking-Vereinigungen im Wasserbereich und eine wachsende Zahl von regionalen Gruppen. Europäische Wasser-Betreiber waren in dieser Hinsicht besonders aktiv (z. B. die European Benchmarking Cooperation und Aquabench), aber es gibt nur wenige nationale - und so gut wie keine regionalen – Benchmarking-Verbände, die in Afrika, Asien oder Lateinamerika der Wasserversorgung gewidmet sind.³ Leistungsbewertung existiert durchaus in diesen Regionen, aber die Bewertungsmethoden sind weitgehend importiert von internationalen Finanzinstitutionen und Geldgebern (einige sagen auch aufgezwungen) wie die Weltbank und die US-Agentur für Internationale Entwicklung.⁴

Trotz dieser Vielfalt gibt es einen breiten Konsens innerhalb der Benchmarking-Gemeinde darüber warum Leistung verglichen werden soll: es wird als Mittel betrachtet, die Transparenz und Verantwortlichkeit bei den Wasserversorgungsbetreibern zu erhöhen; Möglichkeiten für die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Entscheidungsfindung zu schaffen; und dazu beizutragen, auf „Konsens basierende globale Lösungen“ für die Erbringung von Wasserdienstleistungen zu finden.

Ebenso gibt es auch eine breite Übereinkunft darüber, was gemessen wird. Obwohl jedes Benchmarking System seine eigenen einzigartigen Eigenschaften hat, beziehen sich die meisten mehr oder weniger ausgeprägt (wenn nicht sogar vollständig) auf die mehr als 260 etablierten Kennzahlen von ISO und IWA. Das System der European Benchmarking Cooperation, zum Beispiel ist „voll ausgerichtet“ am IWA-Protokoll und den Indikatoren, die „aus Gründen der Standardisierung“ als Ausgangsbasis für Leistungskriterien verwendet werden.⁵

Es würde diesen Text sprengen, hier die gesamte Liste aufzuführen. Zu nennen sind die Arten der angewandten Kriterien und beurteilten Maßnahmen wie: Anzahl der Beschäftigten in der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung pro 1.000 Anschlüsse; Länge der erneuerten Verteilungs- und

Entsorgungsnetze; Prozentsätze von nicht abgerechnetem Wasser; Zahl der Beschwerden wegen Unterbrechungen der Wasserversorgung; Stromverbrauch; Pro-Kopf-Verbrauch von Wasser; Anzahl der Schäden in den Netzen; Durchschnittszeit für die Fertigstellung von Reparaturen; und Preisunterschiede für unterschiedliche Verbrauchergruppen.

Die Erhebung dieser Daten ist die eine Seite. Die vielen Informationen für Benchmarking zusammen zu tragen, kann durchaus Manager und Mitarbeiter vor Ort überfordern. Selbst die am besten ausgebildeten und am besten ausgestatteten Wasser-Betreiber weltweit klagen darüber, wie belastend das ist.

Aber noch schwieriger ist die Frage, wie diese Daten zu analysieren und zu vergleichen sind, sobald sie einmal gesammelt wurden. So gibt es Debatten auf hohem fachlichem Niveau über die verwendeten statistischen Methoden, die es für einige Gemeinden fast unmöglich machen, den vollen Benchmarking-Prozess durchzuführen, und mit Ergebnissen, die für Durchschnittsbürger weitgehend undurchschaubar sind, selbst wenn das Verfahren abgeschlossen ist.⁶ Die weitere Auslagerung von einigen Wasserdienstleistungen kann es erschweren, die Kosten nachzuvollziehen, während sich das unterschiedliche Alter der Infrastruktur (und die Unsicherheit in Bezug auf ihren Zustand) auf statistische Auswertungen stark auswirken kann. Mit anderen Worten, es mag weitgehende Übereinstimmungen darüber geben, welche Art von Leistungsdaten erhoben werden und warum, aber es gibt erhebliche Unterschiede in Bezug auf die Auswertung, was zu unterschiedlichen Ergebnissen, Interpretationen und Auslegungen führt.

Ein weiteres Problem ist, dass bei der Leistungsmessung andererseits komplexe Probleme zu sehr vereinfacht werden.⁷ Zum Beispiel, lenken Kennzahlen für die Instandhaltung und Erneuerung der Infrastruktur den Blick auf technische und wirtschaftliche Fragen, während tiefer gehende politische oder steuernde Fragen ausgeblendet werden wie gleicher Zugang und Nachhaltigkeit und Umwelt. Interne Entscheidungen können durch diese verengte Sicht auf *Quantität (Ausgaben)* jedoch in Bezug auf die *Qualität (Leistungen)* verzerrt werden. Letzten Endes wird gerade dadurch Benchmarking weniger ein Mittel zur Verbesserung der Wasserversorgung.

Kritik an Benchmarking

Für die Befürworter des Benchmarking wird keine dieser vorhergehend genannten Herausforderungen als entscheidender Maßstab für die Bewertung der Unternehmen gehalten, sie haben die Grundprinzipien auch nicht hinterfragt. Dennoch hält die Begeisterung für Leistungsbewertungen und die verwendeten Kriterien an.

Dabei gibt es durchaus mehrfache grundsätzliche Kritik an dem Prozess. Einige dieser Bedenken sind, dass die Benchmarking Praktiken undemokratisch sind, sie von „Experten“ angewandt werden mit geringen Anstrengungen, die Bürger oder Beschäftigten in den Bewertungsprozess einzubeziehen. Statt die Transparenz zu steigern, werden Benchmarking-Systeme in der Regel hinter verschlossenen Türen durchgeführt und sie können von den Managern und Politikern manipuliert werden, die bestimmte „Wahrheiten“ erzeugen wollen, selbst wenn sie in dieser Form vollständig an der Realität an der Basis vorbeigehen. Dadurch werden möglicherweise sogar ungerechte Formen der Versorgung noch verstärkt und es erzeugt bei den Menschen das Bild, das sie derzeit von der Planung der Wassernutzung und von den Investitionen wahrnehmen.⁸ So gesehen wird Benchmarking zum Einfallstor eines von oben erzeugten sogenannten „Konsenses“, der oft mit marktbasierten Konzepten von Erfolg und Fortschritt regelrecht zelebriert wird, während alternative Formen der Wasserbewirtschaftung und der Wertschätzung in den Hintergrund gedrängt werden.⁹

Eine zweite Kritik ist, dass mit Benchmarking eine Kommerzialisierung im Wassersektor gefördert wird, indem private Betreiber bei der Festlegung der Regeln einen Wettbewerbsvorteil erhalten. Kritiker argumentieren, dass Benchmarking-Organisationen mit großen multinationalen Konzernen eng verbunden sind, die nur in ihrem eigenen Interesse „internationale Standards“ für ein breites Spektrum festlegen, von der ökologischen Nachhaltigkeit bis zur Unternehmensführung.¹⁰ So ist die ISO unter Beschuss geraten. Und die Kritiker argumentieren, dass ein Großteil der dortigen Ausschussarbeit von einer Handvoll von Ländern im Norden und von großen multinationalen Unternehmen dominiert wird, so dass sie immer mehr zu einem „Regime Privater Unternehmen“ wird.¹¹

In einer Notiz werden die aktuellen Benchmarking-Systeme auch dahingehend kritisiert, ein auf Kommerz ausgerichtetes Geschäftsverhalten von Wasserversorgungsunternehmen zu fördern – ja sogar zu erzwingen. Wenn als Möglichkeit herausgehoben wird, damit den Druck des Marktes simulieren zu können und Wasser Benchmarking die Betreiber „stark anreizt, effizient und innovativ zu sein, und die Betriebskosten und Aufwendungen zu senken“ ebnet dies den Weg für marktorientierte Wassermanager.¹² Benchmarking kann sogar den Boden für Privatisierung bereiten, indem öffentliche Wasserversorger dazu gezwungen werden ihre finanzielle Situation preiszugeben. Damit erhalten die Private Daten, um sich „diejenigen (Betriebe) mit Gewinnpotenzial herauszupicken“¹³ und „tragfähige Märkte zu identifizieren“¹⁴ für die Übernahme.

Eine dritte grundsätzliche Kritik an den derzeitigen Benchmarking-Systemen ist, dass die universell verwendeten Leistungskriterien Wasser und die Menschen, die es gebrauchen, homogenisieren, aber damit die kulturellen und politischen Unterschiede ignorieren und dem Rest der Welt eurozentristische Standards aufzwingen. Im Kontrast dazu argumentiert die Kritik, dass es keine konstanten universellen Wahrheiten gibt: „Das Gemeinwohl kann niemals *a priori* (...) als statisches Maß für die Qualität der Verwaltung angesehen werden“¹⁵ was beinhaltet, dass universelle Standards für die Leistungsmessung praktisch und philosophisch unmöglich sind – in der Tat eine radikale Kritik. Letzten Endes zeigen diese Bedenken, dass wir „wachsam bleiben müssen gegenüber der Versuchung, „Wissenschaft“ als eindeutig anzuwenden und mit der ihr innewohnenden Objektivierung der Komplexität des Wassers zu begegnen.“¹⁶

Ein alternatives Messsystem?

Wo bleiben wir nun beim Blick auf die Leistungsbewertung von rekommunalisierten Wasserversorgungsunternehmen? Sollte Benchmarking im Ganzen als eine von Oben aufgezwungene, kommerzielle und homogenisierte Kraft abgelehnt werden? Auf einer bestimmten Ebene, ja. Mainstream Benchmarking-Systeme sind so tief in der Marktideologie verhaftet und von Natur aus so technokratisch, dass sie schwer mit den Zielen der Allgemeinheit wie transparente und gerechte Wassernutzung, in Einklang zu bringen sind.

Aber ich bin ebenso überzeugt, dass wir die Bemühungen, den Erfolg (oder Misserfolg) der Wasserdienstleistungen zu messen, nicht aufgeben sollten. Auch sind nicht alle Benchmarking-Systeme - oder die Menschen, die sie anwenden - von Natur aus neoliberal. Das Verfolgen und Verstehen von Wasserverlusten zum Beispiel, kann unterschiedlichen Zielen und Merkmalen dienen.

Und wie wollen wir ohne ein gemeinsames Verständnis über einige Leistungskriterien die globalen Forderungen nach verbessertem Zugang zu Wasser, für Erschwinglichkeit oder Gesundheits- und Arbeitssicherheit für die Beschäftigten durchsetzen? Wie können wir gemeinsam Erfahrungen austauschen über „gute“ (im Gegensatz zu „bester“) Praxis und diese nutzen, um die Gerechtigkeit bei den Wasserdienstleistungen anderswo zu steigern? Und vor allem ist zu bedenken, wenn wir alle zusammen Benchmarking ablehnen, überlassen wir einfach dieses mächtige Werkzeug in den Händen derer, die (absichtlich oder nicht) Leistungsindikatoren verwenden, um Wasser und Dienstleistungen zu vermarkten oder auch dabei die Ungerechtigkeiten übersehen?

Mein dringender, aber bescheidener, Vorschlag ist daher: am Aufbau alternativer Methoden der Leistungsbewertung zu arbeiten und Berichte über fortschrittliche Neuordnungen zu erstellen. Ein alternatives Modell könnte gleichwohl standardisierte Messprinzipien und Kriterien anbieten - ohne die es unmöglich ist, einen sinnvollen Dialog über die Rechtssysteme hinweg zu führen – wäre aber in seiner Förderung lokaler Interpretationen und Priorisierungen, die nicht in der Logik der Marktwirtschaft gefangen sind, viel geschmeidiger als aktuelle Benchmarking-Systeme.

Ich möchte auch ein alternatives Modell befürworten, in dem einige bestehende Mainstream-Leistungs-Indikatoren, wie die Messung der Wasserqualität, Reaktionszeiten für Reparaturen und die Zahl der Mitarbeiter auf 1.000 Anschlüsse übernommen werden. Solche Indikatoren sind nicht nur wichtig, in ihrer eigenen Logik, sie bieten auch strategische Ansätze für die Einführung von neuen und anderen Messsystemen, die tiefer gehende Fragen beinhalten zur Wasserqualität, über Einkommensgruppen, über die Auswirkungen von Zahlungsunfähigkeit auf die Höhe nicht abgerechneter Wasserlieferungen oder die Anteile der Geschlechter in der Zusammensetzung der Belegschaft, um nur einige der Arten von Messdaten zu nennen, die verwendet werden könnten.

Diese alternativen Indikatoren bauen auf der Arbeit auf, die in der Praxis bereits begonnen wurde, wie die „Leistungsgrundsätze“ von mehr als zwei Dutzend öffentlichen Wasserversorgungsunternehmen in Brasilien, die beinhalten Universalität, Gleichheit, soziale Teilhabe und Zugangsmöglichkeiten.¹⁷ Das Municipal Services Projekt ist auf diese Indikatoren in Form von „normativen Kriterien“ für die Leistung erweitert worden, die für die Untersuchung einer Vielzahl von öffentlichen Dienstleistungen rund um die Welt verwendet wurden.¹⁸ Qualitative Faktoren wie öffentlicher Ethos und Solidarität im öffentlichen Bereich wurden ebenfalls einbezogen.

Dieser alternative Rahmen ist bis jetzt ziemlich abstrakt, trotzdem sind diese Faktoren Anhaltspunkte auf einem hohem Niveau für die vergleichende Forschung über öffentliche Dienstleistungen, im Gegensatz zu branchenspezifischen Indikatoren mit klaren quantitativen Messungen. In dieser Hinsicht bleibt noch viel Arbeit bei der Übertragung dieser Grundprinzipien in konkrete alltagstaugliche Analysemöglichkeiten, bei denen die Fragen von Gerechtigkeit und des öffentlichen Zugangs wissenschaftlich im Vordergrund stehen sollten.

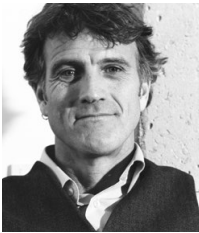
Es kann auch sinnvoll sein, eine viel geringere Anzahl von Indikatoren zu nutzen, als die derzeitigen Benchmarking-Systeme verwenden. Wie oben erwähnt, sind die mehr als 260 Kriterien, die die Mainstream-Benchmarking-Systeme abbilden, für viele Wasserversorger schwierig (wenn nicht sogar unmöglich) anzuwenden, allein schon durch ihren Umfang unübersichtlich und die Analyse ist für die Durchschnittsbürger schwer verständlich. Die Herausforderung besteht darin, ein Gleichgewicht zwischen der komplexen Wirklichkeit der Wassersysteme und der Notwendigkeit einer Vereinfachung, die hilft sich auf das „Interesse der Menschen“ zu konzentrieren, zu finden.¹⁹ Es kann auch nützlich sein, nach Wegen der Visualisierung für Benchmarking zu suchen, wie etwa die „Spinnendiagramme“, die Städte für die Blaupausen von Wasser verwenden, um ihr Benchmarking-System²⁰ bildlich verständlich zu machen, aber auch andere visualisierende Darstellungen können hilfreich sein.

Nichts davon wird einfach sein. Die Entscheidung über die Gesamtzahl der Leistungsindikatoren und wie diese Kennzahlen zu vergleichen und zu priorisieren sind, ist tatsächlich herausfordernd. Es wird auch schwierig sein, Manager

und Politiker für ein alternatives Benchmarking-Modell zu gewinnen, wenn sie die Probleme der gegenwärtigen Systeme nicht sehen (oder sehen wollen), ganz zu schweigen von der Zeit und den Ressourcen, die für die Analysen und den organisatorischen Aufwand der Veränderung benötigt werden.

Und doch könnte das Timing nicht besser sein. Mit mehr als 180 Wasserbetrieben, die in den letzten 15 Jahren rekommunalisiert wurden, und mit Dutzenden (wenn nicht sogar Hunderten), die in den nächsten zehn Jahren²¹ nach Möglichkeiten der Rekommunalisierung suchen. Denn der politische Wille, darüber nachzudenken, was es bedeutet „öffentlich“ zu sein, ist stärker als eh und je. Diese kürzlich rekommunalisierten Betriebe erkennen sehr wohl die Notwendigkeit, über Änderungen der Art und Weise nachzudenken wie wir die Leistungsbewertung vornehmen, und sie haben den operativen Auftrag, das zu versuchen und es möglich zu machen. Dieser Trend bietet eine außergewöhnliche Gelegenheit, gemeinsam alternative Kennzahlen für die Zukunft zu entwickeln.

Glückwünsche sind angebracht, aber der langfristige Kampf hat wirklich gerade erst begonnen.



David A. McDonald ist Professor für Forschung der Globalen Entwicklung an der Queen's Universität in Kanada und Co-Direktor des Municipal Services Project.

Notes

- 1 Pidd, M. 2012. *Measuring the performance of public services: Principles and practice*. Cambridge: Cambridge University Press.
- 2 Cabrera, E., Dane, P., Haskins, S. and Theuretzbacher-Fritz, H. 2011. *Benchmarking water services: Guiding water utilities to excellence*. London: IWA Publishing.
- 3 Berg, S. 2013. *Best practices in regulating state-owned and municipal water utilities*. Economic Commission for Latin America and the Caribbean, May. United Nations: Santiago; Berg, S. and Corton, M. L. 2007. Water utility benchmarking for managerial and policy decisions: Lessons from developing countries. In *International Water Association Conference on Performance Assessment of Urban Infrastructure Services*.
- 4 See: Water and Sanitation Programme. 2010. *The state of african utilities: Performance assessment and benchmarking report*. Washington DC.: Water and Sanitation Programme. <http://african-utilities-benchmarking.appspot.com/> (accessed 10 August 2014).
- 5 European Benchmarking Cooperation. 2014. Methodology Part II: Reference guide. Version 5.1, 27 May. Mimeo, S.5.
- 6 Abbott, M. and Cohen, B. 2009. Productivity and efficiency in the water industry. *Utilities Policy* 17(3–4): 233–44; Parsons, L.J. 2002. Using stochastic frontier analysis for performance measurement and benchmarking. In T.B. Fomy, R. Carter Hill, I. Jliazkov, J.C. Escanciano and E. Hillebrand (series eds.). *Book series: Advances in Econometrics* (Vol. 16), p. 317–350. Bingley, UK: Emerald Group Publishing Limited.
- 7 Bogetoft, P. 2013. *Performance benchmarking: Measuring and managing performance*. New York: Springer.
- 8 Boelens, R. And Vos, J. 2012. The danger of naturalizing water policy concepts: Water productivity and efficiency discourses from field irrigation to virtual water trade. *Agricultural Water Management*, 108: 16–26, S. 18.
- 9 Bowerman, M. and Francis, G. 2001. Benchmarking as a tool for modernization of local government. *Financial Accountability and Management* 17 (4): 321–29.
- 10 Nadvi, K. And Waltring, F. 2004. Making sense of global standards. In H. Schmitz (ed), *Local enterprises in the global economy: Issues of governance and upgrading*, p. 53–95, Cheltenham: Edward Elgar Publishing; Prakash, A. and Potoski, M. 2006. Racing the bottom? Trade, environmental governance, and ISO 14001. *American Journal of Political Science*, 50 (2): 350–364.
- 11 Haufler, V. 2000. *Negotiating international standards for environmental management systems: The ISO 14000 standards*. New York: UN Vision Project on Global Public Policy Networks, S. 6.
- 12 Marques, R. C. and Simões, P. T. F. 2010. *Regulation of water and wastewater services: An international comparison*. London: IWA Publishing, S. 15.
- 13 See IBNET's website: http://www.ib-net.org/en/texts.php?folder_id=78

- 14 Van den Berg, C. and Danilenko, A. 2011. *The IBNET water supply and sanitation performance blue book: The International Benchmarking Network of Water and Sanitation Utilities Databook*. Washington, DC: World Bank Publications, S. 4.
- 15 Dahl, A. and Soss, J. 2012. Neoliberalism for the common good? Public value governanc and the downsizing of democracy. Background Paper, June. Minneapolis: Centre for Integrative Leadership, S. 31.
- 16 Zwartveen, M. Z. and Boelens, R. 2014. Defining, researching and struggling for water justice: Some conceptual building blocks for research and action. *Water International*, 39 (2): 143-158, S. 151-2.
- 17 ASSAMAE. 2007. *Successful experiences in municipal public water and sanitation services from Brazil*. Amasterdam: Transnational Institute.
- 18 McDonald, D. A. 2014. *Rethinking corporatization and public services in the Global South*. London: Zed Books; McDonald, D. A. and Ruiters, G. 2012. *Alternatives to privatization: Public options for essential services in the global South*. New York: Routledge.
- 19 Pidd 2012, a. a. o., S. 75-6.
- 20 Van Leeuwen, C. J., Frijns, J., van Wezel, A. and van de Ven, F. H. 2012. City blueprints: 24 indicators to assess the sustainability of the urban water cycle. *Water resources management*, 26 (8): 2177-2197, S. 2180.
- 21 Lobina, E., Kisimoto, S. and Petijean, O. 2014. *Here to stay: Remunicipalisation as a global trend*. Amsterdam: PSIRU , TNI ans Multinationals Observatory.
<http://www.tni.org/sites/www.tni.org/files/download/heretostay-en.pdf>

Kapitel 8

Handelsabkommen und der Anlegerschutz: Eine Gefahr für die Wasser-Rekommunalisierung

Satoko Kishimoto

Investor-Staat-Streitschlichtungsfälle (ISDS) entwickeln sich zu einer großen Gefahr für die öffentliche Wasserwirtschaft, vor allem für Rekommunalisierung, also für Kommunen, die nach einer gescheiterten Privatisierung, Wasser in die öffentliche Hand zurücknehmen wollen. ISDS ist in zahlreichen bilateralen Investitionsschutzabkommen enthalten und wird von den Wassermultis genutzt, exorbitant hohe Summen öffentlicher Gelder für gekündigte Betriebsführungsverträge als Entschädigung einzufordern. Allein die Androhung eines ISDS-Verfahrens vor einem internationalen undurchsichtigen, von der Privatwirtschaft dominierten, Schiedsgericht, kann ausreichen, eine Lokalverwaltung dazu zu bringen, die Wasserversorgung durch Private beizubehalten, trotz schlechter Leistung der privaten Vertragspartner.

Mit neuen Handels- und Investitionsabkommen, wie der Transatlantischen Handels- und Investment Partnerschaft (TTIP) und der Trans-Pacific Partnerschaft (TPP) ist davon auszugehen, dass ISDS weiter zunimmt und die Machtverhältnisse zugunsten privater Firmen verschoben werden, und die öffentlichen Verwaltungen mit begrenzten Möglichkeiten der Kontrolle über die wesentlichen Dienste zurücklässt. Nicht weniger besorgniserregend ist das internationale Handelsabkommen über Dienstleistungen (TISA), das die Liberalisierung und Privatisierung von Wasser unumkehrbar machen könnte.

Rekommunalisierung: Ein globaler Trend

Rekommunalisierung im Wassersektor und bei anderen sozialen Diensten ist ein wichtiger Trend, weil er zeigt, dass Entscheidungen in der Vergangenheit zu privatisieren, reversibel sind. Bis März 2015 haben mehr als 235 Städte und Gemeinden in 37 Ländern in den letzten 15 Jahren die Kontrolle über ihre Wasserdienstleistungen zurückgeholt und diese Zahl wächst¹.

Was ist ISDS?

ISDS gibt ausländischen Investoren die Möglichkeit, Staaten vor privaten internationalen Schiedsstellen auf Schadenersatz wegen Gesundheits-, Umwelt-, Finanz- und anderer Politik zu verklagen, weil sie angeblich ihre Unternehmensrechte untergraben haben. Schlichtungsmechanismen sind allgemein beim Internationalen Zentrum der Weltbank für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) oder bei anderen Gerichten, wie beispielsweise bei der Internationalen Handelskammer als Wertungsrichter zu finden. Investor-Staat-Klagen werden von privaten Schiedsrichtern, die von den Konfliktparteien ausgewählt werden, nicht durch unabhängige Richter, entschieden. Dabei ist eine Schieflage in den Schiedsverfahren zu Gunsten der Investoren festzustellen: 42% der Fälle² wurden für den Staat im Vergleich zu 31% für die Anleger entschieden. Weitere 27% der Fälle wurden ohne eine Regelung abgewickelt (oft mündend in hohen Zahlungen der Regierungen).³ Dieser ausgeweitete Anlegerschutzmechanismus ist weltweit in mehr als 3.000 bestehenden internationalen und bilateralen Investitionsabkommen zu finden.

Die Gründe, die Wasserdienstleistungen zu rekommunalisieren sind weltweit ähnlich. Verschlechterung der Dienste, zu wenige Investitionen, Streitigkeiten über die Betriebskosten und Preiserhöhungen, steigende Wasserrechnungen, Schwierigkeiten bei der Kontrolle der privaten Betreiber und fehlende finanzielle Transparenz. Im Allgemeinen entscheiden Kommunen zur öffentlichen

Verwaltung zurückzukehren, wenn sie herausfinden, dass die Verträge mit Privaten sozial und finanziell untragbar sind. Für die Bürger ist es wichtig wie die wesentlichen Dienstleistungen am besten zur Verfügung zu stellen sind und die Volksvertreter müssen eine vernünftige Auswahl, basierend auf den Bedürfnissen der Bürger, treffen. Fast alle Fälle von Rekommunalisierung traten ein, als die Gemeinderäte neu gewählt waren, und die mutige Entscheidung trafen, die Privatisierung rückgängig zu machen. In einigen Fällen gab es Bürgerinitiativen, die damit sie durch ihre lokalen Regierungen gehört wurden, beispielsweise ein Referendum durchsetzten.⁴ Wenn die Betriebsführung nicht den Erwartungen entspricht, können die politischen Entscheidungsträger einen Dienstleistungsvertrag rückabwickeln, gestützt auf die pragmatischen Überlegungen wie die Bedürfnisse der Bürger am besten in einer kosteneffizienten Weise befriedigt werden können. Die Möglichkeit, auf neue Informationen über die Dienstleistungserbringung oder veränderte öffentliche Meinungen zu reagieren, ist ein wesentlicher Bestandteil der Demokratie.

Dieses Kapitel untersucht Rekommunalisierungsfälle, in denen die nationalen und lokalen Regierungen von multinationalen Wasserunternehmen mit traditionellen Prozessstrategien vor nationalen Gerichten verklagt wurden und die immer häufiger in bilateralen Investitionsabkommen (BITs) enthaltenen allgemeinen Klauseln zum Investorenschutz und wie diese deren Politikoptionen beeinflusst haben. Das Kapitel erklärt auch, warum Handels- und Investitionsabkommen wie TTIP, TPP und TISA den Rekommunalisierungstrend untergraben können, wenn sie unterzeichnet werden.

Unternehmen sind gut gegen Rekommunalisierung abgesichert

In den letzten 15 Jahren haben viele der Kommunen rund um die Welt, die private Verträge beendet haben, harte finanzielle Konsequenzen hinnehmen müssen. Beendigungsgebühren oder Entschädigungen an private Wasserversorgungsunternehmen sind an der Tagesordnung. Multinationale Unternehmen sind in der Regel gut für den Fall der Kündigung durch nationale Handelsgesetze geschützt, damit Gewinne ausgeglichen werden können,

die bis zum Ende der Vertragslaufzeit erwartet wurden. Im Wasserprivatisierungsvertrag in Jakarta (in diesem Buch analysiert) ist beispielsweise definiert, dass im Falle einer Kündigung entweder durch die Gemeinde oder durch das Privatunternehmen, auch bei Konkurs, die Gemeinde eine beträchtliche Entschädigung an das private Unternehmen zu zahlen hat.

Ein weiteres bemerkenswertes Beispiel ist Castres, eine Stadt in Südfrankreich, die den Vertrag mit Suez im Jahr 2004 nach einem siebenjährigen Kampf, initiiert von einer kleinen Gruppe engagierter Bürger, beendet hat. Im Jahr 1997 hatten Bürger ein Gerichtsverfahren angestrengt und das regionale Verwaltungsgericht Toulouse hatte entschieden, dass der Wasserpreis zu hoch war; darüber hinaus wurde der Vertrag selbst als illegal beschieden, weil der ehemalige Bürgermeister ohne Befassung des Stadtrats unterzeichnet hatte, was jedoch gesetzlich vorgeschrieben ist. Dennoch ging das Unternehmen gegen die darauf erfolgte einseitige Kündigung in 2003 wieder vor Gericht und forderte die Erstattung der Investitionen (66 Mio. €) und Schäden (58,8 Mio. €). Das Gericht entschied, dass die Stadt € 30 Millionen an Suez zahlen musste, um die Investitionen auszugleichen.⁵

Wir beobachten wie die privaten Wasserversorgungsunternehmen eine stärkere Stellung in ähnlichen Rechtsstreitigkeiten auch anderswo haben. Bei den festgesetzten Entschädigungen für Investitionen werden die Gewinne aus dem Privatvertrag, die in der schon abgelaufenen Vertragslaufzeit erzielt wurden, tendenziell übersehen. Und in den Handelsgesetzen wird für die Überprüfung solcher Verträge auch die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen außer Acht gelassen.

Doch sind oft schwere Verletzungen der Dienstleistungsstandards durch die Privatunternehmen der entscheidende Grund für die Rekommunalisierung. Viele Fälle, von Buenos Aires bis zu Jakarta zeigen, dass Streitigkeiten und Konflikte über die Verletzungen der vertraglichen Verpflichtungen zwischen den Vertragsparteien enorme Zeit und Ressourcen für deren Überprüfung bei den Aufsichtsbehörden beanspruchen.⁶

Kommunen sind noch härteren Bedingungen ausgesetzt, wenn Investitionsschutzregelungen durch BITs gestärkt werden. Mit anderen Worten, private

Unternehmen können diese als zusätzliches Mittel nutzen, ihre Gewinne zu maximieren, wenn sie einen Vertrag verlieren.

ISDS als wachsende Gefahr für die öffentliche Wasserwirtschaft

In den 1990er Jahren privatisierte Argentinien den größten Teil seiner Versorgungsunternehmen als Teil der neoliberalen Regierungspolitik. Im gleichen Zeitraum schloss Argentinien 50 BITs ab, deren Anlegerschutzmechanismen eine unrühmliche Rolle in späteren Renationalisierungsfällen entfalteten. In der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung wurden 18 Konzessionsverträge unterzeichnet. Von denen wurden zwischen 1997 und 2008 neun gekündigt.⁷ Tarife, Servicequalität und Investitionen waren in allen Fällen Kernpunkte und Konfliktquellen zwischen den Unternehmen und den zuständigen Behörden. Sechs Fälle wurden vor das ICSID gebracht. Argentinien ist das Land, das weltweit am meisten im Rahmen internationaler Investitionsabkommen (von 55 bekannten Fällen) verklagt wurde. In einem größeren Zusammenhang besehen; zwei Drittel dieser Fälle sind Maßnahmen zur Wiedererlangung der nationalen Handlungsfähigkeit von Argentinien nach der Wirtschaftskrise 2001-2002. Die Regierung hat im Jahr 2002 ein Notstandsgesetz erlassen, um die Dollar-Peso-Parität im Wechselkurs aufzugeben und die Währung abgewertet, um der Wirtschaft in der Krise zu helfen, sich zu erholen. Argentinien geriet auch bei seinen Schulden in Verzug und fror die Tarife für öffentliche Dienstleistungen ein, um sie für die Bewohner erschwinglich zu halten.

Zum Beispiel hat die französische SAUR International gegen Argentinien in 2004 eine Klage wegen einer Wasser- und Abwasser Konzession in der Provinz Mendoza eingereicht und behauptet, dass sie entschädigungslos enteignet worden sei. SAUR beanstandete eine Verletzung der Regel der *fairen und gerechten Behandlung* nach dem bilateralen Investitionsabkommen zwischen Argentinien und Frankreich. Das ICSID Tribunal hat im Juni 2012 erklärt, dass Argentinien für Ansprüche von SAUR haften muss.⁸

Als ein weiteres Beispiel - die Provinz Buenos Aires hat im Jahr 1999 einen Konzessionsvertrag mit Azurix, einer Tochtergesellschaft der

US-amerikanischen Enron für 30 Jahre abgeschlossen, und sah sich schnell mit Widerstand gegen Tarifierhöhungen, der Wasserqualität und Verzögerungen bei Infrastrukturinvestitionen konfrontiert. Während des sich anschließenden Verhandlungsprozesses beendete Azurix den Konzessionsvertrag ohne die Verpflichtungen zu erfüllen aufgrund der Insolvenz der Muttergesellschaft Enron. Trotzdem hat Azurix noch eine Beschwerde bei ICSID gegen die argentinische Regierung und die Provinz Buenos Aires eingereicht, in der sie behaupteten, die Behörden hätten absichtlich die Genehmigung der Wasser-tarifierhöhung verzögert und damit den argentinisch-amerikanischen Vertrag verletzt. ICSID entschied im Jahr 2006, dass die argentinische Regierung \$ 165 Mio. US \$ an Azurix bezahlen sollte und auch die Kosten des ICSID-Verfahrens zu decken habe.⁹

In dieser Zeit beendete die Provinz Santa Fe nach einer breiten öffentlichen Bürgerkampagne im Jahr 2005 den Vertrag mit Aguas Provinciales de Santa Fe, deren Mehrheitsgesellschafter Suez (Frankreich) und Agbar (Spanien) waren, wegen großer Unzufriedenheit mit den Dienstleistungen. Trotz dieses Hintergrundes hat Aguas Provinciales de Santa Fe eine Beschwerde bei ICSID eingereicht und forderte 243 Mio. US \$ vom argentinischen Staat, indem die Behörde beschuldigt wurde, nach der Abschaffung der Dollar-Peso-Parität im Jahr 2002, darin versagt zu haben, die Tarife zu erhöhen, und damit die Geschäftsbedingungen geändert hätte. Das Unternehmen erklärte, das Vorgehen der Regierung habe die Konzession unterlaufen und berief sich auf Enteignung, weil die Klauseln für faire und gerechte Behandlung der Argentinien-Frankreich und der Argentinien-Spanien BITs verletzt worden seien. ICSID akzeptierte seine Zuständigkeit in 2006.¹⁰ Aguas Argentinas SA, das von Suez-geführte Wasserversorgungsunternehmen, das in der Stadt Buenos Aires tätig war, brachte eine fast identische Beschwerde¹¹ bei ICSID ein, als die Verwaltung den Vertrag im Jahr 2006 beendete.

Die Nutzung von ISDS in BITs und Entschädigung zu verlangen hat in den letzten Jahren zugenommen. Mexiko hat zum Beispiel allein in 2013 die Ankündigung von vier Anleger-Streitigkeiten erhalten.¹² Darunter war das französische Wasseraufbereitungsunternehmen Degrémont, das bei ICSID nach dem Frankreich-Mexiko BIT gegen Mexiko einen potenziellen ISDS

Anspruch angemeldet hat. Der Rechtsstreit betrifft Investitionen in die lokale Gesellschaft Tapsa, die vier Wasseraufbereitungsanlagen von 1999 an in der Stadt Puebla betrieben hat, bis der Vertrag von der Stadtverwaltung im Jahr 2012 mit der Begründung gekündigt worden war, dass die Wasserqualität unter die offiziellen Standards gefallen sei. Degrémont erklärte, dass die Kündigung und die anschließende Übernahme der Betriebe durch städtische Angestellte zu einer indirekten Enteignung geführt habe, die willkürlich betrieben worden sei. Die von Degrémont verlangte Entschädigung ist noch nicht bekannt.

In der Tat kann sogar ein Staat wegen bloßer Meinungsverschiedenheiten über Tarifierhöhungen beklagt werden, ohne dass eine Rekommunalisierung überhaupt in Erwägung gezogen wird. Das estnische Unternehmen Tallinna Vesi und sein Besitzer United Utilities Tallinn brachten eine Forderung gegenüber der nationalen Regierung im Rahmen eines BIT im Oktober 2014 ein. United Utilities ist ein britisches Unternehmen, das in den Niederlanden registriert ist, und Tallinna Vesi und United Utilities Tallinn ermöglichen, die Estland-Netherlands BIT zu verwenden. Das Unternehmen behauptet, dass Estland die Standards zur fairen und gerechten Behandlung des BIT wegen der Ablehnung des Antrags auf Tarifierhöhungen von Tallinna Vesi auf der Grundlage eines neuen Gesetzes im Jahr 2010 verletzt habe. Das Gesetz gibt der estnischen Wettbewerbsbehörde die Macht bei den Versorgungsunternehmen die Gewinne zu begrenzen, in dem sie bestimmt, wann sie ein „vernünftiges“ Niveau haben. Die Unternehmen behaupten, Schäden über 90 Mio. € durch die voraussichtlichen Verluste während der Laufzeit des Vertrags bis 2020 zu erleiden.¹³

Abschreckende Wirkung für die Politik

Die Gefahr einer Klage hält Regierungen oft davon ab, Gesetze zu verabschieden oder eine neue Politik im öffentlichen Interesse zu übernehmen. Der Fall der bulgarischen Hauptstadt Sofia ist dafür ein gutes Beispiel. Die Bewohner von Sofia haben unter illegalen Wasserpreiserhöhungen und geringen Investitionen gelitten, seit die Stadt im Jahr 2000 einen Privatisierungsvertrag mit Sofiyska Voda unterzeichnet hatte, deren Hauptaktionär

Veolia ist. Zusätzliche Vertragsbestandteile wurden heimlich im Jahr 2008 aufgenommen, und eine dieser Klauseln ermöglicht es dem Unternehmen, Bulgarien vor dem Wiener Internationalen Schiedsgericht in Anspruch zu nehmen. Im Jahr 2011 hängte die Stadt 1.000 Haushalte von der Wasserversorgung ab und belangte 5.000 weitere wegen der Nichtzahlung von Wasserrechnungen aufgrund einer Forderung des privatisierten Betriebes. Da diese Maßnahmen das Menschenrecht auf Wasser verletzen würden, erklärte die Kommunalverwaltung, ihre Hände seien wegen der Drohung des privaten Konzessionärs gebunden, die Behörden für die unbezahlten Rechnungen zu verklagen. Bürger und einige Volksvertreter sammelten genügend Unterschriften, um eine Volksabstimmung über die Rekommunalisierung der Wasserversorgung durchzuführen, aber der Stadt war es nicht möglich eine solche Volksabstimmung zuzulassen, weil das private Unternehmen auch eine Klage dagegen einzureichen würde.¹⁴

Diese Auswirkungen sind an vielen Stellen zu beobachten. Montbéliard in Frankreich beschloss im Jahr 2010 die Wasserversorgung zu rekommunalisieren, die seit 1992 von Veolia betrieben wurde. Diese Entscheidung war von einem Votum des Stadtrates im Jahr 2013 bestätigt worden und sollte im Jahr 2015 wirksam werden (sieben Jahre vor dem Ende des Konzessionsvertrags). Aber Veolia brachte diese Entscheidung vor ein nationales Gericht und verlangte einen Prozess, um von der Stadt eine Entschädigung von € 95 Mio. wegen Vertragsbruch zu erhalten.¹⁵ In 2014 gab die Stadt wegen dieser Bedrohung auf und revidierte die Entscheidung zur Rekommunalisierung.

Diese Fälle zeigen, dass private Unternehmen ihre Macht wirksam ausüben und dies bis zur Verzerrung der Politik führen kann. Auf der ganzen Welt gibt es Anzeichen dafür, dass die Anleger erfolgreich neue Richtlinien und Vorschriften verhindern, die die öffentliche Gesundheit und die Umwelt schützen sollen. Wenn bisher allein schon die Drohung mit einem Rechtsstreit eine wirksame Abschreckung war, sind dies ISDS-Streitigkeiten erst recht, weil sie die Kosten einer politischen Entscheidung noch viel mehr erhöhen bzw. zu unerschwinglichen Kompensationen führen können.¹⁶ Es ist nicht schwer, sich vorzustellen, dass Wassermultis dieses machtvolle Werkzeug gegen Staaten und Kommunen im Falle von Rekommunalisierung einsetzen werden.

Rekommunalisierung ist nicht einfach. Es erfordert zusätzlich zu den rechtlichen eine Reihe technischer Hürden, die vorne diskutiert wurden, zu überwinden. Die Behörden müssen oft entweder Anteile oder Aktien zurückkaufen oder erhebliche Entschädigungssummen zahlen.¹⁷ Die aktuellen globalen Rahmenbedingungen für Investitionen, gekennzeichnet durch die Zunahme von ISDS, machen Rekommunalisierung sicherlich schwieriger. Die Wahl, wie existenziell notwendige Dienstleistungen wie etwa Wasser zur Verfügung gestellt werden, sollte auf demokratischen Entscheidungen beruhen und nicht von den Interessen ausländischer Investoren geleitet werden.

TTIP

Die Transatlantische Handels und Investitions Partnerschaft (TTIP) ist der Vorschlag für ein Handels- und Investitionsabkommen, das zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union seit dem Sommer 2013 verhandelt wird. Die Unterhändler auf beiden Seiten planen ISDS einzuschließen. Das Verfahren wird heftig kritisiert, vorwiegend wegen der Geheimhaltung, dem umfassenden Geltungsbereich der Vereinbarung sowie einiger umstrittener Klauseln einschließlich ISDS. Nach Verlautbarung der Europäischen Kommission soll es für den öffentlichen Dienst (öffentliche Bildung, Gesundheit und soziale Dienste sowie Wasser) sektorale Ausnahmen geben.¹⁸ Ob dies tatsächlich geschieht, bleibt abzuwarten. Überdies ist die Herausnahme des Wassersektors aus der Liberalisierung des Handels unter TTIP keine wirksame Garantie gegen Investor-Staat-Klagen von Wassermultis: Wenn der Anlegerschutz und ISDS in den jeweils schon abgeschlossenen Verträgen enthalten sind, können die Unternehmen trotzdem davon Gebrauch machen, um „ihre Investitionen zu schützen“, selbst bei einer solchen Ausnahmeregelung, auch im Wassersektor. In jenen Ländern, in denen der Wassersektor bereits teilweise liberalisiert wurde, würde TTIP ein ernsthaftes Hindernis für die Rekommunalisierung bedeuten.

TPP

Die Trans-Pacific Partnerschaft (TPP) ist ein weiteres in Verhandlung befindliches Regulierungs- und Investitionsabkommen. Seit 2014 hatten 12 Länder der Region Asien-Pazifik an den Verhandlungen teilgenommen: Australien, Brunei, Kanada, Chile, Japan, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur, den Vereinigten Staaten und Vietnam. Obwohl der Verhandlungstext geheim ist, ist bekannt, dass unter anderem grenzüberschreitende Dienstleistungen, das öffentliche Beschaffungswesen und Investitionen einbezogen sind. Der Hintergrund für die Einbeziehung des öffentlichen Beschaffungswesens in TPP scheint ein ähnliches Abkommen der Welthandelsorganisation zu sein, das die Wasserversorgung ausschließt. Jedoch gibt es eine Tendenz, die Liberalisierung auszuweiten und den Geltungsbereich zu vertiefen, zudem ist immer noch nicht bekannt, wie die Wasserversorgung unter TPP behandelt werden soll.

Neue Handels- und Investitionsabkommen

Die Einbeziehung von Anlegerschutzklauseln in TTIP, TPP oder dem umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen mit Kanada (CETA) würde die Verwendung von ISDS global ausweiten. Im Falle von Rekommunalisierung und Renationalisierung können private Betreiber als ausländische Investoren eine Verletzung des Anlegerschutzes wegen Enteignung durch Ausübung von Staatswillkür behaupten (z.B. wie geschehen bei Degrémont versus Mexiko, Azurix gegen Argentinien) oder als Folge der Abwertung der lokalen Währung (z. B. Aguas Provinciales de Santa Fe gegen Argentinien). Die Initiativen aus der Zivilgesellschaft kämpfen gegen übermäßigen Anlegerschutz und Anlegerrechte und sehen das Konzept der „fairen und gerechten Behandlung“, als möglicherweise am gefährlichsten für die Steuerzahler und Regulatoren an. Diese Begründung wurde am häufigsten in erfolgreichen Anlegerklagen verwendet. Der Schutz der „berechtigten Erwartungen“ der Anleger führt zu einem „Recht“ auf ein stabiles rechtliches Umfeld für Investoren und

hält Regierungen davon ab, Gesetze oder Rechtsvorschriften zu ändern, selbst wenn sich die Bedingungen ändern oder nach neuen demokratischen Prozessen.¹⁹ Die öffentlichen Proteste gegen die Verhandlungen über die Investitionsabkommen haben stark zugenommen, weil sie massiv solchen Anlegerschutz in großen Teilen der Welt stärken würden.

TISA und öffentliche Dienste

Obwohl TISA bisher gegenüber TTIP, TPP und CETA weniger Aufmerksamkeit erhält, könnten davon die größten potenziellen Auswirkungen auf die öffentlichen Dienstleistungen ausgehen und der politische Spielraum der Gemeinden stark eingeschränkt werden können. Es stellt sich die Frage warum TISA benötigt wird wo doch das umfassende Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATT) bereits bei der Welthandelsorganisation (WTO) besteht. TISA ist der Versuch darüber hinaus zu gehen und den Prozess der Liberalisierung von Dienstleistungen außerhalb der WTO unter gleichgesinnten Staaten zu beschleunigen. Die grenzüberschreitend agierende Private Dienstleistungsbranche treibt diese Agenda offen und aggressiv voran.

Wie würde sich TISA auf die öffentlichen Dienstleistungen auswirken? In der Theorie werden in beiden, GATT und TISA, Dienste „die in der Ausübung hoheitlicher Gewalt zur Verfügung gestellt werden“ vom Geltungsbereich ausgeschlossen. Allerdings werden in TISA öffentliche Dienste äußerst eng definiert als „jede Dienstleistung, die weder auf kommerzieller Basis noch im Wettbewerb mit einem oder mehreren Service-Anbietern steht.“ In der Praxis werden aber öffentliche Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung, soziale Dienste, Bildung, Abfall, Wasser und Post, durch komplexere und gemischtere Systeme für die Bevölkerung erbracht, als ganz oder teilweise von den Regierungen und mehr oder weniger stark reguliert. Also bringt diese enge Definition in der Tat nur geringen oder keinen wirksamen Schutz für die öffentlichen Dienstleistungen.²⁰

Bei TISA fällt besonders auf, dass es Kommunen ihres politischen Spielraums in Kernbereichen öffentlicher Dienstleistungen berauben könnte.

Die „Stillstand“ Klausel bedeutet eine dauerhafte Wahrung des derzeitigen Niveaus der Liberalisierung von Dienstleistungen und versperrt jegliche Schritte vom Markt wieder zu öffentlichen Dienstleistungen hin zu gelangen, es sei denn es existieren ausdrücklich Ausnahmen. Das heißt, sobald eine Stadt oder ein Staat liberalisiert und/oder einen Mix von öffentlich-privaten Dienstleistungen einführt, ist das Niveau der Liberalisierung festgelegt und eine (spätere) Regierung kann diese Entscheidung nicht mehr rückgängig machen.

Nehmen wir das Beispiel des National Health Service (NHS) in Großbritannien, der öffentlich organisiert ist. Das Gesetz von 2012 für Gesundheit und Soziales öffnete die Tür für private Dienstleister. Seit das Gesetz in Kraft trat gingen 70 Prozent der ausgeschriebenen Gesundheitsleistungen an den privaten Sektor.²¹ Der Schwerpunkt des wachsenden Protestes gegen TISA (und TTIP) in Großbritannien lag in der Verhinderung weiterer Privatisierung des NHS. Ja, wenn die britische Regierung die Gesundheitspolitik und Regulierung erst nach der Unterzeichnung der Vereinbarung ändern wollte, und den NHS wieder vollständig zurück in die öffentliche Hand nehmen wollte, würde dies durch die Stillhalteklausele in TISA wahrscheinlich verhindert.

Im Vereinigten Königreich sind Wasser, Eisenbahn und Energiedienstleistungen in den 1980er und 1990er Jahren privatisiert worden. Nach Jahrzehnten der privaten Verwaltung haben Meinungsumfragen ergeben, dass die Mehrheit der Menschen jedoch öffentliches Eigentum an diesen Diensten (für Wasser 71 %, 68 % für Energie, 66 % für Eisenbahn) befürwortet.²² Eine Stillhalteklausele in TISA würde Privatanlegern eine ausreichende Gelegenheit eröffnen, um zu behaupten, dass Privatisierung unmöglich rückgängig gemacht werden kann, sie müssten nicht einmal die Regierung vor ein internationales Schiedsgericht bringen müssen, um die Angelegenheit zu regeln (obwohl sie es sicherlich tun würden, um so eine lukrative Entschädigung zu erhalten). Die Stillhalteklausele schließt Rekommunalisierung und Renationalisierung aus, es sei denn die Sektoren sind in der Vereinbarung ausdrücklich ausgeschlossen worden.

TISA

Die Verhandlungen über das Abkommen für Handel mit Dienstleistungen (TISA) wurden Ende 2012 mit dem Ziel ins Leben gerufen, den Welthandel mit Dienstleistungen zu liberalisieren und die Regeln in den Bereichen Lizenzierung, Finanzdienstleistungen, Telekommunikation, E-Handel, Seeverkehr und den Austausch von Fachkräften für Dienstleistungen im Ausland zu verbessern. Die EU und die USA sind die wichtigsten Befürworter des Abkommens. Die ursprünglich 16 Mitglieder von TISA haben ihre Reihe um 23 Parteien erweitert. Da die EU 28 Mitgliedsstaaten vertritt, sind nun 50 Länder vertreten. Kritik kam an der Geheimhaltung der Vereinbarung auf, nachdem WikiLeaks einen Teil der ausgehandelten Dokumente im Juni 2014 veröffentlichte. Public Services International (PSI), ein weltweiter Gewerkschaftsbund, warnt davor, dass TISA es für multinationale Unternehmen einfacher macht, lebensnotwendige öffentliche Dienste zu übernehmen, wie beispielsweise die Gesundheitsversorgung und Bildung. PSI warnt auch davor, dass TISA auch die Rechte von Regierungen einschränkt, höhere Standards im öffentlichen Interesse einzuführen. ISDS scheint bisher nicht in die Verhandlungen einbezogen worden zu sein, aber dieser Vertrag könnte verheerende Auswirkungen auf die Möglichkeiten für Rekommunalisierung haben.

Der Handel unterläuft die Demokratie

TTIP, TPP, CETA und TiSA werden in Europa und anderswo zunehmend in Frage gestellt. Im Oktober 2014 wurden mehr als 400 Aktionen in 20 europäischen Ländern gegen die geheimen Handelsabkommen, die die EU verhandelt, organisiert.²³ Eine Europäische Bürgerinitiative hat in nur zwei Monaten von Dezember 2014 an eine Million Unterschriften gesammelt, um die EU aufzufordern, die Verhandlungen über TTIP zu stoppen und

CETA nicht zu ratifizieren.²⁴ Kritiker sind besonders besorgt wegen der ISDS Bestimmungen in CETA und ihre mögliche Aufnahme in TTIP.

Die Europäische Kommission hat im Sommer 2014 eine öffentliche Konsultation zu ISDS durchgeführt. Fast 150.000 Menschen aus einer Vielzahl von Institutionen haben sich beteiligt - die höchste Zahl von Antworten, die je für eine EU-Konsultation abgegeben wurden - das zeigt das große öffentliche Interesse an diesem Thema. Dazu gehörte auch die europäische Vereinigung der öffentlichen Wasserunternehmen Aqua Publica Europea, die feststellt, „dass der Rückgriff auf ISDS in keiner Weise die Investitionsströme zwischen den USA und der EU verbessern wird, eine Ungleichbehandlung der inländischen Unternehmen bewirken kann und vor allem zu einer Beschränkung der Rechte der Staaten, zu entscheiden wie sie die Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen organisieren wollen führen wird.“²⁵ Die Europäische Kommission machte dennoch deutlich, dass sie die umstrittenen ISDS Bestimmungen nicht aus den TTIP-Verhandlungen herausnehmen würde.

Bei Parlamentariern und lokalen Behörden wächst die Besorgnis über die Geheimhaltung der Verhandlungen. Die drei Dachverbände der deutschen Kommunen haben gemeinsam die Risiken für die öffentlichen Dienste durch CETA, TTIP und TiSA angeprangert.²⁶ Sie argumentieren, dass die öffentlichen Dienstleistungen aus diesen Vereinbarungen ausgenommen werden sollten und Rekommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen nicht behindert werden sollte. Herta Däubler-Gmelin, Professorin für Recht und ehemalige Justizministerin in Deutschland, hat auf den Mangel an Legitimität dieser Verhandlungen hingewiesen und auf die Gefahr, die sie für die demokratischen Grundsätze²⁷ darstellen hingewiesen, weil sie Änderungen von Gesetzen auf nationaler Ebene nach sich ziehen müssen.

Zumindest schließt CETA jetzt bestimmte Dienstleistungen wie Trinkwasser aufgrund des starken öffentlichen Drucks aus. Wenn die Trinkwasserversorgung in TiSA aufgenommen würde, wäre die Auswirkung noch größer als, dies im Fall von CETA befürchtet wird.

CETA

Das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) ist ein Freihandelsabkommen zwischen Kanada und der EU. Es enthält einen ISDS Mechanismus. Im September 2014 haben Kanada und die EU den Abschluss des Verhandlungsprozesses verkündet. Die Vereinbarung muss noch vom Europäischen Rat und dem Parlament genehmigt und von Kanada ratifiziert werden. Sollte das Abkommen genehmigt werden, wird der Vertrag im Jahr 2016 in Kraft treten. In Bezug auf Wasserdienstleistungen, sie wurden nach erheblichem Druck durch die Öffentlichkeit aus der Vereinbarung ausgeschlossen, haben Kanada und die EU weitgehende Einschränkungen der Verpflichtungen für den „Marktzugang und die Inländerbehandlung“ in Bezug auf die Sammlung, Reinigung und Verteilung von Wasser aufgenommen. Diese Beschränkungen geben Regierungen die Befugnis, öffentliche Monopole wieder herzustellen, wenn die Wasserprivatisierung gescheitert ist. Ausländische Investoren können diese Entscheidungen jedoch nach dem Prinzip der fairen und gerechten Behandlung und der Enteignungsbestimmungen im Investitionskapitel immer noch anfechten.²⁸

Abschluss

Rekommunalisierung ist eine Reaktion der Gemeinden und Bürger auf verheerende Privatisierungen und ist ein klarer Ausdruck des Wunsches, Dienstleistungen in die öffentliche Hand zurückzunehmen. Rekommunalisierung ist ein Mittel für die Kommunen, wenn ein Privatunternehmen die vertraglichen Verpflichtungen nicht erfüllt und wenn ein Vertrag mit Privaten sozial und finanziell untragbar wird. Dieses kleine legitime demokratische Fenster darf nicht durch überhöhten Anlegerschutz durch ISDS verschlossen werden.



Satoko Kishimoto ist Koordinator des Reclaiming Public Water Network und des Water Justice Project am Transnational Institute (TNI).

Notes

- 1 Lobina, E., Kishimoto, S. and Petitjean, O. 2014. *Here to stay: Remunicipalisation as a global trend*. Amsterdam: PSIRU, TNI and Multinationals Observatory. <http://www.tni.org/briefing/here-stay-water-remunicipalisation-global-trend?context=599>
- 2 „The majority of known cases are handled by the World Bank's International Center for Settlement of Investment Disputes (ICSID) in Washington. The second most used rules are those of the United Nations Commission on International Trade Law (UNCITRAL). The Permanent Court of Arbitration (PCA) in The Hague, the London Court of International Arbitration (LCIA) as well as the Paris-based International Chamber of Commerce (ICC) and the Stockholm Chamber of Commerce (SCC), both business organisations, also regularly handle disputes.“ Taken from: Eberhardt, P. and Olivet, C. 2012. *Profiting from injustice: How law firms arbitrators and financiers are fuelling an investment arbitration boom*. Brussels and Amsterdam: Corporate Europe Observatory and Transnational Institute, S. 14. <http://www.tni.org/site/www.tni.org/files/download/profitfrominjustice.pdf>
- 3 Olivet, C. and Eberhardt, P. 2014. *Profiting from crisis: How Corporations and lawyers are scavenging profits from Europe's crisis countries*. Amsterdam and Brussels: Transnational Institut and Corporate Europe Observatory, S. 11. http://www.tni.org/sites/www.tni.org/files/download/profitfrom_crisis_1.pdf
- 4 See the cases of Berlin, Stuttgart and Antalya on the Remunicipalisation Tracker: <http://www.remunicipalisation.org>
- 5 See the detailed case of Castres on the Remunicipalisation Tracker: http://www.remunicipalisation.org/#case_Castres

- 6 PSI, TNI, Amrta Institute for Water Literacy and Jakarta Water Trade Union. 2014. *The unfair cooperation agreement on water privatisation*. The eve of de-privatisation in Jakarta series 3. http://www.tni.org/sites/www.tni.org/files/download/fact_sheets_3_the_unfair_final.pdf; Azpiazu, D. and Castro J. E. 2012. Aguas públicas: Buenos Aires in muddled waters. In Pigeon, M., McDonald, D. A., Hoedeman, O. und Kishimoto, S. (eds), *Remunicipalisation: Putting Water back into public hands*, S. 58-73. Amsterdam: TNI. <http://www.municipalserviceproject.org/sites/municipalservicesproject.org/files/uploadsfile/remunicipalisation-chap4-BuenosAires.pdf>
- 7 Buenos Aires (city), Buenos Aires Provinz, Gran (sechst grösste Unterregion der Provinz Buenos Aires), Santa Fe, Tucuman, Mendoza, Catamarca, Salta, La Rioja. See for more details: Dagdeviren, H. 2011. Political economy of contractual disputes in private water and sanitation: Lessons from Argentina. *Anal. of Public and Cooperative Economics* 82 (1): 25-44.
- 8 Spalton, C. 2012. Argentina held liable water tariff case. *Global Arbitration Review*, 13 June. <http://globalarbitrationreview.com/b/30609/>
- 9 Refer to the detailed case found in the Remunicipalisation Tracker: http://www.remunicipalisation.org/#case_Buenos%20Aires%20province
- 10 *Global Arbitration Review*. 2006. Argentina suffers arbitration blow. 16 June; the detailed case is also on the Remunicipalisation tracker: http://www.remunicipalisation.org/#case_Santa%20Fe%20Province
- 11 *Global Arbitration Review*. 2006. Argentina loses on jurisdiction. 11 August.
- 12 *Global Arbitration Review*. 2014. Investors line up against Mexico. 4. November.
- 13 *Global Arbitration Review*. 2014. Water utility taps Estonia for damages. 14 October.
- 14 Refer to the detailed case on the Remunicipalisation Tracker: http://www.remunicipalisation.org/#case_Sofia
- 15 Refer to the detailed case on the Remunicipalisation Tracker: http://www.remunicipalisation.org/#case_Montbeliard
- 16 Knottnerus, R., Van Os, R., van der Paspjetje, H. und Vervest, P. 2015. *Socialising losses, privatising gains: How Dutch investment treaties harm the public interest*. Briefing (January). Amsterdam: SOMO, Both ENDS, Milieudefensie and TNI, S. 6. <http://www.tni.org/briefing/socialising-losses-privatising-gains>
- 17 Zur Analyse der Herausforderungen von Rekommunalisierung, see: McDonald, D. A. 2012. Remunicipalisation works! In Pigeon, M., McDonald, D. A. Hoedeman, O. und Kishimoto, S. (eds), *Remunicipalisation: Putting water back into public hands*, S. 8-22. Amsterdam: TNI. <http://www.tni.org/briefing/remunicipalisation?context=599>; Kishimoto et al 2014, op.cit., p. 5.
- 18 European Commission. 2014. Letter from the Directorate General on Trade, 11 December. <http://www.parliament.uk/documents/commons-committees/Health/Health-Committee-TTIP-correspondence.pdf>

- 19 Eberhardt, P., Redlin, B. and Toubeau, C. 2014. *Trading away democracy: How CETA's investor protection rules threaten the public good in Canada and the EU*. Amsterdam: TNI. <http://www.tni.org/briefing/trading-away-democracy>
- 20 Sinclair, S., and Mertins-Kirkwood, H. 2014. *TISA versus public services*. PSI Special Report. Ferney-Voltaire, France: PSI. <http://www.world-psi.org/en/psi-special-report-tisa-versus-public-services>
- 21 McCluskey, L. 2014. The NHS is being taken over by Wall Street. And Cameron won't stop it.
- 22 *The Guardian*, 17 July. <http://www.theguardian.com/commentisfree/2014/jul/17/nhs-taken-over-wall-street-cameron-health-service-privatisation>
- 23 *We Own It*. n. d. The cost of privatised living. <http://weownit.org.uk/privatisation-failing/cost-privatised-living>
- 24 Trumbo Vila, S. 2014. *European civil society rejects TTIP, CETA and TISA*. 13 October. <http://www.tni.org/article/european-civil-society-rejects-ttip-ceta-and-tisa>
- 25 Stop TTIP. 2014. Self-organised European citizens' initiative against US and Canada trade deals tops a million signatures in record time. Press release, 4 December. <https://stop-ttip.org/self-organised-european-citizens-initiative-us-canada-trade-deals-tops-million-signatures-record-time/>
- 26 Corporate Europe Observatory. 2015. TTIP investor rights: The many voices ignored by the Commission. 3 February. <http://corporateeurope.org/international-trade/2015/02/ttip-investor-rights-many-voices-ignored-commission>
- 27 European Federation of Public Service Unions. 2014. Municipalities concerned about CETA, TTIP and TISA. 28 October. <http://www.epsu.org/a/10865>
- 28 PSI. 2014. Speech – Herta Däubler-Gmelin, ehemalige Bundestagsabgeordnete und Bundesjustizministerin, Deutschland. 17 October, Geneva. https://www.youtube.com/watch?v=bWQrxP_ALak&index=5&list=PLT1b89t4iWwzzMQq2fjNA6jD8Hp3KwJHz
- 29 Sinclair, S., Trew, S. and Mertins-Kirkwood, H. (eds.). 2014. *Making sense of the CETA: An analysis of the final text of the Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreement*. September. Ottawa: Canadian Center for Policy Alternatives, S. 112-120. https://www.policyalternatives.ca/sites/default/files/uploads/publications/National%20Office/2014/09/Making_Sense_of_the_CETA.pdf

Fazit

Die Rückeroberung der öffentlichen Wasserversorgung durch Rekommunalisierung

Satoko Kishimoto, Olivier Petitjean und Emanuele Lobina

Rekommunalisierung ist unbestreitbar ein Trend wie die Analysen in diesem Buch belegen. Trotz mehr als dreier Jahrzehnte dauernder Förderung der Privatisierung und öffentlich-privater Partnerschaften (PPP) durch internationale Finanzinstitutionen, haben sich nationale Regierungen, viele Städte, Regionen und Länder dafür entschieden, das Buch von privatisiertem Wasser zu schließen und die Dienstleistungen wieder in die öffentliche Kontrolle zu nehmen. Mehr als 235 Städte aus 37 Ländern haben Wasserdienstleistungen in den letzten 15 Jahren rekommunalisiert.

Rekommunalisierung ist in der Regel eine kollektive Reaktion auf die fehlende Nachhaltigkeit der Privatisierung der Wasserversorgung und von PPP. Das Tempo dieser Entwicklung hat sich dramatisch beschleunigt. Das war in Frankreich, dem Land mit der längsten Geschichte der Privatisierung der Wasserversorgung und in dem zudem die führenden Wassermultis zu Hause sind, symbolisch höchst bedeutend. Die Erfahrungen in anderen bedeutenden Ländern (USA, Deutschland) und Großstädten (Paris, Jakarta), wie sie in diesem Buch vorgestellt werden, zeigen auch, dass Privatisierung und PPP nicht die versprochenen Vorteile für die Kommunen und Bürger bringen und dass die öffentliche Verwaltung insgesamt besser geeignet ist, die langfristigen Bedürfnisse der Endverbraucher, lokaler Behörden und der Gesellschaft zu erfüllen - die Notwendigkeit, unsere lokale und globale Umwelt zu schützen, eingeschlossen.

In den meisten Ländern war der Ausbau der modernen Wasser- und Abwassersysteme und der Investitionen dafür eine Reaktion auf die steigende Nachfrage danach durch die Bevölkerungsentwicklung wie aber auch zur Förderung der Gesundheit der Bevölkerung in den städtischen Gebieten durch öffentliches Eigentum überhaupt erst möglich geworden. In den 1990er Jahren jedoch privatisierten viele Länder ihre Wasserversorgung und Abwasserentsorgung als Folge des starken internationalen Drucks, den Dienstleistungssektors zu öffnen. Ähnliche öffentliche Anstrengungen sind heute erforderlich, um unsere drängendsten Herausforderungen in Bezug auf Wasser wie Verstädterung, dem Zugang zu Wasser- und Sanitärversorgung im Süden, den Klimawandel und den Schutz der Gewässer anzugehen. Die globale Erfahrung mit Rekommunalisierung zeigt erneut, dass ein auf Zusammenarbeit und Demokratie gegründeter öffentlicher Sektor besser in der Lage ist, den Weg in eine nachhaltige Zukunft zu weisen.

Zum Abschluss bieten wir hier einen Überblick über die wichtigsten Lehren aus den Fällen, die in diesem Buch vorgestellt werden und die sich auch aus unserer globalen Liste der Rekommunalisierung ergeben, um zusätzlich Querschnittsaufgaben zu veranschaulichen, wie es die Herausforderungen für die öffentliche Wasserversorgung durch Anlegerschutzklauseln sind, die Position der Gewerkschaftsbewegung gegenüber der Rekommunalisierung als sozialem Projekt, und mit welcher Leistungsbewertung der Erfolg der Rekommunalisierung gemessen werden kann.

Stopp unverantwortlicher Politikrezepte

Trotz des Versagens der Flaggschiffe der Privatisierungen der 1990er Jahre, einschließlich Buenos Aires und Jakarta, machen die internationalen Finanzinstitutionen weiter damit, die Privatisierung der Wasserversorgung als Lösung zur Erschließung des Zugangs zu sauberem Wasser im Süden anzupreisen.

Eins der jüngeren Beispiele ist das von Lagos, Nigeria, der größten Stadt in Afrika mit 21 Millionen Menschen. Nur 5% der Einwohner haben im Haushalt Wasseranschlüsse, Sanitäranschlüsse sind in weiten Teilen der Metropole praktisch nicht existent, und die Krankenhäuser sind voll von Menschen,

die an Durchfall und anderen durch Wasser übertragene Krankheiten leiden. Wegen des Mangels an Zugängen zu Wasser haben sich die Menschen entweder illegal an das öffentliche Wassernetz der Lagos Water Corporation (LWC) angeschlossen oder verlassen sich auf Wasser niedriger Qualität von privaten Anbietern. Die Realität in Lagos spiegelt die Herausforderungen in vielen anderen Orten in der Welt wieder, wo ein ständiger Kampf um den Zugang zu sauberem und bezahlbarem Wasser geführt wird. Es ist klar, dass Investitionen und institutionelle Reformen erforderlich sind. Im Jahr 2014 empfahl die International Finance Corporation der Weltbank die Beteiligung des privaten Sektors an LWC. Dieser öffentliche Betrieb lehnte diesen Rat ab, was dazu geführt hat, dass die Bank ihre Kreditzusage zurückgezogen hat.¹ Internationale und regionale Entwicklungsbanken müssen gegen solche unverantwortlichen Bedingungen vorgehen, mit deren Auferlegung die Macht des Geldes missbraucht wird. Die nigerianische Regierung und der öffentliche Wasserbetrieb LWC sollten Raum schaffen für demokratische Diskussionen darüber, wie sie die Dienstleistungen verbessern können. Die internationale Gemeinschaft wiederum sollte diesen Prozess respektieren und unterstützen.

Heutzutage wird das gleiche unhaltbare Modell der Privatisierung der Wasserversorgung und der Investitionen aus dem privaten Sektor, wie es im Süden angewandt wurde, in der Europäischen Union im Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise gefördert, als eine Möglichkeit, die öffentlichen Finanzen zu verbessern und die leeren Kassen über Wasserdienstleistungen zu finanzieren. Dies war der Fall in Griechenland, in dem Versuch, die Wasserversorger von Athen und Thessaloniki zu privatisieren, was angesichts des öffentlichen Widerstands und der übereinstimmenden Gerichtsentscheidungen² scheiterte; andere Länder wie Portugal, Irland, Spanien oder Italien haben ähnliche Versuche erlebt. Der portugiesische Rechnungshof hat erst kürzlich die Asymmetrie aufgedeckt, die den PPP-Verträgen zwischen Kommunen und Privatunternehmen innewohnt, die es den Kommunen schwierig macht, die Qualität der Anlagen zu überwachen und die finanziellen Auswirkungen zu bewerten.³ Die Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen in der Tat, dass sich eine solche Politik langfristig als nachteiliger für

die öffentlichen Haushalte erweist und zu schlechteren Leistungen und einem Verlust der demokratischen Transparenz führt.

Es gibt zu viele Gegenbeweise, um naiv zu glauben, was der private Wassersektor verspricht zu liefern. Die wachsende Liste von Rekommunalisierungen auf der ganzen Welt zeigt, dass Privatisierung und PPP sozial und finanziell nicht nachhaltig sind. Darin zeigt sich auch, wie hart die lokalen Behörden und die Bürger daran arbeiten müssen, um ihre Dienstleistungen zurückzubekommen. Das Bewusstsein steigt und die Beweise mehren sich, dass die Erbringung von Dienstleistungen durch den privaten Sektor sehr teuer ist.

Privatisierung und PPP ablehnen! Es gibt andere Lösungen

Wegen der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Wasser-Privatisierung haben die privaten Wasserversorgungsunternehmen ihre Marketing-Propaganda eingesetzt, um die Menschen glauben zu lassen, dass PPP sich von der Privatisierung unterscheiden; sie sind aber nichts anderes. PPP bedeutet die Übertragung der Kontrolle von Dienstleistungen auf den privaten Sektor. Die PPP-Förderung innerhalb der Regierungen ist auch heute aggressiv und ihre Befürworter haben es geschafft, es als eine Lösung „innovativer Finanzierung“ für den Wassersektor darzustellen.

Die lokalen Behörden und politischen Entscheidungsträger sollten äußerst vorsichtig sein, wenn sie Privatisierung und PPP für Wasserdienstleistungen in Erwägung ziehen. Verträge mit Privaten rückgängig zu machen ist möglich, jedoch überhaupt nicht einfach; es erfordert erhebliche Kosten, Zeit und Wissen. Es ist ratsam, Privatisierung und PPP in erster Linie zu vermeiden und sich stattdessen Unterstützung in der Zusammenarbeit mit anderen lokalen Behörden und öffentlichen Betreibern zu suchen, weil mit diesen gemeinsame Missionen und Werte geteilt werden. Interkommunale Zusammenarbeit kann Skaleneffekte erzeugen und eine solche öffentlich-öffentliche Partnerschaft (PUPs) kann die Fähigkeit der öffentlichen Betreiber zur Lösung von Problemen stärken. Es ist ermutigend zu erfahren, dass die nationalen und regionalen Vereinigungen öffentlicher Wasserversorger beginnen, eine aktive

Rolle im Austausch von Wissen zu spielen und und direkten fachlichen Austausch bieten. Ihre Grundwerte der Zusammenarbeit und Solidarität (anstelle von Konkurrenz) kann ein langer Weg sein, die Dienstleistungen zu verbessern und die lokalen Kapazitäten zu erweitern (und sich nicht gegenseitig zu untergraben). Auf internationaler Ebene wurde die Global Water Operators' Partnership Alliance (GWOPA) gegründet, zur Förderung des nicht am Profit orientierten Handelns und zum direkten Austausch von Wissen, um die lokale Leistungsfähigkeit zu stärken. GWOPA ist eine von vielen Initiativen zur Bündelung von Wissen und zur Verständigung, die Versorgungsunternehmen zu unterstützen, die ihre Kapazitäten ausbauen wollen, um bessere Dienstleistungen zur Verfügung stellen zu können.

Rekommunalisierung ist eine praktikable Abhilfe

Wenn die Wasserversorgung in Ihrer Stadt bereits privatisiert wurde, ist Rekommunalisierung ein mögliches und praktikables Mittel, um finanziell und sozial untragbare Verträge zu beenden. Noch einmal sei darauf hingewiesen, Rekommunalisierung ist nicht einfach, und selbst wenn die Verhandlungen mit einem privaten Auftragnehmer glatt laufen, gibt es eine Reihe von Schritten, die nicht vernachlässigt werden sollten: technische Fragen wie die Übertragung der Rechnungslegung und der Informationssysteme, der Übergang der Beschäftigten, die Wiederherstellung institutionellen Wissens und die Notwendigkeit, eine neue Kultur zwischen den Führungskräften, Ingenieuren, Technikern usw. zu schaffen. Glücklicherweise können die Kommunen und Bürger von den mehr als 235 Städten im Norden und Süden lernen, die erfolgreich ihre Wasserdienstleistungen rekommunalisiert haben. Es gibt belastbare Beweise dafür, dass ihnen die Rekommunalisierung operative Effizienz gebracht hat, mehr Investitionen in die Wassersysteme und höhere Transparenz. Darüber hinaus bietet Rekommunalisierung eine Chance, die öffentliche Wasserversorgung neu zu erfinden und sie effektiver und verantwortlicher für die örtliche Gemeinschaft zu machen. Es bietet die Möglichkeit sozial wünschenswerte und ökologisch nachhaltige öffentliche Modelle für Wasser zum Nutzen heutiger und künftiger Generationen zu schaffen.

Allianzen bilden

Die Erfahrung der Rekommunalisierungs-Bewegung, die in diesem Buch analysiert wird, zeigt den Wert der Bildung breit aufgestellter Allianzen und der Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Betreibern, lokalen Beamten, Beschäftigten und Bürgern auf, nicht nur um zu rekommunalisieren, sondern auch, um danach die öffentliche Verwaltung zu verbessern. Alle Autoren in diesem Buch waren in der einen oder anderen Weise jahrelang an diesen Bewegungen beteiligt. Als solche geben sie ihre praktischen Erfahrungen zur Unterstützung von Städten und Gemeinden, die versuchen ihre Wasserversorgung zu rekommunalisieren oder die Privatisierung abwenden wollen, weiter.

Frankreich, Deutschland, USA und Jakarta

Die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland und in den Vereinigten Staaten genießt die öffentliche Wasserversorgung, während Frankreich eines der wenigen Länder in der Welt ist, wo die Mehrheit stattdessen von privaten Wasserbetreibern versorgt wird. Nachdem es die längsten und weitreichendsten Erfahrungen in privatem Wassermanagement hatte, ist Frankreich heute das seismische Zentrum von Rekommunalisierung. Anne Le Strat, ehemalige Präsidentin von Eau de Paris und stellvertretende Bürgermeisterin von Paris, und Christophe Lime, Präsident von France Eau Publique bestätigen, dass sich die politische Landschaft mit großen Städten wie Paris, Grenoble, Nizza, Montpellier und Rennes⁴ durch die Rückkehr zur öffentlichen Verwaltung geändert hat. Nach Le Strat bewirkt die Rekommunalisierungs-Welle, dass die privaten Anbieter es heute sehr schwer haben, Städte davon zu überzeugen, die privaten Verträge, die sie einst leicht erhalten hatten, zu erneuern. In Nizza, mit einer konservativen Mehrheit des Rates und Bürgermeisters, wurde beschlossen, den privaten Wasservertrag im Jahr 2013 nicht zu erneuern. Dort ist zu sehen, dass dieses Thema über ideologische Positionen hinausgeht. Wegen der wachsenden Kritik an privatem Management wurden in den 1990er Jahren in Frankreich strengere Vorschriften eingeführt, um den Wettbewerb und die Transparenz zu steigern, aber Lime argwöhnt, dass dies nur zu einer Kostensenkung bei den privaten Versorgungsunternehmen

und einer Verschlechterung der Servicequalität für die Nutzer geführt hat, während die finanzielle Transparenz beschränkt geblieben ist.

Mary Grant, eine Forscherin von Food & Water Watch erklärt, dass die Bevölkerung, die von den lokalen Verwaltungen versorgt wird, in den USA zwischen 2007 und 2013 um 7 Prozent wuchs. Dieses Tempo ist mit Frankreich vergleichbar, wo die Bevölkerung, die von öffentlichen Betrieben versorgt wird, sich nach Lime seit 2008 um 1 Prozent pro Jahr erhöht hat. Die Bewegung, die öffentliche Wasserversorgung zu erhalten und zu stärken, ist in den USA lebendig und es ist interessant zu sehen, dass das Land diese Tendenz mit Frankreich teilt: viele öffentliche Wassersysteme haben ihre Dienstleistungen zu den benachbarten Gebieten ausgeweitet unter Nutzung der bestehenden Netze und rekommunalisierte Wasserunternehmen haben mit denen anderer Städte fusioniert, um die Wasserqualität und die Dienstleistungen anzugleichen.

Die Bevölkerung von Deutschland ist gut über die Gefahren der Privatisierung informiert durch die fehlgeschlagenen Experimente in Städten wie Berlin und Stuttgart und akzeptiert nicht länger, dass das Wassermanagement und die Anlagen an den privaten Sektor verkauft werden, wie von Christa Hecht, Geschäftsführerin der Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft (AöW) berichtet. Ihre Behauptung wird durch Meinungsumfragen unterlegt, nach denen 82 Prozent der Bevölkerung öffentliche Wasserversorgung unterstützt. Hecht betont, dass das Wissen und die Erfahrung von Ingenieuren und technischen Experten aus dem öffentlichen Sektor mindestens so wertvoll ist wie das in den privaten Unternehmen. Dies deckt sich mit Analysen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank aus dem Jahr 2004, die ergaben, dass es keinen signifikanten Unterschied zwischen öffentlichen und privaten Betreibern in Bezug auf die Effizienz oder andere Leistungsmerkmale gibt.⁵ Hecht schlussfolgert, dass der öffentliche Wassersektor deutlich überlegen ist, wenn es darum geht, soziale und ökologische Belange ernsthaft in der Planung der Infrastruktur zu berücksichtigen, sowie bei der Festlegung der Tarife.

Rekommunalisierung ist nicht nur in den entwickelten Ländern ein Phänomen. Jakarta, Indonesien ist der jüngste und bedeutendste Sieg im Kampf

darin, die Privatisierung der Wasserversorgung zu beenden. Der multinationale Wasserkonzern Suez unterzeichnete im Jahr 1997 einen Privatisierungsvertrag, der bis 2022 laufen sollte. Aber Suez ist seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen, die Wasserversorgung auszuweiten und für die Bewohner der Stadt zu verbessern, während die Wassernutzung überteuert wurde, der öffentlichen Verwaltung hohe Schulden aufgezwungen wurden und gleichzeitig hohe private Gewinne gemacht wurden. Nila Ardhianie und Irfan Zamzami, Forscher am Amrta Institut für Wasserkompetenz, haben die Mängel der Privatisierung in ihrer Stadt über mehr als 10 Jahre untersucht, zahlreiche öffentliche Debatten organisiert und das Recht auf Wasser und die öffentliche Verwaltung befürwortet. Die Mobilisierungen der Bürger haben an Dynamik gewonnen, als eine Koalition von Einwohnern Jakartas im Jahr 2012 gegenüber den lokalen Behörden und den Privatunternehmen eine zivilrechtliche Klage eingereicht hatten, in der die Rechtswidrigkeit der ursprünglichen Privatisierungsprojekte reklamiert wurde. Obwohl eine solche Strategie enorme Energie und Ressourcen beansprucht, erreichte sie einen kritischen Punkt für die Bürger bei der Festigung ihrer Position und darin, den Behörden-Diskurs voranzutreiben. Ohne die ständigen Anstrengungen engagierter Bürgergruppen, wäre Jakartas Privatisierung weitergegangen und private Unternehmen würden weiter davon profitieren. Es ist bedauerlich, dass Jakarta die Privatisierung der Wasserversorgung 16 Jahre ertragen musste und viele Rückschläge bei der Verwirklichung des allgemeinen Zugangs zu Wasser hatte. Es ist höchste Zeit, dass die Bewohner und die Verwaltung diesen Neuanfang bekommen, eine effiziente und demokratische öffentliche Wasserversorgung aufzubauen, um den Bedürfnissen der Menschen und dem Schutz der Umwelt zu dienen. Wie in diesem Fall beispielhaft zu sehen ist, bleibt bürgerschaftliches Engagement ein entscheidender Faktor, um eine echte Gemeinwohl orientierte Kultur in der Wasserversorgung nach einer Rekommunalisierung aufzubauen.

Gründe für Rekommunalisierung

Die Inhalte in diesem Buch und die laufende Forschung an 235 Fällen von Rekommunalisierung weltweit bestätigen, dass die Gründe, Wasser-

dienstleistungen zu rekommunalisieren universell sind. Die falschen Versprechen der Privatisierung der Wasserversorgung, die letztendlich zur Rekommunalisierung geführt haben, sind: schlechte Leistung, unzureichende Investitionen, Streitigkeiten über die Betriebskosten und Preiserhöhungen, steigende Wasserrechnungen, Überwachungsprobleme, mangelhafte finanzielle Transparenz, Belegschaftsabbau und schlechte Servicequalität. Vor allem im Falle von Jakarta sogar eine Kombination all dieser Faktoren.

Wasserqualitätsprobleme sind oft mit Stellenabbau und unzureichender Wartung des Netzes durch private Betreiber verbunden, die die öffentliche Gesundheit gefährden und Umweltgefahren hervorbringen wie in den USA und anderswo geschehen. Grant erläutert wie die lokalen Verwaltungen ihre Wasserdienstleistungen in erster Linie rekommunalisieren, um die örtliche Steuerung zu sichern, die erforderlich ist, um die Kosten zu senken und zur Verbesserung der Dienstleistungen in den USA. Wasserpreiserhöhungen begleitet von schlechter Wasserqualität aufgrund der mangelnden Investitionen in die Netzwerkerneuerung wurden in Rennes, Frankreich festgestellt, wo 30 Prozent der Bewohner Trinkwasser unzureichender Qualität geliefert bekamen. Heute behaupten private Betreiber in Frankreich, mehr Transparenz in ihren Verträgen eingeführt zu haben, aber in der Praxis, wie Lime argumentiert, ist Asymmetrie der Information wesentlich beim Service-Outsourcing, und lokale Behörden haben nur eine sehr begrenzte Möglichkeit, die Informationen, die von den privaten Betreibern zur Verfügung gestellt werden, zu überprüfen. Wassertarifierhöhungen verbunden mit der Nichteinhaltung von Investitionsverpflichtungen wurden auch in Berlin verzeichnet.⁶ Hecht weist darauf hin, dass die Behörden die privaten Betreiber weder überwachen noch beeinflussen konnten in Deutschland. Die Tarifierhöhungen und Anschlussgebühren im Süden, die der Privatisierung in Bolivien, Argentinien, Indien (Latur) und Mali folgten, machten auch die Dienstleistungen unerschwinglich.⁷

Sparmaßnahmen

Die treibende Kraft hinter Rekommunalisierung ist der Wunsch, die örtliche Kontrolle über wichtige Ressourcen zu sichern und Kosten zu senken.

Die häufigste und offensichtlichste Veränderung ist, dass die lokalen Verwaltungen erhebliche Kosten sparen können, wenn sie die Wasserversorgung wieder in die eigenen Hände nehmen. Eine Erhebung über 18 kleine US-Gemeinden ergab, dass durch die Rückkehr zur öffentlichen Verwaltung eine Kosteneinsparung von im Durchschnitt 21 Prozent eintrat (Kapitel 2, siehe dieses Volumen); eine große Stadt wie Houston (2,7 Mio. Einwohner) senkte die Kosten um 17 Prozent oder jährlich \$ 2 Mio. Dies wurde möglich dank Effizienzsteigerungen in der öffentlichen Organisation, durch den Stopp von Outsourcing, und die Verringerung der Kosten für die Überwachung der externen Auftragnehmer. In gleicher Weise wurden in Hamilton, Kanada (\$ 1,2 Mio.) erzielt, in Grenoble (40 Mio. €) und Paris (€ 35 Mio. im ersten Geschäftsjahr), Frankreich Einsparungen erzielt.⁸ In vielen Fällen erlauben solche Einsparungen der öffentlichen Hand dann, endlich die Investitionen zu erhöhen, um das Netzwerk zu erneuern oder die Wasserrechnung für die Nutzer (Paris) zu senken.

Private Unternehmen neigen dazu, ihre eigenen Tochtergesellschaften beim Outsourcing zu beauftragen und dafür überbezahlte Dienstleistungen abzurechnen. Eine kleine Stadt in Spanien, Arenys de Munt,⁹ fand heraus, dass der vorherige private Konzessionär fast viermal höhere Gebühren für die Erweiterung der kommunalen Netze verlangte, als es später die Stadt tat. Die lokalen Behörden in Deutschland erkannten auch, dass sie von Dienstleistern vor Ort günstigere und wettbewerbsfähige Preise erhielten, gleichzeitig konnten sie einen Beitrag für die regionale Wirtschaft leisten.

Die Erfahrung der Provinz von Buenos Aires¹⁰ und ihren 2,5 Millionen Einwohnern ist ebenso dramatisch. Die neu gegründete Aktiengesellschaft ABSA arbeitete mit der Arbeitergenossenschaft 5 de Septiembre S.A., zusammen, um die Betriebsführung zu verbessern, gleichzeitig reduzierten sie die technischen Kosten erfolgreich um 75 Prozent verglichen mit dem Zeitraum der privaten Bewirtschaftung. Gemeinsam waren sie in der Lage, die Anlagen für Trink- und Abwasser wieder instand zu setzen. In Jakarta schätzt das Amrta Institut, dass ein öffentliches Wasserversorgungsunternehmen PAM Jaya nach der Rekommunalisierung das Potenzial hätte, die Betriebskosten um 29 Prozent verringern zu können.

Rekommunalisierung bringt durch die Verbindung mit der öffentlichen Verwaltung auch andere Vorteile mit sich, wie die Zusammenarbeit zwischen den kommunalen Abteilungen, um den Betrieb zu rationalisieren und die Ausrüstung gemeinsam zu nutzen. So können zum Beispiel die Abteilungen für Wasser und für Transport für ihre Instandhaltungsmaßnahmen an den Wasserleitungen und für die Straßenreparaturen zusammen arbeiten, um überflüssiges doppeltes Asphaltieren zu vermeiden. Abteilungsübergreifende Zusammenarbeit in der Kommune ermöglicht so eine bessere Nutzung der Ressourcen.

Investitionen

Kosteneinsparungen im operativen Betrieb können für die Steigerung von Investitionen verwendet werden, um den Zugang zu Wasser und sanitären Einrichtungen auszuweiten (im Süden) und/oder veraltete Infrastruktur zu ersetzen, um strengere Umweltauflagen zu erfüllen (im Norden). Dies ist ein grundlegender Unterschied zur privaten Bewirtschaftung, bei deren Kosteneinsparungen in der Regel in die Dividenden der Aktionäre fließen. Im Jahr 2014 veröffentlichte der französische Regionalrechnungshof Berichte über die Überprüfung von Eau de Paris und wies ausdrücklich darauf hin, dass die Rückkehr zur öffentlichen Verwaltung der Stadt ermöglichte, den Wasserpreis zu senken während gleichzeitig ein hohes Investitionsniveau beibehalten wurde (Gespräch mit Le Strat, in diesem Band). Argentinische Städte (Buenos Aires, Santa Fe) haben nach der Rekommunalisierung ambitionierte Investitionsprogramme mit Unterstützung der nationalen Regierung zum Ausbau der Dienstleistungen durchgezogen und sie konnten gleichzeitig die Wassertarife auf erschwinglichem Niveau halten. In ähnlicher Weise haben die Regierungen von La Paz/El Alto in Bolivien und Dares Salaam¹¹ in Tansania nach der Rekommunalisierung große Investitionen getätigt mit dem Ziel, den Service auf zuvor unversorgte Personengruppen auszubauen. Die Erfahrungen dieser Städte sagen uns, dass die öffentliche Verantwortung wichtig ist, um ehrgeizige soziale Ziele zu erreichen wie den allgemeinen Zugang zu Wasser und angemessenen sanitären Einrichtungen.

Hindernisse und neue Bedrohungen

Fast alle Fälle, die in den Kapiteln des Buches präsentiert wurden, stecken voller Schwierigkeiten. Insbesondere Städte, die einen Vertrag mit privaten Gesellschaften vor Ablauf gekündigt haben, gerieten oft in Konflikt mit den privaten Auftragnehmern, was häufig zu Rechtsstreitigkeiten führte. Private Unternehmen sind gut für den Fall der Kündigung geschützt, sowohl von Handelsgesetzen als auch von nationalen Gesetzen. In der Regel läuft Rekommunalisierung einfacher, wenn sie das Ergebnis der Nichtverlängerung nach Vertragsablauf ist. Die Gemeinden in Frankreich tendieren dazu, den Vertragsablauf abzuwarten, um Ausgleichszahlungen zu vermeiden; in der Zeit bis zum Vertragsablauf können die Gemeinden sich auf das neue öffentliche Modell vorbereiten. Viele Kommunen stehen ernststen Verletzungen von vertraglichen Verpflichtungen gegenüber und diese Situation ist oft die direkte Motivation für Rekommunalisierung. Allerdings ist es für die Kommunen schwer, solche Verletzungen nachzuweisen und das Dokumentieren der Fälle für eine spätere Beweisführung vor Gericht erfordert eine Menge Zeit und Prozesskosten.

Darüber hinaus ist in dem Kapitel, in dem die Investor-Staat Streitbeilegungsregelungen (ISDS) untersucht werden, zu finden, dass in vielen bilateralen Investitionsabkommen Mechanismen enthalten sind, die als eine große Bedrohung für die Rekommunalisierung angesehen werden müssen. ISDS gibt den Investoren die Möglichkeit, Staaten vor internationalen Schiedsgerichten zu verklagen und dieses Instrument wird zunehmend von Unternehmen genutzt, um die Entschädigungen in die Höhe zu treiben. Der politische Spielraum für die Kommunen, die Privatisierung rückgängig machen zu wollen schrumpft angesichts des übermäßigen Anlegerschutzes, der damit die Demokratie untergräbt.

Rekommunalisierung kann auch durch den Rückkauf von Aktien von Privatunternehmen erfolgen. Berlin ist ein gutes Beispiel dafür, wo die Landesregierung für den Rückkauf hohe Kosten zu tragen hatte für den Aktienrückkauf (1,3 Mrd € insgesamt). Ähnlich der Betrag, den der Bundesstaat Selangor in Malaysia an vier private Konzessionäre zahlte, um die Anteile zurückzukaufen,

sie summierten sich auf € 1,9 Milliarden.¹² Mit diesem Vorgehen können die lokalen Regierungen juristische Auseinandersetzungen vermeiden, aber sie laden den Steuerzahlern eine schwere finanzielle Belastung für Jahrzehnte auf, indem sie Kredite aufnehmen, um Vermögenswerte zurückzukaufen. Die Berliner Bürger hatten bereits über ihre Wasserrechnungen für die Dienstleistungen und Vermögenswerte viel gezahlt während die Unternehmen hohe Gewinne im Rahmen der Privatisierung einstrichen; und sie müssen jetzt die Schulden nach der Rekommunalisierung zurückzahlen. In solchen Fällen müssen trotz Eigentümerwechsel öffentliche Unternehmen gezwungen werden, von Gewinnstreben Abstand zu nehmen und eine neue öffentliche Dienstleistungskultur und neue Werte zu schaffen. Ein teurer Aktienrückkauf führt zu hohen Wasserkosten und kann dazu führen, dass das Unternehmen soziale und ökologische Herausforderungen nicht wahrnehmen kann.

Beschäftigte und Rekommunalisierung

Die Arbeitnehmer sind an der vordersten Front herausgefordert, dass nach der Rekommunalisierung qualitativ hochwertige Dienstleistungen angeboten werden. Der Europäische Gewerkschaftsbund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (EGÖD) sieht Rekommunalisierung als Chance für die Gewerkschaften nicht nur die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, sondern auch eine größere Beteiligung der Arbeitnehmer in der Betriebsführung des öffentlichen Unternehmens durchzusetzen, um die Werte der öffentlichen Dienste wiederzubeleben. Nichtsdestotrotz werden die Beschäftigten als Kostenfaktor angesehen (Gehaltskosten) und Arbeitsplatzabbau wird so wie unter privater Betriebsführung im Rahmen der Sparpolitik auch den öffentlichen Verwaltungen in den meisten europäischen Ländern auferlegt.

Es ist wichtig zu erkennen, dass engagierte und qualifizierte Arbeitskräfte der Schlüssel zu guten Dienstleistungen sind. Deshalb sollten die Arbeitsbedingungen und die Arbeitssicherheit eine hohe Priorität in der öffentlichen Wasserwirtschaft haben. Die Beschäftigten haben beim Aufbau der öffentlichen Wasserversorgung in der Stadt Buenos Aires und der Provinz eine aktive Rolle gespielt. Zehn Prozent der Anteile an dem neuen

öffentlichen Unternehmen sind in der Hand der Beschäftigten und die Aus- und Fortbildung der Arbeitnehmer wurde stark ausgeweitet. Mit der Arbeitergenossenschaft in der Provinz Buenos Aires, 5 de Septiembre, wurde eine kreative Strategie entwickelt, in der von den Beschäftigten nicht nur für den technischen Betrieb und die Qualität Verantwortung übernommen wird, sondern auch für die Arbeit mit Nachbarschaftsvereinen und Gemeinden. So hat die Arbeitergenossenschaft des öffentlichen Unternehmens AySA (Buenos Aires) dazu beigetragen, zusammen mit den Bewohnern in Gegenden mit niedrigem Einkommen den Anschlussgrad an die Wasserversorgung zu erhöhen und mehr als 700.000 neuen Wassernutzern Zugang verschafft.

Öffentliche Wasserversorger als Innovatoren

Eau de Paris hat das Image der öffentlichen Betreiber verändert. Es hat sich gezeigt, dass die öffentlichen Betreiber Innovatoren sind, wenn es um Sozial- und Umweltpolitik geht und eine neue demokratische Kultur aufzubauen ist. Gewässerschutz ist eine der zentralen Strategien von Eau de Paris und das Unternehmen hat die Herausforderungen durch die Wasserverschmutzung ernst genommen. Es hat Partnerschaften mit den Landwirten rund um Wassereinzugsgebiete entwickelt, um ihnen zu helfen, auf biologische Landwirtschaft umzustellen und den Einsatz von Chemikalien zu reduzieren. Anne Le Strat erklärt zuversichtlich, dass die demokratische Verwaltung dabei hilft, Dienstleistungen hoher Qualität zu erbringen und Werte in den öffentlichen Dienstleistungen schaffen. Mit dem Wasser-Observatorium wurde in Paris für die Pariser ein Spielraum geschaffen, sich in der Wasserpolitik zu engagieren. Dieses Gremium ist zusammen mit anderen gesellschaftlichen Organisationen und Arbeitnehmervertretern im Vorstand von Eau de Paris vertreten, sogar mit Stimmrecht in strategischen Entscheidungen. Ein hohes Maß der Offenlegung von Informationen und Transparenz sind eine Voraussetzung für demokratisches Verwaltungshandeln. Auch in Grenoble und Lacs de l'Essonne¹³ in Frankreich sind verschiedene Beteiligungsmodelle der Bürger an der Entscheidungsfindung realisiert worden. Trotz der schwierigen sozialen Umstände haben bolivianische Städte auch damit begonnen, soziale Kontrolle in kommunalen Unternehmen einzuführen und damit

experimentiert. Dies sagt uns, dass Rekommunalisierung nicht lediglich eine Änderung der Eigentumsverhältnisse ist, sondern auch eine Gelegenheit, eine engere Beziehung zwischen den Nutzern und den öffentlichen Dienstleistern aufzubauen und neue Werte zu schaffen. Das Pariser Modell eines Wasser-Observatoriums kann auch in anderen Teilen der Welt ausprobiert werden. Wenn die Bürger die Vorteile der öffentlichen Wasserdienstleistungen erkennen können und Verantwortung für das öffentliche Eigentum übernehmen, werden sie auch aktiv Verteidiger ihres Versorgungssystems.

Neue Möglichkeiten für die Zusammenarbeit

Zwei Kapitel in diesem Buch wurden von den Geschäftsführern der nationalen Vereinigungen der öffentlichen Wasserverbände in Deutschland und Frankreich geschrieben. Die Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft e.V. (AöW) in Deutschland und Eau Publique in Frankreich bilden den Gegenpart zur Lobby der privaten Wasserversorger, um die Interessen der öffentlichen Betreiber zu schützen, und sammeln zunehmend Kenntnisse und Erfahrungen, um konkrete Alternativen anzubieten. Solche Verbände bieten Unterstützung basierend auf den Werten der Zusammenarbeit und Solidarität gegenüber Wettbewerb auf dem Markt, wie von Christophe Lime (in diesem Band) erläutert. Diese Zusammenarbeit ist besonders in Frankreich wichtig, weil dort so viele Verträge mit den Privaten in den nächsten Jahren auslaufen werden. Für kleine wie für große Städte ist es notwendig, dass sich die Kommunen rüsten, um im Interesse der Bürger liegende Entscheidungen über die Wasserversorgung zu treffen. Die Verbände der öffentlichen Betreiber haben eine einzigartige Rolle bei der Vereinigung ihrer Mitglieder zu spielen, um das Gemeinwohl zu schützen.

AöW und in Frankreich Eau Publique sind Teil von Aqua Publica Europea. Regionale und nationale öffentliche Wasserverbände sowie Bürgerinitiativen sind zunehmend bereit, konkrete Unterstützung für Rekommunalisierung zu geben. Solidarität, Zusammenarbeit und Partnerschaften zwischen öffentlichen Behörden können den Weg frei machen für demokratische, integrative und nachhaltige Wassernutzung. Die Autoren des Kapitels über

Jakarta schlagen in einer ähnlichen Art und Weise vor, dass das öffentliche Unternehmen PAM Jaya eine öffentlich-öffentliche Partnerschaft (PuP) mit einem gut funktionierenden öffentlichen Betreiber im Inland und international aufbaut, um direkte Unterstützung für seine Erneuerung zu erhalten.

Öffentliche Betreiber würden auch von der Entwicklung gemeinsamer Vorstellungen der Erfolgsmessung bei der Leistungserbringung profitieren. David McDonald, Co-Direktor des Municipal Services Project, argumentiert, dass Indikatoren, mit denen die Werte öffentlicher Dienstleistungen erfasst werden die über die aktuellen Benchmarking-Systeme, die von den Finanzleistungsbewertungen angetrieben werden und tief in eine Marktideologie eingebettet sind, hinausgehen könnten. Obwohl das vorherrschende Benchmarking grundsätzlich darauf abzielt, Transparenz und Beteiligung zu verbessern, wird es aber paradoxerweise durch eine technokratische und zentralistische Natur dominiert. Erfolgsmessung ist wichtig, aber wir müssen den „öffentlichen“ Charakter von Dienstleistungen berücksichtigen. Gleichberechtigung, unabhängig von Einkommen, Geschlecht oder ethnischen Gruppen, bedeutet, dass die Menschen den gleichen Zugang zu Dienstleistungen von guter Qualität erhalten müssen, zu erschwinglichen Preisen, bei denen dauerhaft auch die Gesundheit und Arbeitssicherheit der Arbeitnehmer geschützt sind. Solch alternatives Benchmarking sollte als Grundlage die Beteiligung von Nutzern und Arbeitnehmern vorsehen. Vereinigungen öffentlicher Wasserverbände können eine aktive Rolle übernehmen beim Überdenken der Möglichkeiten, wie der Erfolg der öffentlichen Wasserversorgung gemessen werden kann.

Bürgermobilisierung

Die Erfolge der Rekommunalisierung wären nicht möglich gewesen ohne die unermüdliche Mobilisierung von engagierten Bürgern. In Jakarta, untersuchten die Bürger die Probleme der Privatisierung, obwohl sie jahrelang nur eingeschränkten Zugang zu Informationen erhalten hatten. Die Berliner mussten erst ein Referendum anstrengen, damit die geheimen Verträge mit Privaten offengelegt wurden. Druck von Bürgern brachte die Standpunkte der

Kommunen zur Privatisierung ins Schwanken in Hamilton (Kanada), Stuttgart (Deutschland), Grenoble, Rennes, Montpellier (Frankreich), Arenys de Munt (Spanien), Stockton (USA) und Buenos Aires (Argentinien). Die Rolle der Bürger und der sozialen Bewegungen veranschaulicht, dass es letztendlich bei Rekommunalisierung um mehr geht als nur eine Verlagerung von der privaten in die öffentliche Hand. Rekommunalisierung steht für bessere öffentliche Dienstleistungen: Dienstleistungen, die transparenter sind, steht für mehr Verantwortung, und ist effizienter und ist auf lange Sicht konzentrierter auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet ist. Wenn die Bürger bereit sind, für Rekommunalisierung und gegen die Privatisierung zu kämpfen, tun sie dies auch, weil sie glauben, dass der öffentliche Sektor besser dafür geeignet ist, die weitergehenden sozialen und ökologischen Ziele zu erreichen, und besser in der Lage ist, grundlegende Fragen wie Erschwinglichkeit und Gleichheit zu beachten, sowie die Anpassung an den Klimawandel, den Schutz der Gewässer und den Schutz der Ökosysteme zu berücksichtigen, im Gegensatz zu privaten Unternehmen, die die finanziellen Aspekte im Fokus haben. Es ist offensichtlich, dass wir es uns nicht leisten können, uns auf private Wasser „Lösungen“ zu verlassen.

Praktischer Leitfaden für die Bürger und die Politik

Wenn Sie sich darauf vorbereiten, Wasser zu rekommunalisieren, nehmen Sie bitte die folgende Checkliste zur Hand.

- ✓ *Überprüfen Sie den Vertrag mit den Privaten, um zu sehen, ob es eine Klausel für eine „Beendigung (nach Belieben) ohne Begründung“ gibt. Dies ermöglicht es Gemeinden, die Vereinbarung frühzeitig ohne irgendwelche Gründe zu verlassen, solange der private Betreiber darüber rechtzeitig informiert wird, allerdings werden die Gemeinden Gebühren für die Beendigung zu zahlen haben.*
- ✓ *Im Falle schwerwiegender Vertragsverletzungen, müssen Sie eine „Kündigung aus wichtigem Grund“ verfolgen und dies wird es erlauben, aus dem Vertrag ohne Entschädigung auszusteigen. Allerdings kann es sein, dass sich die Kommune einem Schiedsverfahren unterwerfen muss.*

- ✓ *Überprüfen Sie, ob Ihr Land ein bilaterales Investitionsabkommen mit dem Herkunftsland des privaten Wasserbetreibers unterzeichnet hat. Wenn dem so ist, muss dem zusätzliche Aufmerksamkeit geschenkt werden, um eine Klage vor einem internationalen Schiedsgericht zu vermeiden.*
- ✓ *Sich gut vorbereiten und mindestens zwei Jahre Zeit dafür einplanen, um den besten Weg für die Vertragsbeendigung zu finden und ein neues öffentliches Unternehmen (wieder) zu gründen. Im Fall von Paris hat dies mehr als sieben Jahre gedauert.*
- ✓ *Keine wertvolle Zeit mit neuen Verhandlungen mit dem privaten Unternehmen vergeuden. Die Stadt Buenos Aires verbrachte sechs Jahre damit und landete am Schluss doch bei der Rekommunalisierung als letztem Mittel. Jakarta verbrachte vier Jahre in Neuverhandlungen ohne Erfolg. Diese Jahre können besser genutzt werden, indem sich stattdessen auf die Rekommunalisierung vorbereitet wird.*
- ✓ *Die Informationstechnologie ist unbedingt wichtig für die Erbringung der Dienstleistungen (z.B. Rechnungswesen, Datenverwaltung), deshalb ist besonders auf die Übertragung der Daten zum öffentlichen Betrieb Wert zu legen. Es kann sein, dass die privaten Unternehmen beim Informationstransfer weniger kooperieren als erwartet. Arenys de Munt hatte nur unvollständige, verschlüsselte und unlesbare Informationen vom vorherigen privaten Eigentümer erhalten.*
- ✓ *Der politische Wille für eine erfolgreiche Rekommunalisierung ist notwendig. Die Einbeziehung engagierter Stadträte kann dabei helfen, Unterstützung von oberster Stelle von anderen Stadträten zu erhalten, die schon erfolgreich rekommunalisiert haben.*
- ✓ *Frage und beteilige die Beschäftigten an den ersten Schritten der Rekommunalisierung. Ihr Wissen über die täglichen Abläufe im Versorgungsnetz und bei der Dienstleistung ist umfangreich. Es ist daher wichtig, sie von der neuen Gesellschaft zu überzeugen. Soziale Dialoge zur Harmonisierung der Gehälter und der Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigte sind nötig, um gemeinsame Vereinbarungen zu finden.*

- ✓ *Die Sozialen Dialoge können auch ausgeweitet werden auf eine breitere Diskussion über die Art des öffentlichen Wasserunternehmens, das (wieder) errichtet werden soll. Es ist günstig, herauszufinden wie das Wissen, die Anbindung und die Anforderungen der Beschäftigten und der Nutzer zum neuen öffentlichen Modell erreicht werden kann. Öffentliche Unternehmen können sich erneuern, durch die Einbeziehung von Nutzern und Beschäftigten in die strategische Entscheidungsfindung. Dieser Prozess kann dem neuen öffentlichen Unternehmen helfen, transparent und verantwortlich zu werden.*
- ✓ *Entwickle Indikatoren, um den Erfolg des neuen öffentlichen Modells zu messen. Erwäge zusätzlich zur Bewertung der finanziellen Leistungsfähigkeit und der Effizienz der Abläufe wie die Qualität der Dienstleistung im Sinne von Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit bewertet werden kann.*
- ✓ *Suche Partner unter öffentlichen Versorgern, um die örtlichen Fähigkeiten zu erweitern, falls nötig.*

Notes

- 1 Ezeamalu, B. 2015. How civil society helped block secret plot by Lagos Govt., World Bank to privatise water. *Premium Times*, 19 February. <http://www.premiumtimesng.com/news/headlines/177109-how-civil-society-helped-block-secret-plot-by-lagos-govt-world-bank-to-privatise-water.html>
- 2 *The Press Project*. 2014. Privatisation of Athens Water Utility ruled unconstitutional. 28 May. <http://www.thepressproject.net/article/62834/Privatization-of-Athens-Water-Utility-ruled-unconstitutional>
- 3 Tribunal de Contas. 2014. Regulação de PPP no Sector das Águas (sistemas em baixa). 27 February. http://www.tcontas.pt/pt/actos/rel_auditoria/2014/2s/audit-dgtc-rel003-2014-2s.shtm
- 4 Find these cases in the Remunicipalisation Tracker: <http://remunicipalisation.org/>
- 5 International Monetary Fund. 2004. Public-private Partnerships. Prepared by the Fiscal Affairs Department, 12 March. <http://www.imf.org/external/np/fad/2004/pjfp/eng/031204.htm>
- 6 See the Cases of Buenos Aires province and Santa Fe at: <http://remunicipalisation.org>. Azpiazu, D. and Castro, J. E. 2012. Aguas publicas: Buenos Aires in muddled waters. In Pigeon, M. McDonald, D. A., Hoedeman, O. And Kishimoto, S. (eds),
- 7 *Remunicipalisation: Putting Water back into public hands*, S. 58-73. Amsterdam: TNI.
- 8 See the Remunicipalisation Tracker for details on the Bolivian cases: http://remunicipalisation.org/#case_La%20Paz%20and%20E7%20Alto; http://remunicipalisation.org/#_Cochabamba. Also see India and Mali: http://remunicipalisation.org/#case_Latur; http://remunicipalisation.org/#case_Mali
- 9 Pigeon, M. 2012. Une eau publique pour Paris: Symbolism and success in the heartland of private water. In Pigeon, M., McDonald, D. A., Hoedeman, O. and Kishimoto, S. (eds.), *Remunicipalisation: Putting water back into public hands*, S. 24-39. Amsterdam: TNI; Pigeon, M. 2012. Who takes the risks? Water remunicipalisation in Hamilton, Canada. In Pigeon, M., McDonald, D. A., Hoedeman, O. and Kishimoto, S. (eds.), *Remunicipalisation: Putting water back into public hands*, S. 74-89. Amsterdam: TNI
- 10 See the Remunicipalisation Tracker for details: http://remunicipalisation.org/#case_Arenys%20de%20Munt
- 11 See the Remunicipalisation Tracker for details: http://remunicipalisation.org/#case_Buenos%20Aires%20Province
- 12 Pigeon, M. 2012. From fiasco to DAWASCO: Remunicipalisation water services in Dar es Salaam. In Pigeon, M., McDonald, D. A., Hoedeman, O. and Kishimoto, S. (eds.), *Remunicipalisation: Putting water back into public hands*, S. 40-57. Amsterdam: TNI
- 13 See the Remunicipalisation Tracker for details: http://remunicipalisation.org/#case_Selangor%20State
- 14 See the Remunicipalisation Tracker for details: http://remunicipalisation.org/#case_Lacs%20de%20l%E2%80%99Essonne

Über die Organisationen:

Das **Transnational Institute** (TNI) ist ein internationales Forschungsinstitut, das sich für Gerechtigkeit, Demokratie und Nachhaltigkeit auf unserem Planeten einsetzt. Seit mehr als vierzig Jahren arbeitet das TNI als einzigartiges Netzwerk zwischen sozialen Bewegungen, engagierten Wissenschaftlern und Politik. TNI ist die Schaltstelle für die Koordination des Netzwerks „Reclaiming Public Water“.

Kontakt: Satoko Kishimoto, satoko@tni.org
www.tni.org

Das **Multinationals Observatory** will unabhängige Online-Nachrichten und unangreifbare Nachforschungen über den sozialen, ökologischen und politischen Einfluss der französischen transnationalen Konzerne liefern und damit dem Handeln der Zivilgesellschaft, von Parlamentsmitgliedern, Geschäftsleuten und Gemeinden nützen. Die Internetseite wird von Alter-médias, einer französischen Non-profit-Organisation unterstützt, die auch die Nachrichtenseite *Basta!* betreibt. (www.bastamag.org)

Kontakt: Olivier Petitjean, opetitjean@multinationales.org
www.multinationales.org

Die **Public Services International Research Unit** (PSIRU) stellt Nachforschungen über die Auswirkungen von Privatisierung und Liberalisierung auf die öffentlichen Dienstleistungen mit den Schwerpunkten Wasser, Energie, Abfallwirtschaft, und den Sektoren Gesundheit und Soziale Dienste an. Weitere Forschungsinhalte sind die Funktion und Struktur von öffentlichen Diensten, die Strategien der multinationalen Unternehmen und die Auswirkungen der internationalen Finanzinstitutionen auf die öffentlichen Dienstleistungen. PSIRU ist Teil der Wirtschaftsfakultät der Greenwich Universität London, UK.

Kontakt: Emanuele Lobina, e.lobina@greenwich.ac.uk
www.psiru.org

Das **Municipal Services Project** (MSP) verbreitet Alternativen zu Privatisierung im Gesundheitswesen sowie den Sektoren Wasser, Abwasser und Elektrizität. Es ist ein interdisziplinäres Projekt von Akademikern, Gewerkschaften, Nichtregierungs-Organisationen, sozialen Bewegungen und Aktivist*innen rund um den Globus. Die Webseite bietet eine Plattform für Forscher und Forscherinnen sowie anderen Interessierten aus der ganzen Welt, über diese Schwerpunkte zu diskutieren und sich einzumischen.

Kontakt: mspadmin@queensu.ca

www.municipalservicesproject.org

Die **European Federation of Public Service Unions** (EPSU) ist der größte Zusammenschluss europäischer Gewerkschaften und erfasst 8 Millionen Mitglieder im öffentlichen Dienst aus 265 Gewerkschaften. EPSU organisiert Beschäftigte in den Sektoren Energie, Wasser und Abfall, Gesundheit und soziale Dienste und lokale und nationale Verwaltungen in allen EU-Staaten inklusive der Nachbarstaaten im Osten der EU.

www.epsu.org

Wie Sie mitwirken können

Das **Reclaiming Public Water** (RPW) Netzwerk wirbt für eine menschenfreundliche und demokratische öffentliche Verwaltung, damit das Menschenrecht auf Wasser für alle verwirklicht wird. Das RPW ist ein offenes horizontales Netzwerk, das mit Kampagnenmitgliedern aus der Zivilgesellschaft, Gewerkschaftern, Forschern, kommunalen Wasserverbänden und öffentlichen Wasserbetrieben aus der ganzen Welt verbunden ist.

Die Internetseite **Remunicipalisation Tracker** will den Trend zur Rekommunalisierung durch Städte, Regionen und Länder, die Privatisierung zurückgedrängt haben und die sich eingereicht haben bei denen, die öffentliches Wasser für alle schützen wollen, sichtbar machen. Neue Beispiele werden laufend hinzugefügt und die Entwicklung in älteren Fällen wird regelmäßig aktualisiert mit Unterstützung von Kampagnenmitgliedern, Managern von öffentlichen Betrieben, Gewerkschaftern und anderen Unterstützern erfolgreicher Rekommunalisierung.

www.remunicipalisation.org

PSIRU verfolgt das Projekt „Post-New Public Management and water reform in the 21st century“, das die Rekommunalisierung von Wasser weltweit kartografiert. Die Ergebnisse dieses Projekts werden unter *www.psiru.org* zugänglich gemacht. Künftige Informationen und weitere Fälle von Rekommunalisierung bitte per E-Mail an *e.lobina@greenwich.ac.uk*.

Nach drei Jahrzehnten mit katastrophalen Ergebnissen schließen viele Städte, Regionen und Staaten das Kapitel der Privatisierung von Wasser. Eine leise Revolution der Bürger entfaltet sich, indem die Gemeinschaften auf der ganzen Welt die Kontrolle über ihre Wasserdienstleistungen einfordern und die wichtigste Ressource in einer demokratischen, gleichberechtigten und ökologischen Art und Weise nutzen wollen.

In den letzten 15 Jahren wurden 235 Fälle von Rekommunalisierung des Wassers in 37 Staaten festgestellt. Mehr als 100 Millionen Menschen sind von diesem globalen Trend erfasst und diese Entwicklung wird in dramatischer Weise stärker.

Von Jakarta bis Paris, von Deutschland bis zu den Vereinigten Staaten beschreibt dieses Buch die Erfahrungen dieser pulsierenden Bewegung, die das Wasser für sich reklamiert. Die Autoren zeigen auf wie Rekommunalisierung neue Möglichkeiten zur Entwicklung sozial wünschenswerter, umweltfreundlicher nachhaltiger und hochwertiger Wasserdienstleistungen zum Vorteil der lebenden und künftiger Generationen erschließt.

Dieses Buch will Bürger und Bürgerinnen, Beschäftigte und Politikgestalter in die Erfahrungen, Lehren und die gute Praxis für die Rückkehr von Wasser in die öffentlichen Hände einbeziehen. Das ist die entscheidende Grundlage um Allianzen zu schmieden, denen das Potenzial innewohnt, den Schwung der Bewegung für demokratische nachhaltige öffentliche Wasserwirtschaft in eine nicht mehr aufhaltbare Welle zu verwandeln.



PSIRU

OBSERVATOIRE
DES MULTINATIONALES
SOCIAL, ÉCOLOGIQUE, POLITIQUE



ISBN 978-3-00-057262-3

